

Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

Juni 2020

18. Jahrgang - Ausgabe 101

Einzelpreis: 4,50€

ISSN 1612-7366

WIE ZIEHST DU EINE
FIREWALL
UM EIN FELDLAGER?

Jetzt
auf eine von
800 Stellen
bewerben.

Entwickle mit uns die
Bundeswehr der Zukunft:
als IT-Soldat (m/w)

PROJEKT
DIGITALE
KRÄFTE

Bundeswehr

Mach, was wirklich zählt: [bundeswehrkarriere.de](https://www.bundeswehrkarriere.de)

Schwerpunkt:
Rekrutierung

„Atmender Personalkörper“
Minderjährige im Visier
Wiederkehr der Zwangsdienste?
Die Bundeswehr und das Virus
Polizeigesetz Baden-Württemberg
Schwedens Mogelpackung

Inhalt

Schwerpunkt: Rekrutierung

- Editorial - **Alexander KleiB und Andreas Seifert** - 3
„Atmender Personalkörper“ - **Alexander KleiB** - 4
Minderjährige im Visier - **Interview mit Michael Schulze von GlaBer** - 8
Widersprüchliche Werbekampagne - **Nina Rupprecht** - 12
Einsatz gegen Corona - **Nina Rupprecht** - 15
Bundeswehrpostkarten in Trier: Per Corona auf Rekrut*innenfang - **Markus Pflüger** - 16
Adbusting: Repression, weil es die Bundeswehr „lächerlich“ macht - **Klaus Poster** - 17
Wiederkehr der Zwangsdienste? - **Gernot Lennert** - 21
Von Söldnern zu Wehrdienstleistenden - **Andreas Seifert** - 24
Blick über den Tellerrand: Rekrutierung in Europa und anderswo -
Christina Boger, Jacqueline Andres, Sven Wachowiak und Jürgen Wagner - 28

Magazin

Deutschland und die Bundeswehr

- Die Bundeswehr und das Virus (II) Mitte März bis Mitte Mai 2020 - **Martin Kirsch** - 34
Polizeigesetz Baden-Württemberg: Verschärfung während der Pandemie - **Stefan Gruber** - 42
Hotspot für rechte Umtriebe - **Tobias Pflüger und Alexander KleiB** - 45
Cyber Valley, MPI und US-Geheimdienste - **Christoph Marischka** - 46
Fauler Tornado-Kompromiss - **Jürgen Wagner** - 52

Mali

- EU-Mandat ausgeweitet, Zweck unklar - **Christoph Marischka** - 56

Migrationsbekämpfung

- Lasst uns die Menschen aus den Lagern holen! - **Jacqueline Andres** - 60

US-Kriegspolitik

- Defender Europe 2020 Plus: Das US-Großmanöver wird fortgesetzt! - **Jürgen Wagner** - 62

EU-Militarisierung

- Schwedens Mogelpackung: NATO (und EU) statt Neutralität - **Christina Boger** - 64

Rekrutierung

Editorial

von Alexander KleiB und Andreas Seifert

Rekrutierung – als das Thema innerhalb der Redaktion aufgerufen wurde, waren das Corona-Virus und seine Folgen noch nicht absehbar. Unser Fokus lag noch auf der Idee, aus einer friedenspolitischen Perspektive heraus Großevents wie den Tag der Bundeswehr oder die Werbekampagnen der Bundeswehr kritisch zu begleiten, dem Feuerwerk an „hübschen Bildern“ von Panzern und Technik, all dem „Interessanten“ am Soldatenberuf etwas entgegen zu setzen. Es sollte auch das Narrativ einer „kaputt-gesparten Bundeswehr“ aufgegriffen und die Hintergründe der aktuellen Aufrüstung (!) noch einmal klar benannt werden.

Corona hat hieran einiges geändert. Das Verteidigungsministerium hat die Bundeswehr als „Retter“ ins Spiel gebracht und zum Teil haarscharf an der Grenze des laut Grundgesetz Zulässigen medial wirksam platziert. Dabei wurde wieder einmal aufgegriffen, dass es „natürlich“ noch einer besseren Ausrüstung bedarf, um noch besser „helfen“ zu können, dass die ganze Gesellschaft von einer Bundeswehr profitiert, die Krankenhäusern zur Seite springt und internationale Rettungsflüge organisiert. Die eigentliche Frage, ob die Milliarden, die zusätzlich, oder auch überhaupt, in die Bundeswehr fließen, nicht in anderen Bereichen (Katastrophenschutz, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, ...) besser und gesellschaftlich sinnvoller eingesetzt werden können, wird umgangen. So vertritt der kürzlich aus dem Amt geschiedene Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels in einem Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 14.5.2020 die Auffassung, dass sich die Erhöhung des Wehretats auch in Corona-Zeiten rechtfertigt. Dabei ist es entscheidend, darauf zu verweisen, dass diese zusätzlichen Milliarden gerade nicht in die Ertüchtigung der Bundeswehr zu einer gesellschaftlichen und medizinischen Hilfseinrichtung gesteckt werden, sondern in die militärische Aufrüstung, damit die deutsche Armee weltweit einsetzbar ist.

Noch etwas wird Corona vielleicht mittelfristig ändern: Die Bundeswehr wird sich nach Kräften bemü-

hen, nicht nur das eigene Image weiter aufzupolieren (siehe oben), sie wird auch mit aller Macht versuchen, all denen eine Perspektive zu bieten, denen die eigenen Lebenspläne durch das Virus und seiner anzunehmenden negativen wirtschaftlichen Folgen zerstört worden sind. Die Bundeswehr soll personell weiter wachsen – allerdings nicht um den Bürgern besser helfen zu können.

Das vorliegende Heft ist also nicht das geplante, sondern eines, das auf diese Entwicklungen Rücksicht nimmt.



Quelle: flickr/Loretto Streetart.

„Atmender Personalkörper“

Hintergründe zur Rekrutierungsstrategie der Bundeswehr

von Alexander Kleiß

Die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 war das Resultat eines konsequenten Richtungswechsels in der deutschen Militärpolitik. Begonnen hatte dies mit dem Ende des Kalten Krieges und der Fusion von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee nach 1990. Die große auf Panzerschlachten ausgerichtete Massenarmee sollte ersetzt werden durch eine schlanke, weltweit einsetzbare Truppe. Sie spiegelt den deutschen Anspruch, nicht nur mehr allein als moralisches Vorbild zu wirken, als vielmehr militärisch zu helfen, deutsche Interessenpolitik umzusetzen. Die „quantitative Abrüstung“ war begleitet von einer „qualitativen Aufrüstung“. Die deutsche Wirtschafts- und Politelite sah sich als „Globaler Player“ berufen, militärisch-interventionistisch handeln zu können. Der damalige Generalinspekteur Wieker formulierte 2010: „Für die Planung und Durchführung von Einsätzen zählt unter den Verbündeten nicht die Anzahl an Soldatinnen und Soldaten in den Kasernen, sondern allein die Zahl der für unterschiedliche Operationen tatsächlich nutzbaren Kräfte.“¹ Mit der Aussetzung der Wehrpflicht war die Bundeswehr aber auch gezwungen, sich verstärkt der Anwerbung von Rekrut*innen zu widmen. Zunehmend ausufernde Werbe- und Imagekampagnen waren die Folge. Verstärkt wurden die immer dreisteren Anwerbeversuche der Bundeswehr in der Folge der Krimkrise 2014, die die Landes- und Bündnisverteidigung wieder mehr in den Fokus rückte – ohne dabei aber die Auslandseinsätze zu reduzieren.² Das Verteidigungsministerium schreibt: „Um hierfür gerüstet zu sein, muss [die Bundeswehr] den Umfang ihrer Streitkräfte entsprechend anpassen.“³ Die folgende Aufrüstung – auch hinsichtlich des Personalumfangs – wurde von der damaligen Verteidigungsministerin von der Leyen mit dem Schlagwort „Trendwende Personal“ sowie dem Euphemismus des „atmenden Personalkörpers“⁴ umschrieben, also einer Truppe, die schnell wachsen (und theoretisch auch schrumpfen) könne. Im Fähigkeitsprofil der Bundeswehr von 2018 wurde das

ambitionierte Ziel ausgegeben, bis 2031 drei schwere Divisionen für mögliche Auseinandersetzungen mit Russland in die NATO einzuspeisen.⁵

Im Verteidigungsministerium verabschiedete man sich jedoch bereits im darauffolgenden Jahr später von dieser Zusage. Spiegel Online berichtete: „Der dritte Großverband werde nun nur noch in ‚gekaderter‘ Form geplant, also als Formation, die bei Bedarf mit Reservisten aufgefüllt würde.“⁶ So könne selbst „bei der Zielgröße von 203.000 Soldatinnen und Soldaten im Jahr 2025 [...] nicht alles umgesetzt werden, was der NATO zugesagt wurde“.⁷ Es ist fraglich, ob diese Zielgröße von 203.000 zu rekrutieren ist. Die Bundeswehr rechnet Spiegel Online zufolge damit, „dass 2020 von 760.000 Schulabgängern nur die Hälfte für die Armee geeignet ist. Der Rest habe entweder keinen deutschen Pass, bringe nicht die nötige sportliche Fitness mit oder lehne das Militär grundsätzlich ab. Von den übrig bleibenden jungen Menschen müsste sich unter dem Strich jeder Vierte bei der Armee bewerben, damit diese ihren Bedarf decken kann.“⁸ Dennoch hält die Bundeswehr verkrampft an ihren Personalzielen fest und versucht, durch „Attraktivitätsmaßnahmen“, noch mehr Rekrut*innen anzuwerben und Soldat*innen, die bereits bei der Bundeswehr sind, länger zu binden. Oder mit den Worten des Verteidigungsministeriums: „Um ihre Aufgaben auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 erfüllen zu können, braucht die Bundeswehr qualifizierte, motivierte und belastbare Mitarbeiter. Mit der Agenda ‚Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders.‘ möchte sie in die Spitzengruppe der attraktivsten Arbeitgeber vorstoßen. Ziel ist es, die vielen guten Arbeitskräfte, die sie hat, zu halten und möglichst viele neue motivierte Männer und Frauen für sich zu gewinnen.“⁹ Entsprechend diesen beiden Zielen lassen sich die deshalb ergriffenen Rekrutierungsmaßnahmen in interne Maßnahmen mit dem Ziel der Personalbindung und externe Maßnahmen mit dem Ziel der Anwerbung neuer Rekrut*innen unterteilen.

„Attraktivitätsmaßnahmen“

Zum Bereich der internen Maßnahmen können die während der Amtszeit der ehemaligen Verteidigungsministerin von der Leyen (2013-2019) unter dem Schlagwort „Agenda Attraktivität“ angestoßenen Vorstöße gezählt werden, die u.a. eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Soldat*innendasein, höhere Besoldung, bessere Altersvorsorge, Verbesserungen für Einsatzgeschädigte (z.B. traumatisierte Soldat*innen), eine erleichterte Übernahme als Berufssoldat*in, neue Bildungsangebote und modernere Unterkünfte in den Bundeswehrliegenschaften anstrebten.¹⁰ Dies deckt sich im Wesentlichen mit den Forderungen des Deutschen Bundeswehrverbands, die dieser 2018 im Papier „Schlagkräftige Bundeswehr 2025“ aufstellte.¹¹

Dieser Kurs wurde von ihrer Nachfolgerin Kramp-Karrenbauer fortgesetzt. Diese erklärte bereits in ihrer Antrittsrede, sie wolle den Soldat*innenberuf attraktiver machen – u.a. durch kostenlose Bahnfahrten für Soldat*innen in Uniform. Ein aus ihrer Sicht positiver Nebeneffekt dieses primär finanziellen Anreizes wäre eine erhöhte Sichtbarkeit der Bundeswehr im öffentlichen Raum: Soldat*innen als Werbeträger. Das Ministerium zahlt für diese „Freifahrten“ mit 4 Mio. Euro geradezu einen Schnäppchenpreis.¹²

Werbung

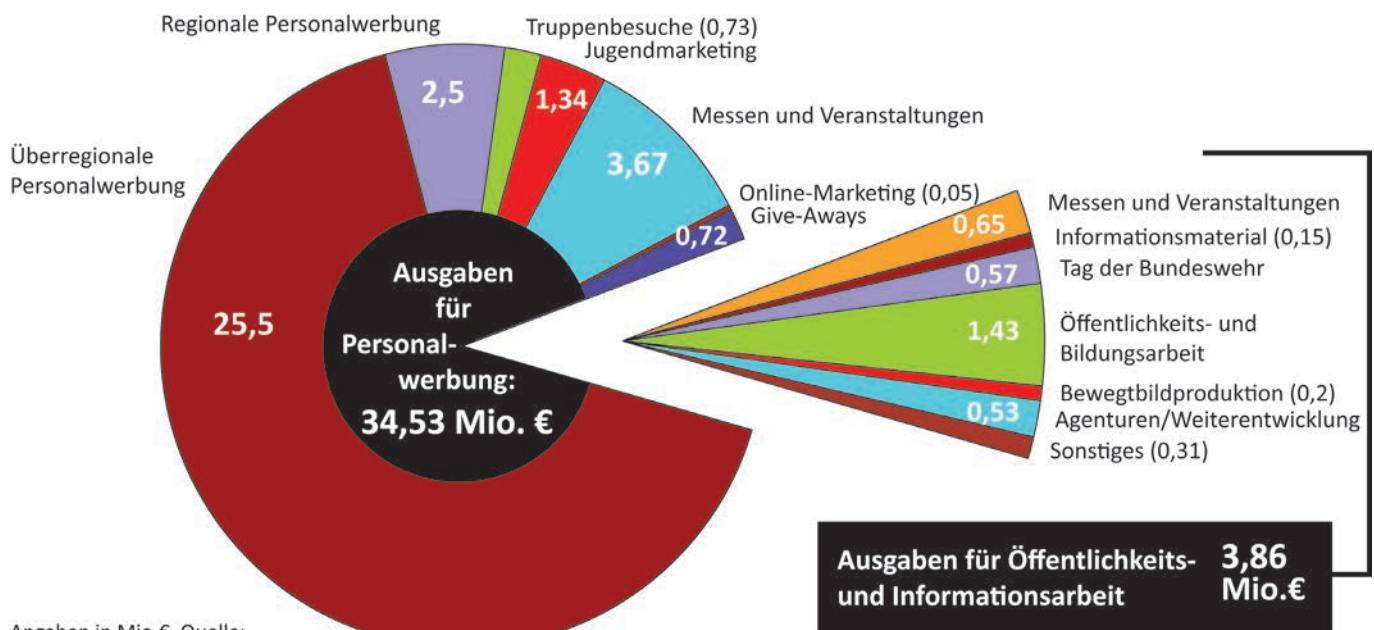
Die externen Maßnahmen sind vor allem als massive Werbung im öffentlichen Raum und im Internet sichtbar. Sie bestehen aber auch in der Verstärkung alter „etablierter“ Kanäle um das Zielpublikum – junge Menschen im wehrfähigen Alter – auf sich aufmerksam zu machen: Jugendoffiziere und die direkte Ansprache von Journalisten. In der Öffentlichkeit werden momentan vor allem die großflächigen und gefühlt omnipräsenten Werbeplakate der Bundeswehr wahrgenommen, die laut einer Kleinen Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (DIE LINKE)¹³ mit 5,5 Mio. Euro (wie die nachfolgenden Zahlen jeweils für das Jahr 2018) durchaus teuer zu Buche schlagen. Noch teurer war nur die Werbung im Internet, die massiv ausgebaut wurde, und 11,4 Mio. Euro kostete. Dies umfasste vor allem die Werbung in den sozialen Medien und die (Werbe-)Serien, die die Bundeswehr produzierte. Jüngst erschienen die Bundeswehr-Serien „Die Rekrutinnen“ und „Einsatz gegen Corona“. Daneben warb die Bundeswehr auch im Radio und in Zeitungen, wofür weitere 3 Mio. Euro ausgegeben wurden. 700.000 Euro wurden für Truppenbesuche und 720.000 Euro für Give Aways, also Werbegeschenke, ausgegeben. Der „KarriereTreff Bundeswehr“, ein durch die Bundesrepublik touren-der Bundeswehrtruck, nahm 2018 an 15 Veranstaltungen

teil und erreichte 6,4 Mio. Besucher*innen, was sich die Bundeswehr weitere 500.000 Euro kosten ließ. 2018 war die Bundeswehr zudem auf sage und schreibe 2.184 Messen, Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen präsent, wofür 4,3 Mio. Euro ausgegeben wurden. 15 Millionen Personen besuchten diese Messen und Veranstaltungen. Neben der Präsenz auf Messen und Ausstellungen setzt die Bundeswehr aber auch auf eigene Events. Einige davon fallen in diesem Jahr wegen der Corona-Pandemie aus; in den vergangenen Jahren wurden sie jedoch zu einer wichtigen Säule der Bundeswehr-Rekrutierungsstrategie ausgebaut.

Zu nennen wäre an dieser Stelle z.B. der Tag der Bundeswehr, an dem die Bevölkerung bei Volksfestatmosphäre in die Kasernen eingeladen wird. Das Großevent, das sich nicht nur, aber auch an potenzielle Rekrut*innen richtet, findet seit 2015 gleichzeitig an 14 bis 16 Standorten statt. 2018 kostete das Militärspektakel „für die ganze Familie“ offiziell 5,8 Mio. Euro. Die tatsächlichen Kosten dürften jedoch eher das Fünffache umfassen, da „Kosten, die auch ohne den ‚Tag der Bundeswehr‘ in vergleichbarer Höhe angefallen wären“, wie z.B. die Gehälter der eingesetzten Soldat*innen, herausgerechnet wurden.¹⁴

Ein weiterer Event ist „Bundeswehr Olympix“, eine Sportveranstaltung für Jugendliche an der Sportschule der Bundeswehr in Warendorf. Von der Anreise über die Verpflegung bis hin zur Übernachtung übernimmt die Bundeswehr sämtliche Kosten der Teilnehmenden. Während das Event 2018 noch zweimal stattfand und 800 Jugendliche erreicht werden konnten, fand es 2019 nur noch einmal mit 500 Teilnehmenden statt. 2020 fällt es aus. 2018 wurden 681.000 Euro für das Event ausgegeben. Speziell an Mädchen ab dem 15. Lebensjahr richtet sich der „Girls‘ Day“. 2018 wurden hierfür 24.000 Euro ausgegeben. Am 22.4.2021 soll er nach der Absage für 2020 erneut stattfinden. Zeitgleich soll der sogenannte „Boys‘ Days“ stattfinden, denn: „Natürlich haben wir auch an die Jungs gedacht“¹⁵ - auch männliche Emanzipation wird bei der Bundeswehr groß geschrieben! Auch musikbegeisterte Jugendliche möchte die Bundeswehr ansprechen und hat deshalb auch für diese ein Event ins Leben gerufen: BW-Musix. Der Militärmusikwettbewerb findet seit 2004 an wechselnden Orten statt; seit 2009 schwerpunktmäßig in Balingen.¹⁶ In den letzten Jahren nahmen jeweils etwa 1.000 Jugendliche teil. Allgemein nimmt die Musik für die Bundeswehr eine wichtige Rolle bei Gewöhnung der Öffentlichkeit an Uniformen ein. Musik gilt als friedlich und wird selbst im Fall von Militärmusik gesellschaftlich häufig als unproblematisch wahrgenommen. Das nutzt die Bundeswehr für eine Militarisierung der Gesellschaft und im Fall von BW-Musix auch zur Nachwuchsgewin-

Kosten für Nachwuchswerbung und Informationsarbeit der Bundeswehr



Angaben in Mio.€, Quelle:
 Bundestagsdrucksache 19/10515, 29.5.2019
 kl. Anfrage Abgeordneten Jelpke/Hahn/Akbulut

nung. Die Bundeswehr unterhält 15 Militärorchester, sogenannte Heeresmusikkorps. Der Wert, den man der Militärmusik beim Ministerium beimisst, lässt sich an den immer weiter steigenden Kosten ablesen. 2014 gab die Bundeswehr noch 6,5 Mio. Euro für die Heeresmusik aus, seit drei Jahren liegen die Kosten konstant bei über 10 Mio. Euro, 2019 waren es sogar mehr als 12,3 Mio. Euro. Personalkosten sind auch hier wieder nicht berücksichtigt. Tatsächlich dürften die Kosten deutlich höher liegen. Seit 2014 kamen die Orchester der Bundeswehr auf mehr als 2.000 Auftritte.¹⁷

Speerspitze an der Schule

Besorgniserregend ist das regelmäßige Werben der Bundeswehr an Schulen. Ziel ist es, Jugendliche nicht nur von der Sinnhaftigkeit einer militarisierten Außenpolitik zu überzeugen, sondern diese auch als Soldat*innen für diese Kriege zu gewinnen. Deshalb kommen in den letzten Jahren zunehmend Jugendoffizier*innen und Karriereberater*innen, oft auch parallel, an die Schulen. Kommt ein*e Jugendoffizier*in im Rahmen des Unterrichts in die Schule, ist die Teilnahme in der Regel Pflicht, im Fall von Karriereberater*innen, die auf dem Schulhof stehen jedoch meist freiwillig. Für Schüler*innen sind sie oft nicht zu differenzieren – was durchaus auch gewollt ist. Die Soldat*innen nehmen die Rolle einer Lehrperson ein und bekommen dadurch – und durch ihre Uniform – Autorität. Die Tätigkeit von Jugendoffizier*innen ist in einigen Bundesländern mit einer Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Landesregierung geregelt und verschafft ihnen einen exklusiven Zugang zu Schüler*innen. Ins-

gesamt erreichten allein die Jugendoffizier*innen 2018 bei 5.815 Veranstaltungen und 856 Seminaren insgesamt 151.838 Schüler*innen. Die Jugendoffizier*innen an den Schulen betrachtet die Bundeswehr nicht als Rekrutierungsmaßnahme, sondern als Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Darüber hinaus besteht eine Kooperationsvereinbarung der Bundeswehr mit der Initiative „MINT Zukunft schaffen“, einem Verband in dem Arbeitgeberverbände bzw. die deutsche Industrie Schüler*innen für eine naturwissenschaftlich-technische Karriere begeistern wollen. Die Bundeswehr unterstützt das Netzwerk auch finanziell und kann sich dadurch u.a. wiederum an Schulen als „ganz normaler Arbeitgeber“ präsentieren.¹⁸ Insgesamt wurden für die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, zu der beispielsweise auch der Tag der Bundeswehr und die Erstellung von Informationsmaterialien zählt, 2018 etwa 3,9 Mio. Euro, für die Nachwuchswerbung etwa 34,7 Mio. Euro ausgegeben. Insgesamt wurden 2018 also knapp 40 Mio. Euro für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit verpulvert.¹⁹

Fazit

Die Werbemaßnahmen der Bundeswehr der letzten Jahre haben das Bild von ihr in der öffentlichen Meinung positiv beeinflusst. Eine knappe Mehrheit der Bundesdeutschen hält die Bundeswehr sogar für einen „empfehlenswerten Arbeitgeber“ oder „attraktiven Arbeitgeber“. Einer Studie der Bundeswehr zufolge lag die Zahl derer, die die Bundeswehr für „attraktiv“ halten 2018 bei 69% der Befragten - 2019 sank der Wert leicht auf 65%.²⁰ Doch Hochglanz und Socialmedia-Stories



Protest vor einem Werbetruck der Bundeswehr. Quelle: flickr/SvG.

vermögen auf Dauer die harte militärische Realität nicht zu verbergen. Die Abbrecher*innenquoten sind unvermindert hoch und zeugen davon, dass sich nicht jede*r durch die Werbung Geblendete dauerhaft halten lässt. Dabei ist es nicht nur die Differenz zwischen dem Werbebild und der Kriegsrealität, auf die wir als Antimilitarist*innen hinweisen müssen, es ist auch die Differenz zwischen dem Anspruch „Deutschland zu dienen“ und den Realitäten militärisch unterstützter Interessenpolitik, die dem zugrunde liegen. Deshalb ist es auch wichtig diese „Werbung“ fürs Töten, kritisch zu begleiten. Das Militär kann, zynisch gesprochen, letztlich nicht anders, als die aktuelle Pandemie für seine Image- und Personalwerbung aktiv zu nutzen. Es wird auch den Umstand dankbar nutzen, dass die prognostizierte Wirtschaftskrise ihr erneut Jugendliche ohne andere Berufsperspektive in die Arme treibt. Vor dieser Sackgasse gilt es zu warnen. Der stetig steigende Personalstamm der Bundeswehr, auch in der Perspektive der Zielgröße von 203.000 Soldat*innen, ist neben der Bedrohung für den Frieden, die er darstellt, vor allem eine unglaubliche Geldverschwendung angesichts der Lücken die sich in unserem Sozial- und Gesundheitssystemen gerade auftun. 40 Mio. Euro für Werbung für die falsche Sache sind 40 Mio. zu viel.

Anmerkungen

- 1 Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7.6.2010, S. 14.
- 2 IMI-Analyse 2018/13b: Alexander Kleiß, Tobias Pflüger und Jürgen Wagner: Konzeption der Bundeswehr. Rüstung für den Neuen Kalten Krieg.
- 3 Bundesministerium der Verteidigung: Trendwende Personal.
- 4 Ebd.
- 5 IMI-Analyse 2018/13b: Alexander Kleiß, Tobias Pflüger und Jürgen Wagner: Konzeption der Bundeswehr. Rüstung für den Neuen Kalten Krieg.
- 6 Spiegel Online: Ausrüstung und Personal. Bundeswehr zweifelt an eigener Einsatzfähigkeit. 20.12.2019.
- 7 Augengeradeaus: Modernisierungskatalog der Bundeswehr bis 2031: Geld ist knapp – Personal noch viel mehr. 20.12.2019.
- 8 Spiegel Online: Personalnot schlimmer als gedacht Offenbar fast die Hälfte der Schulabgänger nicht für Bundeswehr geeignet. 27.1.2019.
- 9 Bundesministerium der Verteidigung: Die Agenda Attraktivität.
- 10 Gesetz zur nachhaltigen Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. 4.8.2019. Bundeswehr: Die Trendwende Personal; CDU/CSU: Soldatenberuf attraktiver machen - Einsatzbereitschaft erhöhen. 8.5.2019.
- 11 Deutscher Bundeswehrverband: Schlagkräftige Bundeswehr 2025. 2018.
- 12 Zeit online, Soldaten in Uniform fahren ab 1. Januar gratis Bahn. 17.8.2019.
- 13 Bundestagsdrucksache 19/10515: Umfang von Werbemaßnahmen der Bundeswehr im Jahr 2018. 29.5.2019.
- 14 Bundeswehr-Journal: Linke erkundigen sich nach Kosten für „Tag der Bundeswehr“. 28.7.2018.
- 15 BundeswehrEntdecken: Girls und Boys Day.
- 16 IMI-Standpunkt 2009/069: Christoph Marischka: Die Bundeswehr, Blasmusik und eine Kleinstadt. Balingen reagiert hysterisch auf Proteste gegen BW-Musik.
- 17 Bundestagsdrucksache 19/15282: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Tobias Pflüger u.a. der Fraktion DIE LINKE: Kosten der Militärmusik der Bundeswehr. 19.11.2019; Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 1/34 des Abgeordneten Tobias Pflüger vom 7. Januar 2020.
- 18 Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr. Ausgabe 2018. 11.6.2019.
- 19 Bundestagsdrucksache 19/10515: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a. der Fraktion DIE LINKE: Umfang von Werbemaßnahmen der Bundeswehr im Jahr 2018. 29.5.2019.
- 20 Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. 2019.

Minderjährige im Visier

Interview zur Rekrutierungspraxis der Bundeswehr mit Michael Schulze von Glaßer, DFG-VK

Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen von 1990 ist im Jahr 1992 mit ihren drei Zusatzprotokollen von Deutschland ratifiziert worden. Der darin verankerte Schutz von Minderjährigen wird allerdings nicht im vollen Rahmen gewährt. Ausgerechnet bei der Rekrutierung für den Kriegsdienst wird von der BRD gegen die Konvention verstoßen. Hiergegen rührte sich schon immer Widerstand – seit einiger Zeit in konzentrierter und fokussierter Form in der Kampagne „Unter 18 nie!“.

Für den Ausdruck haben wir ein Interview mit dem politischen Geschäftsführer der DFG-VK Michael Schulze von Glaßer [MSvG] geführt.

IMI: Die Aussetzung der Wehrpflicht geschah 2011 vor dem Hintergrund einer Sicherheitspolitik, die eine schlanke Bundeswehr im Blick hatte, die hochtechnologisiert im Ausland eingesetzt werden konnte. Hierfür benötigte Soldat*innen sollten über Rekrutierung gewonnen werden. Hat sich mit Blick auf die aktuelle Situation daran etwas geändert?



Quelle: M. Schulze von Glaßer.

MSvG: Ja, hier sind deutliche Veränderungen zu beobachten. Mit den Konflikten unter anderem in der Ukraine, dem Einmarsch russischer Truppen auf der Krim wurde diese sicherheitspolitische Prämisse seitens der NATO auf den Kopf gestellt. Mit dem Ergebnis, dass wieder eine große Truppe angestrebt wird, die für Auslandseinsätze schlagkräftig ist, aber auch die Landesverteidigung zu leisten im Stande ist. Nun geht es also deutlich wieder in die Masse.

IMI: Wie wirkt sich dies auf die Rekrutierung aus?

MSvG: Rekrutierung ist natürlich immer eine Herausforderung für das Militär. Solange es noch die Wehrpflicht gab, ging man so von gut 30% aus, die ihren Dienst über den Grundwehrdienst hinaus verlängerten – viele Wehrpflichtige sind dann einfach ein bisschen länger bei der Bundeswehr geblieben bzw. sogar richtige Berufssoldaten geworden. Das ist natürlich nach der Aussetzung 2011 weggefallen. Jetzt haben sie eben, wie auch viele andere NATO-Armeen, Probleme, Nachwuchs zu finden.

IMI: Die Bundeswehr tritt heute auf Bildungs- und Konsummessen auf, veranstaltet Jugendcamps und betreibt Werbetricks, die von Ort zu Ort ziehen. Wie reagieren Anti-militarist*innen auf diese neue Herausforderung – speziell auch die DFG-VK, die ja historisch sehr eng mit der Wehrpflicht verknüpft ist?

MSvG: Die DFG-VK hat dieser Wechsel nicht als Schnitt getroffen, vielmehr ging ja schon die letzten Jahre vor der Aussetzung der Wehrpflicht die Zahl der Einberufenen drastisch zurück, womit auch der Bedarf für eine Beratung zur Kriegsdienstverweigerung abgenommen hatte. Das hat Potential freigesetzt, sich schon früher mit den Werbeversuchen der Bundeswehr auseinander zu setzen. Das große Problem hier war und ist die Quantität: Die Jugendoffizier*innen alleine machen rund 6.000 Veranstaltungen im Jahr – d.h. sie gehen an Schulen halten dort Vorträge, veranstalten Seminare etc. Die Bundeswehr ist zusätzlich mit ihren Werbetricks unterwegs. Hier kann eine ehrenamtlich arbeitende Friedensbewegung quantitativ kaum mithalten und kontra geben. Natürlich wird dies versucht und es gibt schon auch fast täglich Proteste gegen den Auftritt der Bundeswehr auf Messen oder Schulhöfen, aber es ist eben nicht flächendeckend.

IMI: Ein besonderer Fokus bei der Beschäftigung der DFG-VK mit der Rekrutierung liegt auf dem Anwerben von Minderjährigen. Welches Ziel verfolgt die DFG-VK mit der aktuellen Kampagne „Unter 18 nie!“?



Aktion anlässlich der Übergabe von 30.000 Unterschriften an die Verteidigungsministerin. Quelle: Michael Schulze von Glaßer.

MSvG: Grundsätzlich ist die DFG-VK gegen das Militär und damit auch gegen jede Werbung für den Dienst an der Waffe. Wir müssen aber auch konstatieren, dass die vollumfängliche Abschaffung der Bundeswehr ein fernes Ziel ist. Deswegen wurde darauf geschaut, was näherliegende Ziele sein können. Die Bundeswehr ist dabei eine von immer weniger werdenden Streitkräften weltweit, die noch Minderjährige an der Waffe ausbildet. Man wird noch nicht in einen Auslandseinsatz geschickt, aber eben ausgebildet. Mit der Kampagne „Unter 18 nie!“ engagieren wir uns also gegen die Rekrutierung von Minderjährigen durch die Bundeswehr. Und wir sind uns auch mit unseren Partnern, z.B. Terre des hommes, Kindernothilfe, GEW und anderen einig, dass dies ein Feld ist, in dem wir realistisch etwas bewegen können. Die Kampagne in dieser Form läuft nun knapp seit einem Jahr, geht aber natürlich auf verschiedene andere Kampagnen der unterschiedlichen Trägerorganisationen zurück. Da kann man auch sehen, wie das auch ein Entwicklungsprozess war – das begann schon 2009, als erste Kinderrechtsorganisationen sich die Praxis der Rekrutierung genauer angeschaut und den Missstand festgestellt haben. Man hat dann Unterschriften gesammelt und Informationsmaterial erstellt, hat Gespräche geführt und so weiter. Bis dann die über 30.000 Unterschriften an die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen übergeben wurden und man feststellen musste, dass diese dann einfach samt ihrem Ministerium dicht gemacht hat. Und da war die Frage, wie wir dann trotzdem weiter machen wollen und so entstand

dann der Gedanke, diese unterschiedlichen Ansätze in einer neuen Kampagne zu bündeln, um den öffentlichen Druck zu erhöhen. Die Kampagne versucht auch genau das, die Öffentlichkeit auf das Problem aufmerksam zu machen und so die Politik zu beeinflussen.

IMI: Es erstaunt doch jedes Mal, wenn man die öffentliche Diskussion in Deutschland über Kindersoldat*innen z.B. in Afrika verfolgt, die die Stigmatisierung der Rekrutierung Minderjähriger als Konsens definiert, dass gerade westliche Industrieländer scheinbar unbeeindruckt davon sind. Es sind doch auch Politiker*innen bei uns, die, z.B. im Rahmen vom Red Hand Day, sich bewusst gegen Kindersoldat*innen aussprechen. Ist das nicht ein Widerspruch?

MSvG: Da gab es auch einen Wandel. Politiker*innen sind tatsächlich vorsichtiger geworden, seit sie mitbekommen haben, dass eine der Forderungen des Red Hand Days auch die Abschaffung der Rekrutierung Minderjähriger in Deutschland miteinschließt. Tatsächlich ist es natürlich schon seltsam. Mit 17 Jahren, da darf ich als Jugendliche*r z.B. noch keinen Alkohol kaufen, nicht bei der Bundestagswahl wählen und auch noch nicht alle Computer-„Ballerspiele“ kaufen, aber man wird von der staatlichen Armee an der Waffe darin ausgebildet, auf Menschen zu schießen. Das sind dann die gleichen Leute, die aus z.B. CSU-Kreisen Videospiegelverbote fordern, weil die so schrecklich sind, aber es dann für gerechtfertigt halten, dass 17jährige zur Bundeswehr gehen. Da ist dann sehr offensichtlich, dass es da doppelte Standards gibt. Natürlich wissen wir auch, dass das Bild, was mitschwingt, wenn von



Quelle: unter18nie.de.

Kindersoldaten*innen in Afrika die Rede ist, in kleinen Kindern mit Kalaschnikow besteht. So ist dies natürlich in Deutschland nicht, das sieht schon anders aus. Aber letztlich ist es die UN, die sagt, dass dies nicht sein sollte und keine Minderjährigen an Waffen ausgebildet werden sollten. Deutschland stellt sich international hin und verweist auf hohe Standards und die Beachtung der Kinderrechte – aber genau in diesem Bereich wird deutlich, dass es damit nicht immer so weit her ist. Dies schadet dann auch dem internationalen Ansehen Deutschlands und seiner Glaubwürdigkeit. Und die seit 2014 bestehende Forderung des UN-Ausschusses für die Kinderrechte, das Rekrutierungsalter anzuheben, wird schlicht von der Regierung in Berlin ignoriert.

IMI: Mit welchen Argumenten? Ist es einfacher, Jüngere zu werben?

MSvG: Dies ist nur ein Aspekt – die Minderjährigen machen ja einen Anteil von 10 - 15% aus, auf den man erstmal in Zeiten von Personalmangel nicht verzichten will. Als Argument wird aber auch gebracht, dass es eine verkürzte Schulzeit gibt und wenn junge Menschen mit 17 Jahren das Gymnasium abgeschlossen haben und dann noch nicht die Möglichkeit haben, zur Bundeswehr zu gehen, dann gehen sie der Armee auch verloren, weil sie nicht ein Jahr warten, um dann erst einzusteigen. Dies gilt natürlich auch, wenn Jugendliche mit der mittleren Reife von der Schule gehen, dann sollen sie schon die Möglichkeit haben, auch bei der Bundeswehr unterschreiben zu können.

In Großbritannien, wo die Armee auch Minderjährige rekrutiert, ist die Kurve der neu angeworbenen

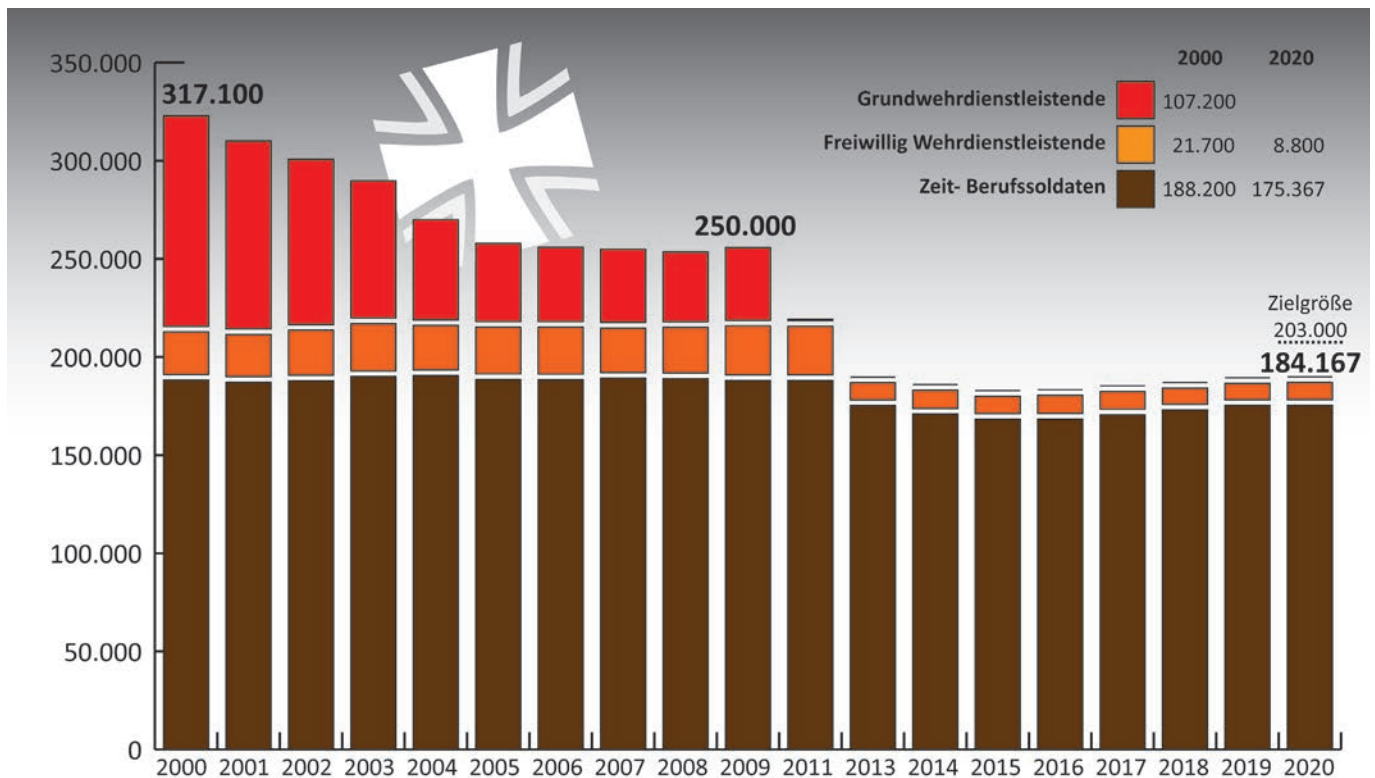
Minderjährigen stark abfallend, wohingegen sie in Deutschland wieder leicht steigt. Wir kommen dem Punkt näher, wo Großbritannien weniger Minderjährige in ihre Reihen aufnimmt, als Deutschland. Dies hat vielleicht auch damit zu tun, dass die Bewegung in Großbritannien es geschafft hat, durchzusetzen, dass minderjährige Soldat*innen gesondert untergebracht und anders behandelt werden müssen. Dies hat dann für die Armee zu höheren Kosten geführt, weshalb das Interesse an einer möglichst frühzeitigen Rekrutierung auf Seiten der Armee nachgelassen hat.

IMI: Ist dies ggf. auch eine Strategie für die Kampagne hier?

MSvG: Die Bundeswehr erstellt zwar viele Statistiken über sich selbst, erfasst aber Minderjährige in diesen nicht gesondert. Dies wäre aber durchaus interessant, ob z.B. diese Gruppe besonders von sexuellen Übergriffen oder anderem betroffen ist. Die Forderung nach einer spezifischen Analyse der Bedingungen für Minderjährige kann dabei durchaus auch in die nach einer Trennung von Minderjährigen von den volljährigen Soldat*innen bei der Unterbringung münden.

IMI: Gibt es denn eine Erfassung, wie hoch die Abbrecher*innenquote unter den Minderjährigen im Vergleich zu den Älteren ist?

MSvG: Da haben wir durchaus unterschiedliche Zahlen bisher gehört – grundsätzlich gibt es eine Abbrecher*innenquote bei der Bundeswehr von 20 - 30% aller Rekrut*innen und bei den Minderjährigen soll diese noch ein bisschen höher liegen. Man hat sechs Monate Zeit, in denen man jederzeit den Dienst quittie-



ren kann. Was auch recht hoch ist, ist die Zahl derer, die von der Bundeswehr selbst nicht weiter beschäftigt werden – also auch nicht jede*r wird letztlich genommen. Nach der UN-Kinderrechtskonvention ist es nicht gewollt, dass Minderjährige rekrutiert werden, aber es ist eben auch nicht verboten, dass staatliche Armeen Minderjährige aufnehmen. Die USA, aber auch Deutschland haben, als die UN-Kinderrechtskonvention und die Zusatzprotokolle festgeschrieben wurden, sehr darauf insistiert, dass staatliche Armeen weiterhin Kinder rekrutieren dürfen. Dabei soll vor allem eine Freiwilligkeit gegeben sein. Wenn ich allerdings mit 17 Jahren in die Armee eintrete und dann ein halbes Jahr habe, um das auszutesten, bin ich doch im Anschluss drin – dann fällt diese „Freiwilligkeit“ dann weg. Sie werden nicht mehr aufgefordert, wenn sie 18 Jahre sind, erneut zu unterschreiben. Im schlimmsten Fall unterschreiben die jungen Menschen mit 16 Jahren – und ihre Eltern müssen mit unterschreiben –, treten mit 17 ihren Dienst an, haben ein halbes Jahr Probezeit und dann kommen noch volle 11 ½ Jahre. Und wenn sich dann die Ansichten mit 18 Jahren ändern, ist es halt zu spät. Die Bundeswehr ist schließlich keine normale Arbeitgeberin, wo man dann auch einfach kündigen kann – ich kann dann nur noch desertieren, ich komme dann eben nicht mehr raus.

IMI: Wie ist jetzt die Perspektive für die Kampagne?

MSvG: Die Kampagne soll noch bis zur nächsten Bundestagswahl im Herbst 2021 laufen – sofern diese Bundesregierung so lange durchhält. Und solange

erhöhen wir den Druck durch Öffentlichkeitsarbeit und mit gezielter Lobbytätigkeit bei Politiker*innen. Aber es ist natürlich auch das Ziel, die Grundausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands in Frage zu stellen – als DFG-VK stehen wir auf dem Standpunkt, dass es keiner militärischen Außenpolitik bedarf, um den Konflikten in der Welt beizukommen. Das gilt insbesondere mit Blick auf die tatsächlichen Probleme in der Welt, wie Klimawandel, oder gerade die Eindämmung von Pandemien wie Covid-19. Hier ist vielmehr weltweite Kooperation gefragt, als sich für militärische Konfrontationen aufzurüsten.

Weiterführende Links:

Kampagne „Unter 18 nie!“: unter18nie.de

Red Hand Day: aktionrothand.de

The Roméo Dallaire Child Soldiers Initiative:

Childsoldiers.org

Bevor Du unterschreibst (DFG-VK):

Bevor-du-unterschreibst.de

Deutsches Bündnis Kindersoldaten:

kindersoldaten.info

Empfehlenswert sind dort u.a.

diese beiden Publikationen:

Schattenbericht Kindersoldaten

Kindersoldatinnen



Widersprüchliche Werbekampagne

Ein kritischer Blick auf die Bundeswehr-Serie „Die Rekrutinnen“

von Nina Rupprecht

Ende letzten Jahres erschien auf dem Youtube-Kanal „Bundeswehr Exclusive“ die mittlerweile achte Serie der Bundeswehr. Hierbei besinnt sich der Kanal, nach den eher kriegerisch angelegten Serien „Mali“, „KSK“ und „Survival“ sowie Kurzserien für ein eher kleines Zielpublikum, wieder auf seine Anfänge („Die Rekruten“). Rund 7 Mio. Euro¹ hat die Bundeswehr in „Die Rekrutinnen“ investiert, um nun insbesondere den weiblichen Teil der Bevölkerung anzusprechen. Schon in den vergangenen Staffeln wurden Frauen als Akteurinnen gezeigt (abgesehen von „KSK“ und „Die Springer“), doch schien das als Werbemaßnahme nicht zu genügen. „Die Rekrutinnen“ soll „Vorurteile abbauen und junge Frauen ermuntern, zu uns zu kommen.“, wie Christina Routsis, Sprecherin des Verteidigungsministeriums, erklärte.² Wie undurchdacht diese Idee war, zeigt nicht nur der unkreative Titel, sondern auch die Serie selbst. Schon die erste Hürde, ausreichend Frauen zu finden, die als Werbebotschafterinnen zu Verfügung stehen, konnte nicht genommen werden. So ist im Trailer von sieben jungen Frauen³ die Rede, die die Zuschauer*innen in der Serie begleiten werden. Die Serie selbst zeigt allerdings eine gemischte Ausbildungsgruppe mit vier Frauen und drei Männern. Die vier Rekrutinnen werden zu Beginn der Serie in „Homestories“ vorgestellt. Darin erzählen die zwischen 18 und 20 Jahre alten Frauen von ihrer Motivation, zur Bundeswehr zu gehen und sind dabei gleichzeitig direktes Sprachrohr für die Werbeslogans der Bundeswehr. Melanie will an ihre Grenzen kommen, Enny sieht die Bundeswehr als Chance, die Welt zu entdecken und Lea möchte zur Bundeswehr, um sich selbst kennenzulernen.

Truppengefühl statt Konzepte für weibliche Soldaten

In der Serie selbst wird schnell klar, dass die Bundeswehr als große Gemeinschaft dargestellt werden soll. So erklärt Protagonistin Leah: „Ich persönlich halte

nicht so viel von dem Gender-Wahnsinn, der gerade abgeht, wir sind halt EINE Truppe.“⁴ Auch die Darstellungen der Offizier*innen sollen das Gefühl einer großen Gemeinschaft erzeugen. Zwar wird einerseits gezeigt, wie die Rekrutinnen von den Offizier*innen angebrüllt werden. Gleichzeitig werden genau jene Offizier*innen auch immer als nahbare Personen dargestellt, die im privaten Gespräch vor der Kamera ihr Mitgefühl mit den Rekrut*innen zeigen und ihr autoritäres und abwertendes Verhalten als normal beschreiben. Inhaltlich wird in den 50 Folgen kaum auf Themen eingegangen, die in besonderem Maße Frauen ansprechen könnten. So sieht man in Folge 5 (6:41 min) zwar kurz, dass im Ausbildungsunterricht die „Militärische Gleichstellung und militärische Gleichberechtigung sowie der Umgang mit Sexualität“ als Thema behandelt wird. Eine Sekunde später werden dann müde Gesichter gezeigt, es geht um die Wahl der Vertrauensperson und der Rekrut Kenneth beschreibt den Input als „anspruchsvoll“. Ähnliches lässt sich in Folge 9 beobachten, wo in gerade einmal 57 Sekunden der insgesamt über 15 Minuten langen Folge von einem weiblichen Oberleutnant „Tipps von Frau zu Frau“ gegeben werden. Der einzige Tipp, den die Zuschauer*innen dabei mitbekommen, ist, sich bei einer Stationierung rechtzeitig einen Gynäkologen in der Nähe zu suchen.

Weiterhin existiert ein „Special“-Video zu „Frauen bei der Bundeswehr“, in der in 10 Minuten die wichtigsten Fragen mit der militärischen Gleichstellungsbeauftragten der Bundeswehr und einem weiblichen Hauptfeldwebel behandelt werden sollen. Die erklärten Schwerpunkte liegen dabei auf „Beauty, Hygiene, Gleichstellung und Familie“⁵. Die weitere Gewichtung zeigt sich darin, dass sechs Minuten lang Antworten zum Thema „Beauty und Hygiene“, zwei Minuten zu „Sexualität und Familie“ und weitere zwei Minuten zu „Gleichstellung und Mobbing“ gegeben werden.

Die durchaus spannende Frage zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird, ohne nähere Informationen,

als unproblematisch beschrieben und beinahe hektisch abgenickt. Ähnlich wirkt es bei der Frage nach Mobbing, welches laut der Gleichstellungsbeauftragten nicht öfter als „in anderen Unternehmen“ vorkomme.⁶

Dabei orientiert sich die Gleichstellungsbeauftragte weniger an der Realität und mehr an der Eigendarstellung der Bundeswehr. So ist auf der Seite „Bundeswehrentdecken“ zu lesen, dass die Soldaten die Veränderung durch Frauen in der Truppe vor allem durch einen freundlicheren Ton bemerken würden.⁷ Dagegen berichtete die Welt 2014 noch, dass rund 57 Prozent der Soldaten der Meinung sind, Soldatinnen würden die Lage der Bundeswehr verschlechtern.⁸ Zudem würde jede vierte Frau die Truppe gern vorzeitig verlassen.⁹ Ein Grund, von der damaligen Verteidigungsministerin von der Leyen auch medial groß inszeniert, war die Frage der Vereinbarung von Beruf und Familie. Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten von 2019 zeigt allerdings, dass diese Thematik für die Bundeswehr als Arbeitgeber noch lange nicht abgeschlossen ist. So ist der Bau einer Kindertagesstätte in Nähe des Bundeswehrkrankenhauses seit Jahren angekündigt, kann aber wegen einer ausstehenden Baufeldfreimachung nicht umgesetzt werden. Ebenfalls nicht vollständig gelöst ist die Betreuung von Schulkindern während der Ferienzeiten.¹⁰

Sexualisierte Gewalt ist ein strukturelles Problem

Weiterhin lässt der Artikel der Welt darauf schließen, dass die Bundeswehr für Frauen generell ein unangenehmes Pflaster ist. So sind sowohl Soldaten als auch Soldatinnen vermehrt der Ansicht, dass sich die Bundeswehr durch einen höheren Frauenanteil zum Negativen verändere. Die Hälfte der Soldaten ist der Meinung, dass Frauen in der Bundeswehr zu positiv beurteilt würden. Gleichzeitig haben rund die Hälfte der Soldatinnen Erfahrung mit sexueller Belästigung gemacht, rund 25% durch das Zeigen von pornografischen Inhalten, 3% wurden Opfer sexualisierter Gewalt.¹¹

Auch der Jahresbericht des Wehrbeauftragten berichtet von Diskriminierung¹² und insbesondere sexueller Belästigung¹³. So wurden 2019 insgesamt 345 Fälle wegen des Verdachts auf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gemeldet. Der Bericht führt dabei mehrere Fälle an, bei denen die Bundeswehr mit Geldbußen oder vorzeitigen Entlassungen auf sexuelle Belästigungen reagiert hat. Gleichzeitig wird aber auch beschrieben, dass die Bundeswehr keinen einheitlichen Umgang zu Meldungen von Übergriffen hat, was „kaum ein Klima fördern [kann], in dem eine wertorientierte Grundhaltung selbstverständlich ist“¹⁴.

Während der Jahresbericht des Wehrbeauftragten und die Außerdarstellung der Bundeswehr sich bezüglich der Gleichberechtigung innerhalb der Truppe fortschrittlich geben, wird auch der strukturelle Sexismus innerhalb der Truppe dargestellt. Dieser betrifft potenziell auch all jene Soldat*innen, die durch ihre Geschlechterzugehörigkeit oder sexuelle Orientierung aus dem heteronormativen Raster fallen. Zwar gibt es positive Medienberichte zu transgeschlechtlichen Offizier*innen, jedoch heißt es im Jahresbericht des Wehrbeauftragten auch, dass ein Offizier die „gefühlte Omnipräsenz von transgeschlechtlichen Menschen in der Bundeswehr“ beanstandete oder ein Soldat durch sexuelle Anspielungen in einem Whats-App-Gruppenchat gedemütigt wurde. Dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle handelt, erkennt auch der Bericht. Zwar wird gefordert, dass „Loyalität und Kameradschaft“¹⁵ in solchen Fällen den Betroffenen gelten müsse. Für konkrete Maßnahmen innerhalb der Truppe gibt es allerdings keine Vorschläge. Stattdessen feiert der Bericht die Teilnahme am deutschen Diversity-Tag und betont das Bekenntnis der Bundeswehr zur Einbindung aller Angehörigen.

Nicht nur innerhalb der Bundeswehr erzeugt der Wunsch nach Gleichberechtigung und Diversität Widerstände, auch die AfD hat nun eine kleine Anfrage zur Gleichstellung von Frauen mit Männern in der Bundeswehr gestellt¹⁶, in der moniert wird, dass „durch eine Überbetonung von Gesichtspunkten wie Gleichstellung, Antidiskriminierung oder Diversity [...] Probleme für die Leistungsfähigkeit der Streitkräfte geschaffen [werden], die im Ernstfall nicht gelöst werden könnten.“¹⁷

Dem Werben liegt ein Personalmangel zugrunde

Das Werben um einen höheren Frauenanteil begründet die Bundeswehr selbst mit der Gleichberechtigung von Frauen und der Überwindung von Diskriminierung in der Arbeitswelt. Hier muss allerdings angemerkt werden, dass es erst aufgrund einer Klage und dem entsprechenden Gerichtsurteil des Europäischen Gerichtshofs im Jahr 2000 für Frauen möglich wurde, sich in Deutschland für alle militärischen Tätigkeiten zu bewerben¹⁸. Daher ist es wahrscheinlicher, dass die Motivation der Bundeswehr schlicht ihr Personalmangel¹⁹ ist und sie sich bei ihren Rekrutierungsversuchen an anderen NATO-Partnern wie den USA, Kanada oder Frankreich orientiert. Diese haben bei ihren Soldaten einen Anteil von rund 15% Frauen²⁰ – ebenjener Prozentsatz ist auch erklärtes Ziel der Bundeswehr. Bislang stieg seit dem Jahr 2000 der Anteil der Soldatinnen auf rund 12% (2019: 12,8 %²¹), während die Zahl der Soldaten insgesamt abgenommen hat.



Streetart in Valencia. Quelle: Antonio Marín Segovia/flickr.

Im Vergleich zu den Bundeswehr-Serien „Die Rekruten“, „KSK“ oder „Mali“ war das Interesse für „Die Rekrutinnen“ auf Youtube eher gering, immerhin aber höher als für die Kurzserien „Die Springer“, „BIWAK“ und „Unbesiegt“, die allerdings in ihrer Konzeption auch für ein kleineres Zielpublikum bestimmt waren. Doch die Werbestrategie, die sich hier fortsetzt, ist gefährlich und muss, trotz mäßigem Erfolg, auch so benannt werden. Die Inszenierung ist, je nach Social-Media-Kanal, durchaus unterschiedlich. Für Konsument*innen schwimmt, ob es sich vornehmlich um Information, Unterhaltung oder Anwerbung handelt, wodurch Letzteres – worum es der Bundeswehr ja geht – viel subtiler stattfindet. Die Bundeswehr hat hier eine feste Werbemöglichkeit für sich entdeckt, die – unabhängig von der Beachtung – viel Geld kostet.²² Inhaltlich wirkt die Serie wie „Die Rekruten“ 2.0: ein konzeptloses Bemühen, Frauen als derzeit noch unterrepräsentierte Gruppe anzuwerben. Auf die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sich in unserer Gesellschaft überwiegend für Frauen stellt, kann die Bundeswehr keine attraktive Antwort geben. Auch für den Umgang mit sexualisierter Gewalt steckt die Bundeswehr höchstens in den Kinderschuhen. Doch eine diesbezügliche Reformierung des Militärs ist aufgrund ihres Charakters unmöglich. Denn das Überwinden patriarchaler Denkmuster steht diametral zur gewaltvollen und von Hierarchien geprägten Idee des Militärs.

Anmerkungen

1 Bundeswehr-Serie auf Youtube - „Die Rekrutinnen“ gehen an den Start, zdf.de, 5.4.2020.

2 Ebd.

3 Bundeswehr Exclusive: Die Rekrutinnen, Trailer, youtube.com, 4.4.2020.

4 Bundeswehr-Serie auf Youtube, zdf.de, 5.4.2020.

5 Bundeswehr Exclusive: Frauen bei der Bundeswehr, Die Rekrutinnen Special, youtube.com, 6.4.2020.

6 Ebd.

7 Soldatenberuf- Frauen bei der Bundeswehr, bundeswehrentdecken.de, 6.4.2020.

8 Jeder zweite Soldat will keine Frauen in der Truppe, welt.de, 16.3.2020.

9 Ebd.

10 Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten, Jahresbericht 2019, BT-Drucksache 19/16500 S.88.

11 Jeder zweite Soldat will keine Frauen in der Truppe, welt.de, 16.3.2020.

12 BT-Drucksache 19/16500, S.68.

13 Ebd., S. 81-82.

14 Ebd., S.81

15 Ebd., S.66

16 Kleine Anfragen von Abgeordneten der AfD Fraktion in der 19. Wahlperiode, BT-Drucksache 19/18474.

17 BT-Drucksache 19/18474, S.2, (bisher keine Antwort der Bundesregierung, Stand 27.4.2020)

18 Europäischer Gerichtshof: Dienst mit der Waffe auch für Frauen, presseportal.de, 27.4.2020.

19 BT-Drucksache 19/16500, S.23.

20 Summary of the National Reports of NATO Member and Partner Nations to the NATO Committee on Gender Perspectives 2017.

21 BT-Drucksache 19/16500, S.67.

22 Bundeswehr steckt 34 Millionen Euro in Nachwuchswerbung, noz.de, 27.4.2020.

Die neue Werbekampagne der Bundeswehr

Nach der Youtube-Serie „Die Rekrutinnen“ oder der „Gas, Wasser, Schiessen“-Plakatwerbung im letzten Jahr, gibt es nun rund um Corona eine neue Kampagne der Bundeswehr. Beauftragt ist erneut die Agentur Castenow, die seit 2015 mit der Bundeswehr zusammenarbeitet.¹ Während mit „Die Rekrutinnen“ Frauen die erklärte Zielgruppe waren, sollte mit „Gas, Wasser, Schiessen“ die Handwerkerschaft angesprochen werden. Zu Recht wurde hierbei vom Zentralverband der deutschen Handwerkerschaft (ZDH) sowie der Evangelischen Kirche Niveaulosigkeit² und mangelndes „geschichtliches Bewusstsein“ moniert.³

Dennoch bleibt die Bundeswehr der Firma Castenow treu, jetzt mit der „Einsatz gegen Corona“-Kampagne auf sämtlichen Social-Media-Kanälen (Youtube, Facebook, Twitter und Instagram). Betrachtet man die Hashtags, die die Bundeswehr nutzt, wird die Werbebotschaft, die Castenow nun senden will, schnell klar. Sowohl #bundeswehrhilft als auch #füreuchgemeinsamstark stellen nicht den militärischen Charakter der Bundeswehr in den Fokus, sondern wollen die Bundeswehr als Helferin in der Krise darstellen. Ähnlich verhält es sich bei den Youtube-Folgen rund um die Kampagne. Hier ist in den ersten zwölf Folgen viermal das Wort „Hilfe“ im Titel enthalten. Weiterhin wird versucht, die Bundeswehr als Unterstützerin in Gesundheitswesen (z.B. „Transport von Intensivpatienten“ oder „Im Bundeswehrkrankenhaus“) und Forschung (z.B. „Corona auf der Spur“ oder „Technologien gegen das Virus“) darzustellen. Als Erfolg ist die Kampagne bisher nicht zu werten: Die Videos der Youtube-Dokumentation bewegen sich zwischen 20.000 und 180.000 Klicks (Stand 5.5.2020). Dennoch ist diese Militär-PR relativ teuer: Für die Bundeswehr-Serien wurden 2020 rund 1,2 Mio. Euro ausgegeben. Schaut man auf die Einzelkosten, dann entfallen 338.000 Euro auf die Pro-

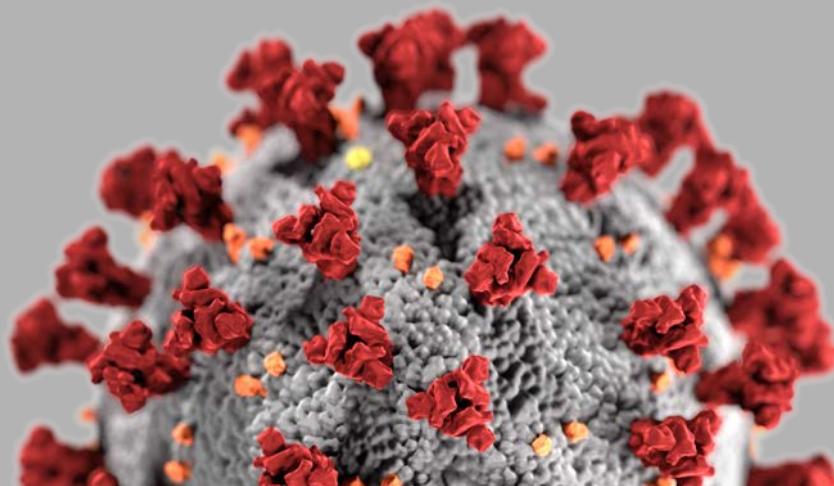
duktion der fünf- bis siebenminütigen Clips. Die restlichen 835.000 Euro sind für die Bewerbung der Serie vorgesehen.⁴

Sehr unterhaltend ist eine Snapchat-Lens mit Warngeräusch, wenn eine Person einer anderen zu Nahe kommt.⁵ Hier hat Castenow ignoriert, dass die Bundesregierung für sich in Anspruch nimmt, dass bei der Personalwerbung „die Darstellung der Bundeswehr als „sinnstiftender“ und „qualifizierender“ Arbeitgeber im Vordergrund [steht] und nicht die Elemente ‚Fun‘ und ‚Action‘“⁶ und wurde auch nicht von ihrem Auftraggeber korrigiert.

Die Kampagne ist einerseits sicher ein Versuch, den derzeitigen Einsatz im Inneren zu legitimieren und das Bundeswehrimage zu verbessern. Ebenso will sich die Bundeswehr aber als attraktive Arbeitgeberin im medizinischen oder naturwissenschaftlichen Bereich darstellen. Ersteres ist insbesondere auch insofern kritisch, als dass medizinisches Personal in öffentlichen Krankenhäusern fehlt. Im Sinne der Daseinsfürsorge wäre hier ein entschiedenes Handeln für attraktivere Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung von staatlicher Seite lange überfällig. (Nina Rupprecht)

Anmerkungen

- 1 Castenow verteidigt den Gesamtetat „Arbeitgebermarke Bundeswehr“, castenow.de, abgerufen am: 28.4.2020.
- 2 Bundeswehr-Kampagne erntet Shitstorm - Handwerk beschwert sich in Brief bei von der Leyen, merkur.de, 23.1.2020.
- 3 Kritik an Bundeswehr-Werbung, evangelisch.de, 8.6.2019.
- 4 Selbstinszenierung mit Millionenbudget, neues-deutschland.de, 11.5.2020.
- 5 Bundeswehr hilft, Leute auf Distanz zu halten, wuv.de, abgerufen am: 28.4.2020.
- 6 BT-Drucksache 19/10515, S.1



Bundeswehrpostkarten in Trier

Per Corona auf Rekrut*innenfang

von Markus Pflüger

Der Trierische Volksfreund (TV) berichtete in seiner Ausgabe vom 4. Mai 2020 darüber, wie die Bundeswehr die Corona-Krise aktuell über die Verschickung von 680.000 Postkarten nutzt, um auf Rekrut*innenfang zu gehen. Beschrieben wird eine knapp 260.000 Euro teure Kampagne, deren Idee im März entstanden sei und die offensichtlich auch in anderen Städten durch-exerziert wurde:

„Bei der neuesten Kampagne nutzt die Bundeswehr die Verunsicherung über Corona, um Nachwuchs zu werben. ‚Wir kämpfen gegen Corona‘ steht auf einer Postkarte, die derzeit etliche Jungen und Mädchen in der Region erhalten, die im kommenden Jahr 18 Jahre alt werden. Auf der Vorderseite ist im Stil des Namensschildes auf dem Kampfanzug der Nachname des Minderjährigen aufgedruckt. Auf der Rückseite heißt es: ‚Wir kämpfen gegen Corona.‘ Darunter wird der Jugendliche kumpelhaft mit ‚Hi‘ und seinem Vornamen angesprochen. Weiter heißt es: ‚Gerade in dieser schwierigen Zeit unterstützt die Bundeswehr mit ihren Frauen und Männern in Uniform und in Zivil die deutsche Bevölkerung mit allen Kräften.‘“

Gut, dass Medien teilweise kritisch über den Image- und Werbefeldzug der Bundeswehr berichten. Neben den fragwürdigen Werbepostkarten nerven ja schon seit Wochen Plakatwände an vielen Stellen nicht nur in Trier. Es wird ausgenutzt, dass Jugendlichen in Coronazeiten verstärkt Perspektiven fehlen, was einer Mischung aus Armutsrekrutierung und Täuschung gleichkommt.

Nicht erwähnt wird im TV-Artikel, dass die Bundeswehr sich mit ihrer „Amtshilfe“ am Rande des Verfassungsbruchs bewegt – Bundeswehrein-sätze im Inneren sind als Lehre aus der Geschichte verboten. Und was sie als Amtshilfe leistet, zeigt nur, dass zivile Organisationen, die eigentlich für Katastrophenschutz und Gesundheitswesen da sind, seit Jahren im Vergleich zur teuren Bundeswehr unterfinanziert sind. Im TV-Artikel fehlen zudem die eigentlichen Ziele der Bundeswehr:

Aufrechterhaltung des freien Welthandels, Zugang zu Rohstoffen und Märkten... – Wirtschaftsinteressen eben (vgl. Weißbuch/Verteidigungspolitische Richtlinien).

Übrigens, Widerspruch gegen diese Militär-Werbung zur Rekrutierung auch Minderjähriger ist möglich: Die Arbeitsgemeinschaft Frieden hatte das vor Jahren in Trier erfolgreich angemahnt, seitdem gibt es (leider ziemlich versteckt auf Trier.de) eine Widerspruchsmöglichkeit, um solche Post nicht zu bekommen. Auch die DFG-VK weist schon seit Jahren unter dem Titel „Meine Daten sind nichts für die Bundeswehr!“ auf die Widerspruchsmöglichkeit hin und fordert ein Ende der Rekrutierung Minderjähriger (unter18nie.de). Es ist ein fragwürdiges Bundesgesetz, das die Einwohnermeldeämter zur Herausgabe der Daten der 17jährigen verpflichtet – ein Relikt der ausgesetzten Wehrpflicht. An jedem Red Hand Day wird auch die Bundeswehr kritisiert, weil sie 17jährige in die Armee aufnimmt, was gegen den Geist der UN-Kinderrechtskonvention verstößt (vgl. Deutsches Bündnis Kindersoldaten: kindersoldaten.info). Anstatt die Corona-Krise zur Rekrutierung zu instrumentalisieren, wäre jetzt der Moment, abzurüsten und das Geld sinnvoller zu verwenden.



Quelle: Wikipedia/Albu/Eigene Bearbeitung.

Adbusting

Repression, weil es die Bundeswehr „lächerlich“ macht

von Klaus Poster

„Adbusting“ – so nennt der Szenejargon eine Aktionsform, bei der mit minimalinvasivem Vandalismus Werbeplakate mittels Stift, Papier und Kleister bis zur Kenntlichkeit entstellt werden. Wie Gerichtsakten und parlamentarische Anfragen zeigen, macht diese Aktionsform die deutschen Sicherheitsbehörden zunehmend nervös. Denn wenn es sich dabei um Kritik an Polizei und Militär handelt, beschäftigen sich sogar Gerichte und Geheimdienste damit. Seit 2015 drängt das deutsche Militär massiv mit Plakatwerbung in den öffentlichen Raum. Seitdem muss sich die Bundeswehr auch mit dem Adbusting auseinandersetzen.¹ Auf Presseanfragen reagierte das Kriegsministerium bisher betont locker: „Wir sehen bislang keinen Anlass, Strafanzeigen zu erstatten“, sagte Jörg Franke, Pressesprecher*in. Die Bundeswehrplakatkampagne habe zum Ziel gehabt, »provokative Denkanstöße« auszulösen. „Nun sorgen die Adbusting-Aktionen für Kontroversen, die wiederum dazu beigetragen haben, die Bundeswehrkampagne bekannter zu machen“.²

Adbusting im VS-Bericht

Wie sehr es die Behörden tatsächlich nervös macht, wenn man Werbeplakate verbessert, zeigt nun eine Kleine Anfrage der linken Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke. Sie fragte die Bundesregierung, warum der Aktionsform „Adbusting“ im aktuellen Verfassungsschutzbericht des BfV gleich eine halbe Seite einschließlich Aktionsfoto gewidmet und mit Gewalt gleichgesetzt werde.³ Denn im Bericht heißt es u.a.: „Neben physischen Angriffen auf

Polizeikräfte versuchen Linksextremisten gezielt, die Polizeibehörden allgemein in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. [...] Dabei verfremden Linksextremisten Werbeplakate der Polizei und anderer Sicherheitsbehörden im öffentlichen Raum, indem sie diese mit Parolen versehen, welche Polizeibeamte oder Angehörige der Sicherheitsbehörden als Verbrecher oder die Polizei als Instrument eines willkürlich agierenden Unrechtsregimes darstellen“.⁴

BfV beobachtet Adbusting

Außerdem muss das Ministerium zugeben, dass sich der Geheimdienst BfV seit 2018 systematisch mit „Adbusting“ beschäftigt und eine Liste über entsprechende Aktionen führt. Die Tabelle führt Einträge mit staatsgefährdenden Aktionen à la „14.11.2018 Dresden

Umgestaltung eines Kaufland-Werbeplakats“ auf. Auch ausgerechnet das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum von Bund und Ländern“ (GETZ) hat sich 2018/19 gleich viermal mit Adbusting beschäftigt. Im GETZ sitzen trotz Trennungsgebot einmal pro Woche Vertreter*innen von Geheimdiensten, LKAs und anderen Behörden zusammen, um Daten zu tauschen und gemeinsam zu speichern.

Das GETZ wurde 2012 gegründet, um der Kritik am institutionellen Rassismus, der es dem Terrornetzwerk um Beate Zschäpe ein Jahrzehnt lang ermöglichte, unbehelligt mordend durch die Republik zu ziehen, zu begegnen. Das das GETZ leitende BfV ereifert sich im Verfassungs-





Adbusting in Berlin anlässlich des „Tag des Peacekeepers“. Quelle: indymedia.org

schutzbericht darüber, dass Adbustings „institutionellen Rassismus“ thematisieren. Das verantwortliche Innenministerium hält Kritik am institutionellen Rassismus für „verallgemeinernd“ und „über sachliche Kritik deutlich hinausgehend“. Derweil sitzen im Terrorabwehrzentrum Vertreter*innen von 40 Verunsicherungsbehörden zusammen, und als Adbusting das erste Mal thematisiert wird, sagt niemand: „Aäh ja. Echt schlimm, wie die Chaot*innen sich über euch lustig machen. Aber sollten wir nicht was dagegen tun, das in diesem Land regelmäßig Politiker*innen niedergestochen oder abgeknallt und fast täglich Migrant*innen angegriffen werden?“ Im Gegenteil: Man scheint sich einig gewesen zu sein, noch drei weitere Male über die Bekämpfung von veränderten Werbeplakaten reden zu müssen.

Bedroht Adbusting die Nato?

Doch auch im Kriegsministerium macht man sich Sorgen. So sammelt der MAD systematisch Informationen über Adbusting. „Sofern dem MAD Sachverhalte, die Adbusting-Aktionen gegen die Bundeswehr betreffen, bekannt werden, wertet der MAD diese nach Maßgabe seiner gesetzlichen Befugnisse und Kompetenzen dahingehend aus, ob sie auf eine extremistische Urheberschaft zurückzuführen sind und ob hieraus Folgerungen für die Beurteilung der Sicherheitslage entstehen.“ Denn dem MAD obliege „die Beurteilung der Sicherheitslage von Dienststellen [...] des Bundesministeriums für Verteidigung sowie [...] der verbün-

deten Streitkräfte und der internationalen militärischen Hauptquartiere in Deutschland“.⁵

LKA Berlin gegen antimilitaristische Adbustings

Leider hat diese Diskursproduktion konkrete Folgen. Es bestärkt z.B. das Berliner LKA in seinem Tun. Das berühmt-berüchtigte LKA 5 (Staatsschutz) ist bekannt dafür, dass es dort kaum jemand sonderbar findet, wenn Kolleg*innen* sich zu Weihnachten Nazi-Grüße schicken,⁶ den islamistischen Attentäter Anis Amri zugunsten linksradikaler Aktivist*innen von der Observationsliste strichen,⁷ oder Daten von Linken an Nazis weitergaben und „privat“ an die Hausbesetzer*innen in der Rigaer Straße Drohbriefe mit „dienstlichen“ Informationen schickten.⁸ Weitere Peinlichkeiten wurden durch Gerichtsakten und Anfragen der Abgeordneten Anne Helm und Niklas Schrader bekannt.⁹ So musste der Berliner Innensenat zugeben, dass es seit Ende 2015 mit mindestens drei Beamten*innen kontinuierlich zu Adbustings aus dem Bereich „Antimilitarismus“ und „Antirepression“ ermittelt habe. Bereits die ersten Bundeswehr-Adbustings, die auf die Ende 2015 startende „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne reagierten, scheinen die autoritären Charaktere dazu provoziert zu haben. Eine Sonderkommission oder eine „Bündelung“ habe aber angeblich nicht stattgefunden, denn es handele sich bei Adbusting um „minder schwere Kriminalität.“

Das schützt jedoch nicht vor Repression. Nachdem zum Tag der Bundeswehr 2019 viele veränderte Bun-



Adbusting am Tempelhofer Feld, Berlin mit Verweis auf den rechtsextremen Soldaten Franco A. Quelle: indymedia.org

deswehrplakate in der Stadt hingen,¹⁰ nahm die „Nicht-Sonderkommission“ dies zum Anlass, aktiv zu werden. Zwei Personen waren Anfang Mai 2019 von der Polizei dabei gestellt worden, wie sie ein in einer Werbevitrine hängendes Bundeswehrposter verbesserten. Statt „Geht Dienst an der Waffe auch ohne Waffe?“ änderten sie den Slogan optisch sehr detailgetreu in „Kein Dienst an der Waffe geht ohne Waffe!“

Adbusting macht Militär lächerlich

Da die Beamt*innen vor Ort und auch ihr telefonisch verständigter Hauptkommissar unsicher waren, ob es sich überhaupt um eine Straftat handele, beließen sie es bei der Sicherstellung des Posters und der Aufnahme der Personalien. Dann passierte erstmal lange nichts. Doch wenige Tage nach dem „Tag der Bundeswehr“ beantragte das LKA mit Verweis auf die vielen veränderten Poster einen Hausdurchsuchungsbeschluss. Begründung: Adbusting mache die Militärs „lächerlich“. Vollzogen wurden die Hausdurchsuchungen im September 2019. Doch bereits Anfang Dezember 2019 stellte das Amtsgericht das Verfahren trotz des Eifers des LKAs ein.¹¹

Kein Einzelfall

Hausdurchsuchungen wegen Adbustings sind in Berlin kein Einzelfall. Im Oktober 2019 stand eine Person vor Gericht.¹² Von der Hamburger Polizei hatte die Berliner „Nicht-Sonderkommission“ den Namen

einer Berliner*in erhalten. Diese stand im Verdacht, sich mit Adbustings gegen Kinderarbeit und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie zu beschäftigen. In den nächsten Monaten produzierten die Beamt*innen 1.200 Seiten Akte, machten zwei Hausdurchsuchungen, eine ED-Behandlung und beschäftigten sich ausführlich mit Szene-Publikationen und Videos. Doch vergeblich. Vor Gericht im Oktober 2019 stellte die laut Augenzeugen durchaus verurteilungswillige Richter*in das Verfahren ein. Die Beamt*innen konnten trotz ihren umfangreichen Strukturermittlungen nicht einmal sagen, wie viel Sachschaden bei den in Rede stehenden Aktionen entstanden sei.

Pikant: Obwohl kein einziges verändertes Bundeswehrposter verhandelt wurde, rechtfertigt der Innenrat in der Antwort auf die parlamentarische Anfrage das Vorgehen damit, dass es sich um Delikte aus den Bereichen „Antimilitarismus“ und „Antirepression“ gehandelt habe.

Kommunikationsguerilla lässt sich nicht abschrecken

Der Adbusting-Affäre ist jedoch auch Gutes abzugewinnen. Die Berliner Kommunikationsguerilla scheint sich nicht abschrecken zu lassen. Gerade erst zum Polizeikongress wurden die aus Köln angereisten Geheimen mit einer in der gesamten Innenstadt ausgebreiteten bis zur Kenntlichkeit entstellten Personalwerbekampagne in der Hauptstadt empfangen.¹³ „Willkürliche Gewalt schützen? Bewirb dich beim Verfassungsschutz. Werde Spitzel“. Dieselben Empfehlungen waren auf zwei wei-

teren Postern mit „Rassismus schützen?“ und „Bock auf Männerbund“ überschrieben.

Sehr zum Leidwesen der Geheimen dürfte sich Adbusting in nächster Zeit noch mehr verbreiten. Im Unrast-Verlag ist das Buch „Unerhört! Adbusting gegen die Gesamtscheiße“ erschienen (ISBN 978-3-89771-281-2). Das Bilderbuch zeigt mit einem Schwerpunkt viele Beispiele unterhaltsamer Adbustings mit Militär, Polizei und Rüstungsfirmen. Darüber hinaus enthält es eine Anleitung, wie man mit Werkzeugen aus dem Baumarkt seine eigene Werbevitrine öffnen kann, falls man den Schlüssel verlegt hat.¹⁴

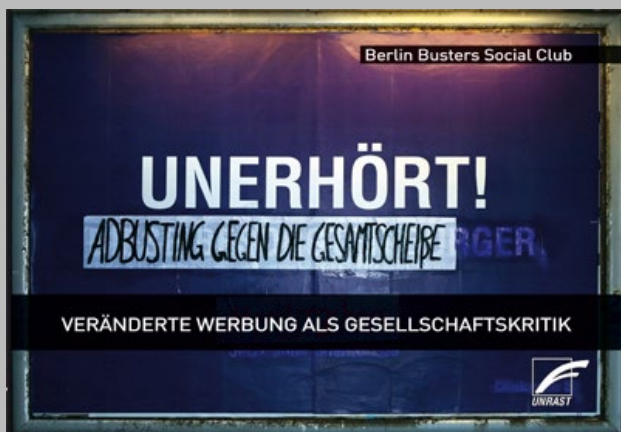
Anmerkungen

- 1 Adbusting-Aktion am Kriegsministerium, maqui.blog-sport.eu, 12.12.2015.
- 2 Kommunikationsguerilla rückt der Bundeswehr zu Leibe, neues-deutschland.de, 20.4.2016.
- 3 Jelpke, Ulla: Diskreditierung kritischer Plakatkunst durch Geheimdienst ist unverhältnismäßig, ulla-jelpke.de, 24.2.2020.

Irgendwelche Leute haben Deine Werbewand im Mega-Light-Format (ca. 2,5m x 3,5m) ungefragt mit Bundeswehr-Werbung volltapeziert?

Kein Problem: Messe die Stelle, die Du verbessern möchtest, sorgfältig aus. 3,5 x 2,5m sind ganz schön groß. Dein Überkleber wird Dir beim Basteln riesig vorkommen, auch wenn Du dann an Deiner Plakatwand feststellst, dass er viel zu klein ist.

Die Werbeplakate werden mit Kleister aufgeklebt. Benutze das auch für Deine Verbesserung. Hält gut, wenn's erstmal trocken ist. Benutze beim Verbessern eine Warnweste. So versteht jede Person gleich, dass es Deine eigene Werbewand ist und dass Du das darfst.



Buchcover von „Unerhört! Adbusting gegen die Gesamtscheiße“, erschienen 2020 im Unrast-Verlag.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Neonazi-Verdacht gegen Berliner Ermittler, tagesspiegel.de, 12.7.2018.

7 War die Rigaer Straße wichtiger als Amri?, tagesspiegel.de, 15.6.2018.

8 Grüne befürchten rechte Netzwerke in der Berliner Polizei, morgenpost.de, 28.4.2019.

9 Abgeordnetenhaus Berlin: Drucksache 18/21 553, Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Niklas Schrader vom 11. November 2019, Antwort vom 20. November 2019.

10 B: Adbustings statt Flugshow, indymedia.org, 15.06.2019.

11 Drei Hausdurchsuchungen wegen einem Plakat gegen die Bundeswehr, barrikade.info, 28.2.2020.

12 Adbusting kostet 1.200 Euro, taz.de, 8.10.2019.

13 Adbusting gegen Geheimdienst, taz.de, 5.2.2020.

14 Berlin Buster's Social Club (Hg.): Unerhört! – Adbusting gegen die Gesamtscheiße. Veränderte Werbung als Gesellschaftskritik, Unrast Verlag, März 2020.

Du hast ein neues Poster für Deine Werbevitrine gemacht (City-Light, 175x 118cm)? Leider ist der Schlüssel weg?

Kein Problem: Im Baumarkt gibt's neue! Schau Dir Deine Werbevitrine genau an. Irgendwo ist ein Loch, wo der Steckschlüssel rein muss, um den Öffnungsmechanismus zu betätigen. Schau ins Loch. Du solltest das Schloss sehen können. Mach ein Foto. Jetzt vergleiche den Querschnitt und das Profil mit den Rohrsteckschlüssel-Profilen unter <http://maqui.blog-sport.eu/2019/01/03/wie-oeffnet-man-werbevitrienen/>. Dort findest Du auch die Angaben zu den Größen der Rohrsteckschlüssel. Zum Transportieren Deiner Poster bieten sich größenverstellbare Plakat-Köcher aus Plastik an. Verwende beim Aufhängen eine Warnweste, damit alle gleich verstehen, dass das Deine eigene Vitrine ist. Und nicht hetzen. Du bist bei der Arbeit und nicht auf der Flucht.



Wiederkehr der Zwangsdienste?

von Gernot Lennert

2011 wurde in Deutschland die sogenannte Wehrpflicht¹ ausgesetzt, was die AfD und Teile der CDU schon seit Jahren rückgängig machen wollen. Im Sommer 2018 häuften sich Forderungen nach militärischen und zivilen Zwangsdiensten.

Am meisten beachtet werden seitdem die immer wieder neuen Vorstöße von Kramp-Karrenbauer, damals noch Generalsekretärin der CDU, inzwischen die für Krieg und Kriegsdienste zuständige Ministerin. Die Forderung nach einem Zwangsdienstjahr für junge Frauen und Männer war auch Thema eines Werkstattgesprächs der CDU im November 2019.

Eine Rückkehr der „Wehrpflicht“ oder zivile Dienstpflichten fordern auch Kräfte links der CDU. Die Corona-Pandemie dient Politikern von CDU und AfD als Aufhänger, um erneut nach ziviler und militärischer Zwangsrekrutierung zu rufen.² Bis zum Ende des Ost-West-Konflikts wurden in fast ganz Kontinentaleuropa junge Männer ins Militär gezwungen.

In den 1990er begannen Staaten in Europa, den Kriegsdienstzwang abzuschaffen oder auszusetzen. Mit großer Verspätung wurde 2011 auch in Deutschland der Kriegsdienstzwang ausgesetzt. Das bedeutet, dass in Deutschland Männer gemäß dem nach wie vor gültigen Wehrpflichtgesetz weiterhin zum Kriegsdienst verpflichtet sind, dass aber zurzeit niemand zwangsweise gemustert oder einberufen wird. Der Bundestag kann mit einfacher Mehrheit den Kriegsdienstzwang reaktivieren. Im Spannungs- und Verteidigungsfall tritt die Zwangsrekrutierung automatisch wieder in Kraft.

2013 begann die Trendwende. Ein Referendum in Österreich bestätigte die Dienstpflicht, in Norwegen dehnte man die Zwangsrekrutierung auf Frauen aus. Ab 2014 reaktivierten die Ukraine, Litauen und Georgien die Kriegsdienstpflicht, 2018 Schweden. In Frankreich startete 2019 der *Service universel national*.

Debatte in Deutschland seit 2018

Am heftigsten fordert die AfD die Reaktivierung der sogenannten Wehrpflicht, verbunden mit Ersatzdiensten bei Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und dergleichen. Die Vorschläge aus der CDU kombinieren Militärdienstzwang mit Dienstpflicht für Jugendliche beider Geschlechter. Kramp-Karrenbauer will sogar Asylsuchende, Flüchtlinge und Nicht-Deutsche zu einem Jahr Zwangsdienst verpflichten, angeblich um ihre Integration zu fördern.³ Bundeskanzlerin Merkel erklärte: „Ich möchte die Wehrpflicht nicht wieder einführen“,⁴ befürwortete die Dienstpflichtdebatte und verwies darauf, dass sich mehr Menschen fürs Freiwillige Soziale Jahr bewerben, als bezahlt werden können.

Jenseits von AfD und CDU plädierten Günter Wallraff und eine marxistische Autorin der Wochenzeitung *Jungle World*⁵ für den Kriegsdienstzwang. Abgesehen von der AfD werden kaum militärische Argumente angeführt, sondern vermeintliche Segnungen einer Dienstpflicht. Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung spricht von einem „Anti-Egoismus-Jahr.“⁶

Kriegsdienst, Militär und Heldentod fürs Vaterland sind gegenwärtig nicht gut angesehen. Wer also die sogenannte Wehrpflicht reaktivieren will, tut gut daran, vermeintlich gesellschaftlich nützliche zivile Dienste zu betonen. Geschickt ist auch, als Opfer der Pflichtdienste diejenigen ins Visier zu nehmen, die sich am wenigsten an der Debatte beteiligen können. „Dienstpflicht - Ein Angriff auf die Jugend“, hieß es in der Zeitschrift *Cicero*.⁷

Widerspruch kam von Linkspartei, Grünen und FDP und Teilen der SPD: Sie lehnen die mit Zwangsdienst verbundene Freiheitseinschränkung und die staatliche Bevormundung ab. Die FDP betont den volkswirtschaftlichen Schaden. Die Linke sieht Zwangsdienst als Teil von Aufrüstung und Militarisierung. Der Generalinspekteur der Bundeswehr Eberhard Zorn und Ex-Verteidigungsminister Rühle argumentierten, die



Proteste gegen den Kriegsdienst in Berlin im Jahr 1990. Quelle: Wikimedia/Bernd Settnik.

Bundeswehr könne mangels Infrastruktur die Massen an Rekruten nicht aufnehmen und habe sich strukturell so grundlegend gewandelt, dass sie durch eine Rückkehr zur „Wehrpflicht“ ins Chaos gestürzt werde. Für eine allgemeine Dienstpflicht müsse die Verfassung geändert werden, wofür keine Mehrheit erreichbar sei.⁸

Zwangsdienste

Entsprechend der Entwicklung in anderen Staaten werden Frauen in Zukunft in Deutschland von etwaigen Zwangsdiensten kaum verschont bleiben. Früher ging man davon aus, nur Männer seien für Militärdienst geeignet. Nach der Zulassung von Frauen zu Kampftruppen, fragten immer mehr junge Männer, warum Frauen sich frei für oder gegen Militärdienst entscheiden können, während Männer dazu gezwungen werden.

Die Bundeswehr wurde drastisch verkleinert und gleichzeitig zur weltweit einsetzbaren Interventionsgruppe umgebaut. Weil sogenannte Wehrpflichtige schlecht dazu passen, wurde die Zwangsrekrutierung eingestellt. Von Regierungsseite hieß es, man habe kein Interesse an einer Reaktivierung des herkömmlichen Militärdienstzwangs. Doch nun soll massiv aufgerüstet werden, auch für Krieg in Europa. Gleichzeitig fällt es der Bundeswehr schwer, ihre Rekrutierungsziele zu erreichen. Die Option der Zwangsrekrutierung wurde bewusst offengehalten, als die Zwangsrekrutierung 2011 nur ausgesetzt und nicht abgeschafft wurde. Die nötigen Institutionen wurden beibehalten.

Der Wehrbeauftragte Bartels (SPD) nannte eine allgemeine Dienstpflicht „eine sympathische Idee“, der aber das Verbot der Zwangsarbeit entgegenstehe.⁹ Er plädiert für eine „Auswahlwehrlpflicht“, wie sie schon 2000 vorgeschlagen war und wie sie in Schweden und Norwegen für Männer und Frauen praktiziert wird. Im Juni 2018 wurde für den Bundestag ein Gutachten über die „Wiedereinführung der Wehrpflicht in Schweden“ erstellt.¹⁰ Mit der „Auswahlwehrlpflicht“ wäre es auch hinfällig, zu argumentieren, die Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs sei organisatorisch, strukturell und finanziell nicht machbar. Die Bundeswehr würde gemäß ihrer Kapazität einberufen.

Kramp-Karrenbauer nennt den französischen *Service national universel* als „spannendes Modell“.¹¹

Gegen Ausbeutung und Abwertung von Arbeit

Einer Dienstpflicht ohne Bezug zum Militärdienstzwang steht das Verbot der Zwangsarbeit entgegen. Artikel 4 GG erlaubt Zwangsarbeit nur „im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht“ und „bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung“. Die Menschenrechtskonventionen von Europarat und UN verbieten Sklaverei und Zwangsarbeit mit Ausnahme von Militärdienst und Militärsatzdienst. Allerdings ist zu bedenken, dass Staaten, wenn es um Krieg, Militär und Zwangsdienste geht, sich häufig ungestraft über Rechtsvorschriften hinwegsetzen. Es ist zu fragen, warum irgendein Mensch für seine Arbeit nicht

adäquat bezahlt werden soll. Doch wenn es um Militärdienstzwang und zivile Zwangsdienste geht, gelten im gesellschaftlichen Bewusstsein, auch bei Gewerkschaften, die üblichen Standards nicht. Warum sollen Jugendliche und Flüchtlinge fast unbezahlt und in Unfreiheit arbeiten? Und das in einer Zeit, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr auseinander geht? Der soziale und der Pflege-Bereich werden gern als Einsatzfelder für einen Pflichtdienst genannt, unter anderem wegen des Personalmangels. Doch der Personalmangel ist ein Resultat der miserablen Bezahlung dieser wichtigen Arbeit. Der Einsatz von billigen Zwangsdienstleistenden würde diese Arbeitsplätze gefährden und die Billig-Konkurrenz würde das Lohnniveau weiter sinken lassen. Der vermeintlich so soziale Zwangsdienst erweist sich als zutiefst antisozial. Wer damit rechnen muss, selbst einmal gepflegt werden zu müssen, hat ein Interesse daran, von qualifizierten, gut bezahlten und motivierten, professionell arbeitenden Menschen versorgt zu werden.

Schlussfolgerungen für die Friedensbewegung

Die Friedensbewegung hat kein Interesse daran, dass Menschen ins Militär gehen, ob freiwillig oder gezwungen. Jede Zwangsrekrutierung ist eine Menschenrechtsverletzung und ein Akt der Gewalt. Er beinhaltet Freiheitsberaubung und Aufhebung der Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, aber auch entwürdigende Musterungen, Gewissensprüfungen, juristische und politische Verfolgung sowie die Zerstörung von Lebens- und Berufswegen. Die Bundeswehr gebärdet sich als Verteidigungsarmee. Doch das war sie nie. Denn jede Armee, die zwangsrekrutiert, ist gegenüber ihren Opfern eine Angriffsarmee.

Eine konsequente Friedensbewegung muss alle militärischen und zivilen Zwangsdienste ablehnen, aufgrund friedenspolitischer und menschenrechtlicher Erwägungen.

Anmerkungen

1 Warum sogenannte Wehrpflicht? *Wehrpflicht* und *Wehrdienst* und davon abgeleitete Begriffe suggerieren bezüglich des zwischenstaatlichen Verhältnisses, dass das Militär der Verteidigung diene. Allerdings haben sogenannte Wehrdienstleistende schon viele Angriffskriege geführt. Das gilt gerade für Deutschland. Im Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Staat ist der Begriff ebenfalls abwegig. Wehrdienst leisten gerade diejenigen, denen es nicht gelingt, sich erfolgreich gegen die Rekrutierung zum Militär zu wehren. Deshalb verwende ich diese sachlich unzutreffenden und realitätsverschleiernenden Propagandabegriffe nicht.

- 2 Siehe z.B.: Die Zeit für die allgemeine Dienstpflicht ist gekommen, kpv.de, 2.4.2020; Streitthema allgemeine Dienstpflicht: Bundeswehr-Papier sorgt für neue Debatte in der GroKo, businessinsider.de, 11.4.2020; MdB Haase will „allgemeine Dienstpflicht“, radiolippe.de, 7.4.2020; Blick über den Zaun: Junge Union Erlangen und Erlangen-Höchststadt fordern Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht, wiesentbote.de, 1.4.2020; Corona-Einsatz der Bundeswehr zeigt den Wert der Wehrpflicht, ruediger-lucassen.de, 23.3.2020; Corona-Epidemiegesetz: LINKE NRW fordert Solidarität statt Zwang, dielinke-nrw.de, 31.3.2020.
- 3 Spiegel online: CDU-Generalsekretärin regt Dienstjahr für Flüchtlinge an, 25.8.2018.
- 4 ARD-Sommerinterview mit Angela Merkel, tagesschau.de, 26.8.2018.
- 5 Lena Rackwitz: Zu den Waffen, Genossen – Die allgemeine Wehrpflicht sollte wieder eingeführt werden. *Jungle World*, 14.6.2018. Auch dokumentiert in *Zivildourage* Nr. 4/2018 S. 5f. mit zwei Entgegnungen. Die Entgegnung von Bernd Drücke wurde in der *Jungle World* stark gekürzt abgedruckt, der Leserbrief von Gernot Lennert überhaupt nicht.
- 6 Heribert Prantl: Videokommentar “Deutschland braucht ein Pflichtjahr für alle”, 5:20 min., sueddeutsche.de, 7.8.2018.
- 7 Constantin Wissmann: Dienstpflicht - Ein Angriff auf die Jugend, cicero.de, 6.8.2018.
- 8 Zu Zorn: Interview: Wehrpflicht? Nein danke, in *Die Zeit* 23.8.2018 S. 7; zu Volker Rühle: Interview: Einführung einer Dienstpflicht: „Mit Sicherheit wird es keine Wehrpflicht geben in: *Deutschlandfunk*, 6.8.2018.
- 9 *Die Welt*: Mehrheit der Deutschen für Wiedereinführung der Wehrpflicht, 5.8.2018.
- 10 Wissenschaftliche Dienste Bundestag: Zur Wiedereinführung der Wehrpflicht in Schweden, 13.6.2018, S. 7, 9.
- 11 Zitiert nach: CDU-Debatte: Darum geht es bei der allgemeinen Dienstpflicht, sueddeutsche.de, 28.11.2019.

Zum ausführlichen Weiterlesen vom selben Autor: Wiederkehr der Zwangsdienste? In: Connection e.V. (Hg.), Rundbrief »KDV im Krieg«, Ausgabe September 2018, S. 17-25, de.connection-ev.org.

Von Söldnern zu Wehrdienstleistenden

Ein historischer Blick

von Andreas Seifert

„Das rechtliche Band, welches einen Soldaten an seinen Dienstherrn fesselte, wurde nach Sitte der Landknechte bis zum Ende des Alten Reiches grundsätzlich durch den freiwillig eingegangenen Vertrag, den sog. Werbecontract, geknüpft. Hierzu warb man öffentlich auf Marktplätzen unter Trommelwirbel und Trompetenschall oder noch öfter in Wirtshäusern, wo sich Werber und potentielle Rekruten in großer Zahl einfanden.“¹

Die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 markiert einen wesentlichen Wendepunkt in der deutschen Militärgeschichte. Mit ihr verabschiedete sich die Bundesrepublik von mehr als nur von einem Rekrutierungsmodell für den militärischen Nachwuchs. Letztlich war die „Wehrpflicht“ doch ein moralischer Pfeiler, auf dem die Legitimität des Militärs in der Nachkriegsordnung Deutschlands ruhte. Anknüpfend an die Verantwortung für die Gräueltaten zweier Weltkriege und die Verfolgung der Juden, sollte eine neue deutsche Armee auch in ihrer Wehrverfassung beweisen, dass sie frei von Missbrauch durch menschenverachtende Ideologien sein kann: Das Konzept des Bürgers in Uniform, der politisch mündig agiert und denkt, ist eng mit der Wehrpflicht verbunden.

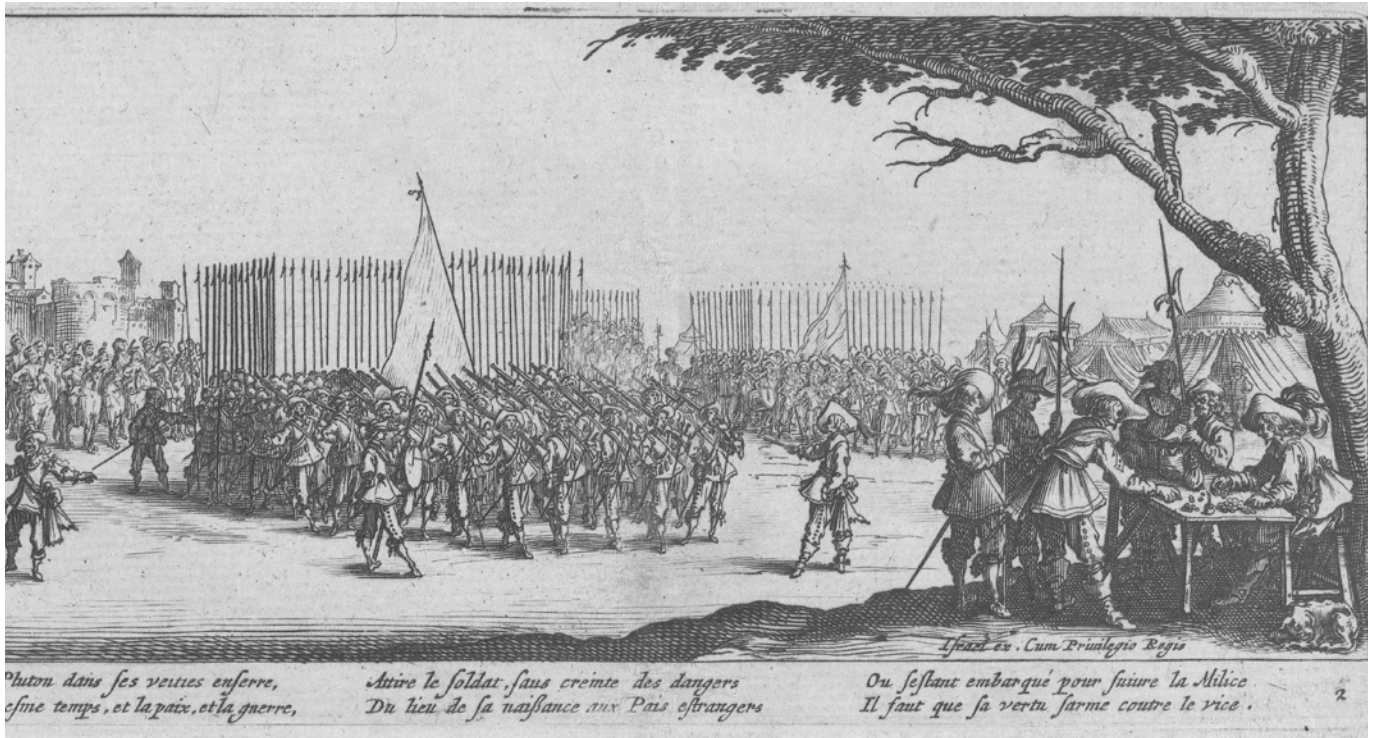
Die zwei Pole, die hier mit dem einleitenden Zitat und dem Verweis auf die Aussetzung der Wehrpflicht gekennzeichnet werden, markieren weitaus mehr als die Zeitspanne von knapp 350 Jahren. Sie zeigen auch auf, dass das Rekrutieren von Soldaten keineswegs nach einem einheitlichen Schema verläuft, sondern Wandlungen unterliegt, die wesentlich mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun haben. Dennoch: Es geht im Kern darum, wie und warum man Soldat wird.

Der Dreißigjährige Krieg, der Ausgangspunkt des Zitates ist, kennzeichnet Krieg als Projekt adeliger Eliten, die mithilfe von Söldnerheeren um Ressourcen und Macht ringen. Der Rahmen ihrer Personalwerbung wurde von den unmittelbar zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen – oder dem zu erwartenden

Gewinn – bestimmt. Von Kriegsherrn beauftragte Generäle und Offiziere stellten Heere mithilfe von Werbeaktionen zusammen. Der Offizier war Unternehmer, der Krieg ein Geschäft – die Loyalität des Soldaten galt seinem Lohn. Der „Fortschritt“ in dieser Zeit bestand darin, dass der Kriegsherr, der zum Krieg „berechtigt“ war, seine Abhängigen gerade nicht in seine kriegerischen Abenteuer zwang, sondern andere beauftragte, sich abseits dieser den Personalstamm für den Krieg zusammenzustellen. Werben und Rekrutieren bedeutete mit Versprechen und materiellen Anreizen, andere in den Krieg zu locken. Dass dabei die Not und „das Unfrei sein“ motivierend wirkten, in einen solchen Dienst zu treten, wurde von den Herren hingenommen. Zwangsrekrutierungen, wie sie vorher durchaus üblich gewesen waren, wurden zum „Notfall“ oder „Rückfall“, wenn Verteidigung nicht mehr anders zu leisten war – doch den „professionellen“ Söldnern hatte eine solche Landwehr nicht viel entgegenzusetzen.

Es ist der Zeitpunkt, zu dem sich die Kleinstaaten Europas in Richtung Nationalstaaten aufzulösen beginnt – ein Schritt, der die Söldnerheere des Dreißigjährigen Krieges obsolet werden ließ.

Der Westfälische Friede von 1648 beendete den Dreißigjährigen Krieg und setzte an die Stelle der Willkür der Kriegsherren ein Vertragssystem zwischen souveränen Staaten, die auf die territoriale Integrität der von ihnen beherrschten Gebiete achteten. Dabei gestanden sich die Staaten gegenseitig das Recht zur Kriegsführung zu und etablierten gleichzeitig ein Verfahren, das die Spontaneität von Kriegen unterbinden sollte. Einhergehend damit ging das vormalige Recht der Kriegsherren, stehende Heere zu unterhalten, auf die oberste Ebene, die nun geschaffenen Staaten, über.² Nationalstaaten nutzten das Militär aber nicht allein zur Aufrechterhaltung ihrer Grenzsicherheit. Darüber hinaus wirkte das Militär als Bestandteil der Identitätsfindung der Nation mit. „Gleichzeitig wurde auch das Militär zu einer ‚Schule der Nation‘, in der allen



Jacques Callot 1633: „Enrolling the troops“ (Ausschnitt), Szene mit der Anwerbung von Soldaten im Dreißigjährigen Krieg. Quelle: Wikipedia.

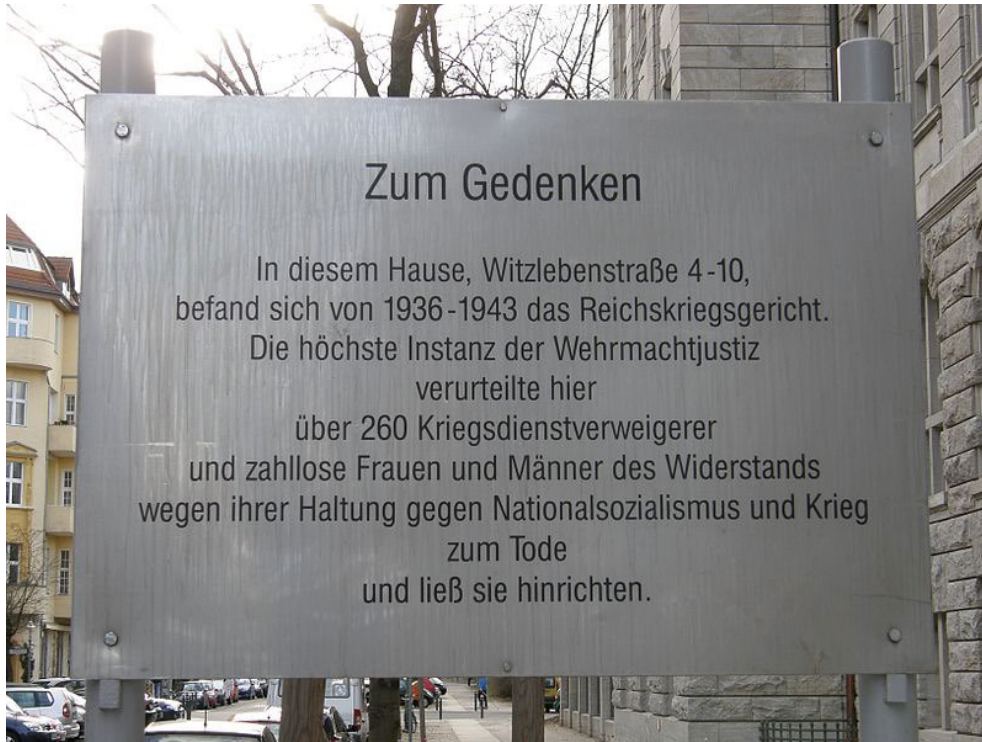
(männlichen) Bürgern bestimmte Fähigkeiten antrainiert und besondere Werte vermittelt werden sollten. Dies stellt einen Paradigmenwechsel dar, denn die unteren Klassen hatten Armeen bislang entweder als marodierende Truppen kennen gelernt oder als eine Art mobiles Gefängnis, in das betrunken gemachte Bauernjungen gepresst wurden. Oder sie kamen mit dem Militär in Berührung, wenn es Aufstände im Inneren blutig niederschlug. [...] Die Armee wurde mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zum Instrument der erzwungenen Homogenisierung. Sie war ein obrigkeitlichen Interesse dienendes Erziehungs- und Disziplinierungsinstrument, das gegenüber Arbeiter- und Bauernsöhnen eingesetzt wurde, um aus ihnen gehorsame Untertanen [...] sowie brave Soldaten und fügsame Arbeiter [...] für die moderne Industrie und Landwirtschaft zu machen.“³

Die Französische Revolution war Ausgangspunkt und Beispiel für diese Entwicklung. Der Nationalstaat und die Aufstellung einer Armee von Wehrpflichtigen machten Napoleons Eroberungen in Europa erst möglich – dabei waren es die „Massen“ der Bürger, die die Last und den Schaden des Krieges zu tragen hatten und ihn nach innen wie außen entgrenzten. Ein Beispiel, dem andere „Nationen“ in unterschiedlichen Ausprägungen nacheiferten und damit Heere und Kriegsgeschehen immer umfangreicher werden ließen. Mit der Wehrpflicht erschuf sich der Staat ein Instrument, breite Bevölkerungskreise in den Krieg bzw. in die Landesverteidigung einzubeziehen. Die aktive Werbung von Freiwilligen, die in den Krieg ziehen wollen,

unterblieb und wurde ersetzt durch ein Zwangssystem, dem sich der einzelne (vornehmlich männliche) Bürger nur schwer entziehen konnte. Sich der Wehrpflicht zu entziehen galt in allen Staaten, in denen es eine solche Wehrpflicht gab, als Straftat, die mit drakonischen Strafen belegt wurde.

Armeen, die ihre Ränge ausschließlich aus Wehrpflichtigen bestreiten, gab es wenige⁴ – der Standard wurde eine Mischung aus einem Korps erfahrener Soldaten, die kontinuierlich um Wehrpflichtige ergänzt werden, deren Ausbildungs- und aktiver Dienstzeit sich eine Zeitspanne anschließt, in der sie als Reserve zur Verfügung stehen. Dabei waren diese Mischformen durchaus auch schon der Versuch, dem demokratischen Impetus des französischen Beispiels nicht folgen zu müssen – die herrschenden Monarchen hatten nur ein bedingtes Interesse daran, die unteren Klassen ihrer Gesellschaft als Miliz zu bewaffnen und damit zu dem zu ermächtigen, was man auf alle Fälle vermeiden wollte: Revolutionen und die demokratische Verteilung von Entscheidungsmacht. Die Idee, dass der Bürger mit seiner unmittelbaren Beteiligung am Militär auch Einfluss auf die Motive für Krieg und Frieden und die Gewaltausübung im Inneren nimmt und damit ein „Recht“ ausübt, wird durch eine „Pflicht“ verdreht, an Kriegen teilnehmen zu müssen, über die er nicht mitentschieden hat.

Theoretisch fasst dies z.B. Franz Kernic: „Je größer die Bedeutung des Militärischen für den Bestand des Gemeinwesens gegenüber außen bestimmt wird, desto intensiver und umfangreicher erfolgt die Heranziehung



Gedenktafel vor dem ehemaligen Reichskriegsgericht in Berlin. Quelle: Wikipedia/Axel Mauruszat.

der Menschen zum Militärdienst; je größer die Bedeutung der militärischen Gewalt zur Konfliktregulierung im Inneren des Staates eingeschätzt wird, desto vorsichtiger und zurückhaltender sind einerseits die Herrschenden gegenüber der Volksbewaffnung (d.h. umso lieber sehen sie ein professionelles, ihnen gefügiges Heer), während andererseits die Beherrschten zu einer Volksbewaffnung tendieren, um sich mittels militärischer Gewalt zu emanzipieren.“⁵

Im 19. Jahrhundert bildeten sich europaweit militärische Eliten von an den Staat gebundenen Offizieren, die zwar den selbstständigen Ritter des Mittelalters oder auch den adeligen General ablösten, aber wiederum auch eine eigene soziale Gruppe konstituierten, die vom Rest der Gesellschaft entfernt blieb. Die Einberufung in den Militärdienst wurde als Bruch mit den regionalen Wurzeln und zivilen Bildern zelebriert und es wurde versucht, „Kameradschaft“ als neues Bezugssystem einer gesellschaftlichen Aufgabe zu etablieren. Doch trotz dieser „Gleichmacherei“ trat die soziale Herkunft nur scheinbar in den Hintergrund – sie lebte in der Verteilung der Ränge fort. Die erzwungene Partizipation aller Schichten am Militärdienst und die selektive Verteilung der Vorteile (gesellschaftlicher Aufstieg, ökonomischer Gewinn) und Nachteile (Gefahr der Verwundung bzw. Tötung im Einsatz, durchbrochene Karrieren, politische Entmündigung während der Dienstzeit) ließen wenig von der „Gleichheit“ übrig. Letztlich kann man zu dem Schluss kommen, dass die Wehrpflicht in ihrer Konsequenz zur Reproduktion eines autoritären Wertekanons und der

Militarisierung der Gesellschaft dient und „reaktionären Vorstellung vom unlimitierten Vorrang des Staates vor der Autonomie des einzelnen Individuums“ das Wort redet.⁶ Gerade mit Blick auf Deutschland ist es diese Form der Wehrpflicht und des daraus resultierenden Militarismus, die demokratischem Handeln bis weit in das 20. Jahrhundert hinein im Wege ist.⁷

Lehren gezogen?

Das Grauen zweier Weltkriege führte nach 1950 in Deutschland zu einer intensiven Debatte, ob und in welcher Form eine neue deutsche Armee überhaupt möglich sei. Unmittelbar nach dem Krieg gab es eine starke pazifistische Position in Deutschland, die jede neue Armee grundsätzlich ablehnte, aber im ideologischen Schwarz-Weiß der Zeit als „kommunistisch beeinflusst“ ausgegrenzt wurde.⁸ In Westdeutschland entschied sich das Parlament für das Anknüpfen an hergebrachte Strukturen und damit für eine Wiederbewaffnung und erneute Wehrpflicht, die nur mäßig in der Lage war, sich von der Tradition der Wehrmacht abzugrenzen.⁹ Als Freiwilligenarmee 1955 in die Welt gesetzt und 1956 in eine Wehrpflichtigenarmee umgewandelt, bekam sie den Namen Bundeswehr.

In Ostdeutschland entwickelte sich die Nationale Volksarmee (NVA), die als Freiwilligenarmee aufgestellt wurde und erst nach dem Bau der Mauer 1961/1962 in eine Armee der Wehrpflichtigen umgewandelt wurde. War im Westen die Möglichkeit der Verweigerung bereits von Anfang an im Gesetz ver-

ankert, so entstand im Osten erst 1964 mit den „Bausoldaten“ ein Hilfskonstrukt, das es jungen Männern ermöglichen sollte, den direkten Dienst an der Waffe zu verweigern. Dennoch: In beiden Staaten wurde repressiv versucht zu verhindern, dass diese Möglichkeit allzu oft genutzt wurde. Totalverweigerung wurde mit Gefängnis bestraft.

Die Breite der Gesellschaft war nicht in gleicher Form in allen Teilen der Armee präsent – vielmehr zeigt sich an der sozialen Herkunft in den unterschiedlichen Rängen der Bundeswehr, dass zu unterschiedlichen Zeitpunkten klare Dominanzen herrschten. Bestand das Offizierskorps zu Beginn der Bundeswehr (wie die NVA) noch mehrheitlich aus Wehrmachtsoffizieren, die zum Teil auf eine lange familiäre Bindung an das Militär zurückblickten, löste sich dies im Westen im Laufe der 1970er Jahre auf und machte erst Beamtenkindern, später Angestelltenprosslingen Platz.

Rekrutierten sich die Unteroffiziersränge anfänglich stärker aus einer Beamten-schicht, gab es auch hier einen Wechsel hin zu Handwerkern oder Kindern von Handwerkern. Und auch in den Mannschaften gab es eine Entwicklung von einem Abbild der gesamten Gesellschaft in den 1960er und 1970er Jahren hin zu einer stärkeren Repräsentanz sozial schlechter gestellter Schichten in den 1980er und 1990er Jahren – einem Zeitraum, in dem der Anteil der Kriegsdienstverweigerer auf über 40% eines Jahrgangs an-schwoll.¹⁰ Wehrpflicht, so zeigte sich schon in den späteren 1980er Jahren, ist letztlich nicht genug, um dauerhaft den Zustrom „geeigneter Kandidaten“ für eine Laufbahn in der Bundeswehr zu gewährleisten. Komplexer werdende Waffensysteme und der sich immer weiter verkürzende Wehrdienst bieten schon zu diesem Zeitpunkt eine Herausforderung für neue Strategien in der Rekrutierung. Dabei sind es durchaus auch die gesetzten materiellen Reize (höherer Sold, Heilsfürsorge, Arbeitsplatzsicherheit), die als „korrumpierendes Element“ begriffen werden und den „Bürger in Uniform“ wieder näher an den „Söldner“ bringen – vor allem dann, wenn es an überzeugenden normativen Mustern fehlt¹¹, wie sich an den aktuellen Auslandseinsätzen deutlich machen ließe.

Anmerkungen

- 1 Robby Fichte, Die Begründung des Militärdienstverhältnisses (1648-1806), Ein Beitrag zur Frühgeschichte des öffentlich-rechtlichen Vertrages, Baden-Baden 2010.
- 2 Ausführlicher dargestellt findet sich dieser Gedankengang bei Cathleen Kantner, Sammi Sandawi, Der Nationalstaat und das Militär, in: Nina Leonhard, Ines-Jacqueline Werkner (Hg.), Militärsoziologie – Eine Einführung, 2. Auflage, Wiesbaden 2012, insb. S.49f.
- 3 Kantner, Sandawi, ob. Zit., S. 45.



Als die Bundeswehr noch eine Freiwilligenarmee war: Werbeplakat aus den 1950er Jahren. Quelle: Haus der Geschichte, Bonn, hdg.de.

- 4 Die Zahl der Armeen, die in Europa über 66% eines Jahrgangs einziehen hat zum Ende des 20. Jahrhunderts noch einmal abgenommen. Letztlich bleibt die Schweiz als einzige Milizarmee übrig – gefolgt von der Türkei, mit einer ebenfalls hohen Quote von zum Wehrdienst herangezogenen (siehe auch die Grafik im Beitrag: „Über den Teller- rand“)
- 5 Franz Kernic, Demokratie und Wehrform, in Ines-Jacqueline Werkner (Hg.), Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe, Wiesbaden 2004, S. 65-85, S. 72. Zu grundsätzlichen Überlegungen siehe auch Werkner direkt: Ines-Jacqueline Werkner, Wehrsysteme, in: Leonhard/Werkner, ob. Zit, Wiesbaden 2012, S.176-199.
- 6 Kantner, Sandawi, ob. Zit., S. 48.
- 7 Zur Entwicklung der Wehrpflicht in Deutschland siehe: Detlef Bald, Die Wehrpflicht – das legitime Kind der Demokratie? Vom Wehrrecht zur Wehrpflicht in Deutschland, SoWi Arbeitspapiere 56, München 1991. (Online: mgfa.de)
- 8 Für eine Übersicht siehe Volker Nehring, Europäische Friedensbewegungen seit dem 19. Jahrhundert, in: Jörn Echternkamp, Hans-Hubertus Mack (Hg.), Geschichte ohne Grenzen? Europäische Dimensionen der Militärgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute, Berlin 2017, S. 99-110.
- 9 Bald, ob. Zit., S. 14f.
- 10 Nina Leonhard, Heiko Biehl, Beruf: Soldat, in: Leonhard/Werkner, ob. Zit, Wiesbaden 2012, S.393-427, S. 408f.
- 11 Siehe hierzu auch Leonhard, ob. Zit., S. 421f.

Blick über den Tellerrand

Rekrutierung in Europa und anderswo

von Christina Boger, Jacqueline Andres, Sven Wachowiak und Jürgen Wagner

In den hier versammelten Beiträgen versuchen wir, ein kleines Panoptikum der Rekrutierung zu präsentieren und damit einen Anstoß zu geben, nicht nur in der Perspektive der erlebten Praxis in Deutschland zu denken. Die hier ausgewählten Länder erlauben es zu erkennen, dass Armeen weltweit vor ähnlichen Problemen in der Gewinnung von Kanonenfutter stehen – die Beschäftigung kann aber auch Ausgangspunkt sein, andere Formen des Widerstandes zu entdecken.

Schweden: Rekrutierungswahnsinn

Nach über hundert Jahren Wehrpflicht schaffte Schweden 2010 die Wehrpflicht kurzerhand ab, begleitend wurde allerdings die Totalverteidigungspflicht auch für Frauen eingeführt.¹

Doch nach gerade einmal sechs Jahren erkannte man, dass doch relativ wenige Menschen freiwillig Soldat*in werden wollen. Nach Angaben der Regierung fehlte es bereits 2016 an „1.000 aktiven Truppenführern, Soldaten und Matrosen und 7.000 Reservisten“, woraufhin Stockholm ein Jahr später beschloss die Aufhebung der Wehrpflicht weitgehend rückgängig zu machen.² Als Grund für die Wiedereinführung im Jahr 2018 nannte Verteidigungsminister Peter Hultqvist die „sich verschlechternde Sicherheitssituation in Europa“ aufgrund russischer Aktivitäten.³ Seitdem gilt auch die Wehrpflicht nicht länger nur für Männer, sondern auch für Frauen des ‚friedliebenden‘ Landes. Dabei werden lange nicht alle 18-jährigen gemustert⁴ – doch aufgrund der jährlich ansteigenden Zahl der gewünschten Rekrut*innen wird der verpflichtende Test immer mehr Jugendlichen zugesandt.⁵ Die Strategie sei dennoch weiterhin eine Mischung aus „Wehrpflicht und Freiwilligkeit“, da „individuelle Motivation, Interessen und Wille soweit wie möglich berücksichtigt werden“ und die Verweigerung somit relativ einfach sei.⁶

Um dennoch möglichst viele Menschen von den Vorteilen der Wehrpflicht überzeugen zu können, zieht das Militär aufwendige Werbekampagnen zu Hilfe. Viele der zwischen 2011 und 2018 produzierten Kampagnen sind als Ansammlung kurzer Videos auf der Webseite des schwedischen Militärs zu finden. Sie preisen Selbstverwirklichung, Verantwortung und Patriotismus als treibende Faktoren ihrer Soldat*innen an.

Die Überschriften sind hier beispielhaft: „Bist du ein Offizier, ohne es zu wissen?“ (Kampagne von 2015) oder „Wir lassen Schweden in Frieden sein“ (Kampagne von 2017 und 2018). Die Videos unterscheiden sich stark voneinander: Während man sich 2011 noch über dramatische Werbevideos lustig macht, wird bei der Kampagne „Wie jeder andere Job. Fast.“ auf Action-Szenen gesetzt. Die beiden Videoreihen unter dem Namen „Wir lassen Schweden in Frieden sein“ von 2017 und 2018 wiederum ziehen unzählige Parallelen zwischen zivilem und militärischem Alltag.

Seit 2019 erscheinen keine neuen Videos mehr. Nun setzt Schweden auf Plakatwände, um sich mit Fragen wie „Kann man seine Periode im Feld haben?“ oder „Warum heißt es eigentlich *Seemann*?“⁷ ausdrücklich an Frauen zu richten.

Die Messlatte für die jährlichen Rekrut*innen wird stetig höher gelegt. Während 2018 und 2019 noch um die 4.000 Personen rekrutiert werden sollten, sollen es im Jahr 2020 bereits 5.000 sein. Zudem wird in der Agenda zur kommenden Periode (2021-2025) erörtert, dass diese Zahlen in Zukunft nicht mehr ausreichen. Damit sollen 2021 6.000 junge Menschen rekrutiert werden und ab 2022 jeweils 8.000 pro Jahr⁸ – so viele wie vor Abschaffung der Wehrpflicht.⁹

Während Schweden also in den hochaufgelösten Videos von Zukunftsvisionen spricht, scheint man sich in Wahrheit die „guten alten Zeiten“ zurückzusehnen. Da die Zahl der jährlichen Rekrut*innen – trotz der schicken Werbekampagnen – wohl kaum von selbst ansteigen wird, stellt sich die Frage, wie dies gemei-

stert werden soll, ohne dass die „Freiwilligkeit“ von der Rekrutierungsagenda verschwindet. Von einem nachträglichen Einzug der Jahrgänge zwischen 2010 und 2018 ist bislang keine Rede.

Italien: „La grande famiglia“

„Du musst nur auswählen. Tritt ein und werde Teil der großen Familie des italienischen Heeres“ - mit diesen pathetischen Worten spricht die Rekrutierungshomepage Interessierte an.¹ Doch längst nicht alle fühlen sich wohl in der „Familie“. Laut dem Generalstabschef des Heeres, Salvatore Farina, verdoppelte sich die Zahl der Rekrut*innen, die nach den ersten fünfzehn Tagen die Entlassung einreichte² innerhalb der letzten Jahre. „Unsere Gesellschaft erlebt einen Wandel der Bildungsmodelle, der für junge Menschen eine gewisse Schwierigkeit mit sich bringt, mit Autorität umzugehen und sich an einen strengeren und disziplinierteren Lebensstil anzupassen“³, erklärt Farina. Seine Einschätzung leitet er aus den Ergebnissen einer Umfrage unter den Abbrecher*innen ab, die Schwierigkeiten mit „der Gewöhnung an neue Lebensrhythmen, der Arbeitszeit, der Entfernung zu ihren Angehörigen, der Auswirkungen militärischer Regeln und dem Unbehagen, das mit dem Mangel an jeglichem Komfort verbunden ist“⁴ anführten. Nicht in Erwägung gezogen wird, dass der propagierte Militäralltag wenig mit der erlebten Wirklichkeit zu tun haben dürfte.

Seit 2013 erscheinen immer weniger der eingeladenen Bewerber*innen auch wirklich in den Rekrutierungszentren, wo sie vor der Aufnahme in die Armee mehrtägige Tests durchlaufen müssen. Im Jahr 2013 kamen noch 80% der angehenden Rekrut*innen, seither erscheinen jährlich weniger zur Vorstellung – im Jahr 2018 waren es nur noch 37% der Rekrut*innen. Seit 2016 füllt sich das Heer nicht mit genug Rekrut*innen – im Jahr 2017 fehlten 2.347 und im Jahr 2018 ganze 2.900.⁵ Als eine der Ursachen wurde die Einfachheit der Online-Bewerbung genannt, die impulsiver eingereicht würden. Wenig helfen dürfte da die erst im Jahr 2019 vom Heer eingerichtete App „E Info“, die u.a. potenzielle Rekrut*innen zur Bewerbung animieren soll.⁶ Eine andere Ursache dürfte der Einfluss der sozialen Netzwerke sein, in denen ehemalige oder gescheiterte Anwärter*innen mit der vom Militär betriebenen Propaganda brechen und von einer Militärlaufbahn abraten. Eines der Themen auch dort sind die schlechten Arbeits- und Karrierebedingungen, denen die Armee mit einer „Attraktivitätsoffensive“ wie z.B. in Deutschland begegnen möchte. Angesichts geringer Spielräume durch die andauernde Austeritätspolitik

eine Herausforderung, die nur zu Lasten anderer sozialer Gruppen gehen kann.

In kurzen Hosen, sommerlichen T-Shirts und sportlichen Schirmmützen informiert das Heer Jugendliche jährlich an rund hundert Badeorten und Wasserparks über eine mögliche militärische Karriere – ohne die Aufschrift „Esercito“ (Armee) könnte man sie glatt mit Animator*innen verwechseln. Von der Sommer tour gibt auch das winterliche Pendant – dann stellt das Infoteam des Heeres sein grünes, aufblasbares Plastikzelt an stark frequentierten städtischen Orten auf wie z.B. in Einkaufszentren und auf öffentlichen Plätzen.⁷ Ein Großteil der Rekrutierungsbemühungen findet jedoch in und zusammen mit Schulen statt.

Im Gegensatz zu anderen Ländern verfügt das italienische Militär über vier Militärschulen. Bereits im Alter von 16 Jahren erlangen die Schüler*innen dort innerhalb von drei Jahren in Uniform ihre Hochschulreife mit militärischer Ausbildung. Neben den gängigen Schulfächern erhalten selbst die minderjährigen Schüler*innen Schießunterricht. Das Angebot gilt für rund 760 Schüler*innen, die an den materiell besser ausgestatteten Schulen auf eine militärische Karriere gezielt vorbereitet werden.⁸ Die hohen Erwartungen an die Bewerber*innen sorgen bereits für ein elitäres Filterverfahren, das den sportlichen und leistungsstarken Jugendlichen, die oftmals aus finanziell stärkeren Familien stammen, den Weg in höhere Posten des Militärs ebnet.

Dieser Rekrutierungsboden reicht dem Militär nicht. Bereits kurz nach der Aussetzung des Kriegsdienstes 2006 schlich es sich in der Lombardei in die ersten „zivilen“ staatlichen Schulen – und stieß ein Projekt mit dem Namen „Frieden entsteht in der Schule“ an. Minderjährige Schüler*innen erhielten u.a. Schießunterricht und dafür abschlussrelevante Leistungspunkte.⁹ Innerhalb der letzten Dekade hat sich die Präsenz des Militärs auf der Jagd nach Rekrut*innen an italienischen Schulen kontinuierlich gesteigert. Seit September 2014 besteht eine neue Vereinbarung mit dem Ministerium für Bildung, Universität und Forschung (MIUR),¹⁰ „um die Werte der Demokratie unter jungen Menschen zu verbreiten, ausgehend von der Kenntnis der Verfassung und der ‚Verteidigungskultur‘.“¹¹

Zum Teil entspringen recht umfassende Projekte der Rekrutierungsstrategie: So bewarb die Zeitung *Il Sicilia* im Mai 2019 mit dem Titel „Top Gun“ für zwei Wochen¹² einen zehntägigen, kostenlosen Kurs der „Luftwaffenkultur“. 250 Schüler*innen im Alter von 15-19 Jahren waren eingeladen, theoretischen und praktischen Flugunterricht mit einem Militärtrainingsflugzeug zu erhalten. Zusätzlich gab es wieder Leistungspunkte, die sie für ihren Schulabschluss sonst in Kursen wie Fotografie oder Spanisch erhalten hätten.

Die Glanzleistung der örtlichen Zeitung, diesen Kurs mit „Top Gun“ zu konnotieren, als handele es sich um ein Hollywood-Abenteuer, ohne ein Wort über Krieg und Bomben zu verlieren, dürfte die Luftwaffe erfreut haben. Selbst während der Coronakrise bricht das Militär den Kontakt mit den Schüler*innen nicht ab, sondern führt seit Ende April 2020 seine Rekrutierungsversuche virtuell fort, indem es auf die Plattformen für den Fernunterricht, welche auch vom Bildungsministerium genutzt werden, zurückgreift.¹³

Frankreich: Realismus als Erfolgsrezept?

Kurz vor der Jahrtausendwende vollzog auch Frankreich den endgültigen „Abschied von Großpapas Armee“ (Chirac) zugunsten einer flexibel einsetzbaren, professionellen Freiwilligenarmee. Nachdem die Wehrpflicht 1997 ausgesetzt wurde, verflüchtigte sich auch schnell das hehre Bild von der Armee als „republikanisches Schmelztiegel“. Eine interne Erhebung von 2010 stellte fest, dass 39% der Soldat*innen des französischen Heeres dem Arbeitermilieu, welches in der französischen Sozialstatistik nur 20% der Gesamtbevölkerung ausmacht, und 23% der mittleren Dienstklasse („professions intermédiaires“) entstammen (ebenfalls 20% im Landesschnitt).¹

Unter Hollande verkehrte sich der seit dem Ende der bipolaren Weltordnung vorherrschende Trend zur Verschlankung der Armeen wieder ins Gegenteil. Nach den Terroranschlägen im November 2015 wurde massiv aufgestockt, um den personellen Anforderungen des inländischen Schutz- und Überwachungseinsatzes („Opération Sentinelle“) Genüge zu tun.

Anheuern können Kandidat*innen in einem der landesweit 104 Informations- und Rekrutierungszentren der Streitkräfte (CIRFA). Die größeren CIRFAs orientieren sich an einer Benchmark von 300 bis 350 Rekrutierungen pro Jahr. Zur Erfüllung dieser Zielvorgabe muss also jede*r der acht bis zehn Anwerber*innen eines Zentrums durchschnittlich zwischen drei und vier Kandidaten*innen pro Monat anwerben. Bevor diese in trockenen Tüchern sind, müssen jedoch zunächst 1.500 bis 2.000 Kandidat*innen vorstellig werden.² Am Ende bleiben pro Posten im Schnitt lediglich 1,7 geeignete Kandidat*innen übrig.³ Die Abbruchquote liegt allerdings bei den Heeresrekrut*innen im ersten halben Jahr bei 23 - 25%.⁴

Obwohl die Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen mit 19% deutlich über dem EU-Schnitt liegt, reißt sich die französische Jugend nicht darum, zum Militär zu

gehen. Im patriotischen Elan, der das Land nach den Terroranschlägen von Januar und November 2015 ergriff, schnellte die Bewerberzahl kurzzeitig nach oben, flachte aber bald wieder ab. Aufgrund der hohen Fluktuation (pro Jahr stehen 15.000 Einstellungen 12.000 Abgängen gegenüber) ist das Militär gezwungen, „proaktiv“ vorzugehen.

Dementsprechend sind die Werbekampagnen der französischen Armee im öffentlichen Raum allgegenwärtig. Neben den traditionellen Plakatoftensiven an Bus-, Bahn- und Metrostationen finden diese zeitgemäß via Social Media statt, auch unter Einbeziehung von Youtube-Influencern.

Ein großes Medienecho fand die aktuelle Kampagne SENGAGER.FR., die sich eher authentisch, ja nachdenklich gibt, und sich damit bewusst von der plumpen Bauernfängerei absetzt, die parallel immer mal wieder über die offiziellen Social Media-Accounts der Armee läuft (wo man teilweise versucht, die Jugendlichen mit James Bond, Fast & Furious und dem Dschungelcamp zu ködern). Ein Verantwortlicher der PR-Firma berichtet stolz: „Die Kampagne wurde [...] in einer ganzen Reihe von Filmen und Serien (insbesondere für Teenager) aufgegriffen, so erst kürzlich in der Netflix-Serie „Mortel“. Außerdem wird sie in den Neuauflagen verschiedener Schul- und Universitätslehrwerke für den Geschichtsunterricht zur Illustration des Themas der französischen Landesverteidigung verwendet.“⁵

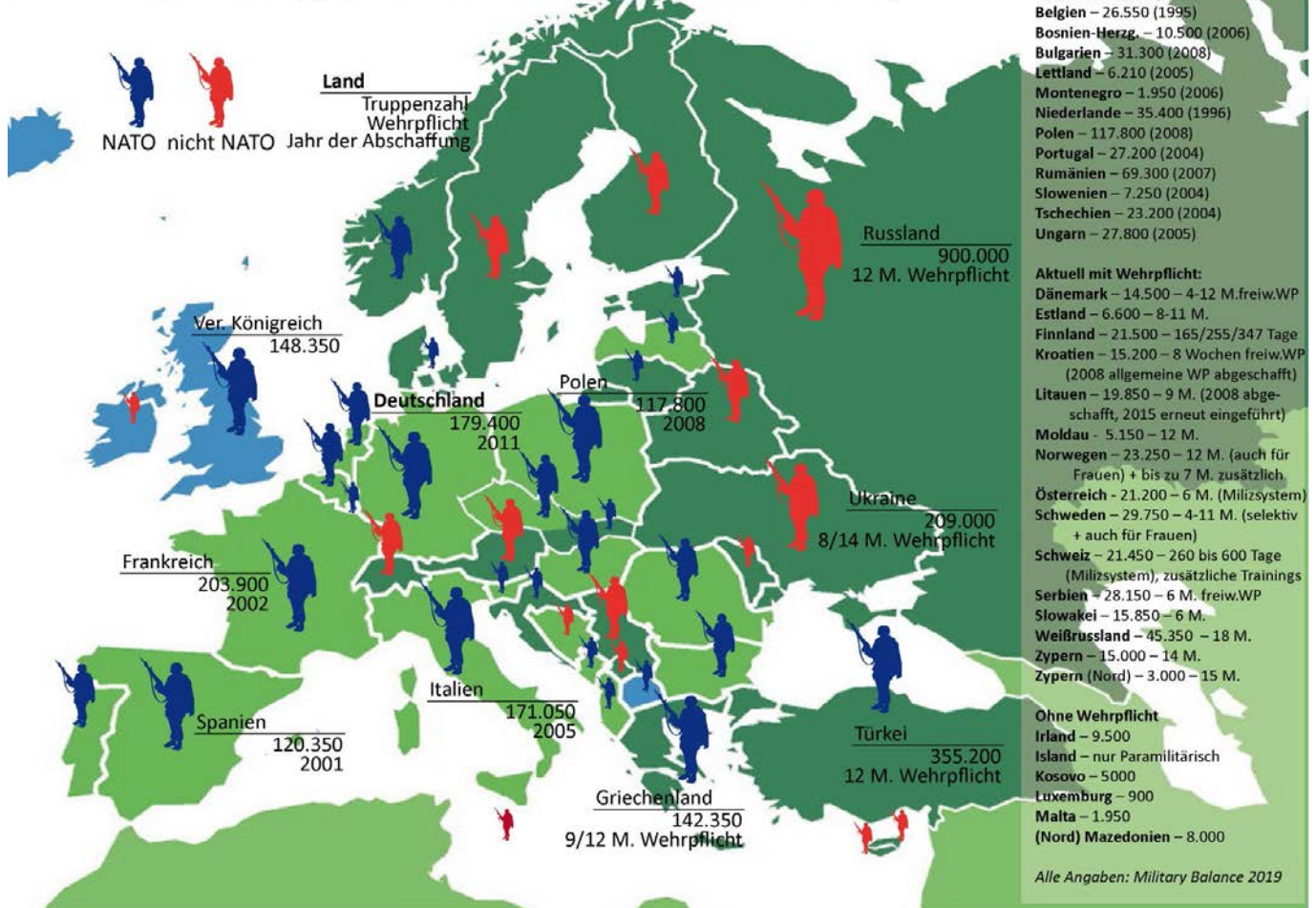
Die beste Antwort auf die Kampagne gab die Satirezeitschrift Charlie Hebdo, welche, unter dem Eindruck des tödlichen Helikopterabsturzes in Mali im November 2019, deren Original-Slogans („Ich beschütze mein Land und bringe mein Leben voran“ usw.) wirksam mit Zeichnungen von uniformierten Totenskeletten, Särgen und Trauerkränzen kontrastierte.

USA: „Krieg um die Qualifizierten“

Wer schon einmal in den USA war oder auch nur das US-Fernsehen genossen hat, weiß wie omnipräsent das Militär für seine Sache und im Gefolge dessen auch um Rekrut*innen wirbt. Hier soll der Fokus aber vor allem auf die Frage gelegt werden, auf welche Bevölkerungsteile die US-Armee mit ihren Rekrutierungsanstrengungen primär abzielt. Dabei zeigt sich, dass die weitverbreitete – und lange Jahre zutreffende – Annahme, dass sich die US-Streitkräfte primär aus der „unterprivilegierten Bevölkerungsschicht“¹ zusammensetzen, in dieser Form heute nicht mehr zutrifft.

Verschiedene Faktoren trugen dazu bei, dass die Armee heute vor allem gut ausgebildete Rekrut*innen sucht und diese, aufgrund zutiefst ungerechter gesell-

Truppenzahl und Wehrpflicht in Europa



schaftlicher Verhältnisse, in der Regel eben vorwiegend unter wohlhabenderen Bevölkerungsschichten findet. Entsprechend richten die Streitkräfte auch ihre Rekrutierungsstrategie auf diesen Bedarf aus, denn sie befänden sich, wird etwa Vizeadmiral Thomas Wilson zitiert, in einem „Krieg um die Qualifizierten“.²

Die Tatsache, dass es Kindern aus wohlhabendem Haus mehrheitlich schon immer „gut“ gelang, auf diversen Wegen darum heranzukommen, in den Kriegen zur Durchsetzung der Interessen ihrer Klasse auch ihr Leben riskieren zu müssen, ist in den USA beinahe schon zu einem geflügelten Wort geworden: „Analysten, Wissenschaftler und andere Beobachter sind sich in der Regel darüber einig, dass weniger wohlhabende Teile der amerikanischen Gesellschaft im US-Militär überrepräsentiert sind. Diese Bedenken gehen zumindest bis zum Unabhängigkeitskrieg zurück und wurden breit während der Zeit des Bürgerkrieges debattiert, als das Sprichwort ‚Der Krieg der Reichen – der Kampf der Armen‘ [‚Rich Man’s War – Poor Man’s Fight‘] an Popularität gewann.“³ Dass dies auch heute noch der Fall ist, wird zwar weithin angenommen, deckt sich aber nicht mit jüngeren Forschungsergebnissen. Hier ist vor allem ein aktueller im „Journal of Strategic Stu-

dies“ veröffentlichter Beitrag zu nennen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass sich die soziale Zusammensetzung der Armee in jüngerer Vergangenheit grundlegend verändert hat: „Unsere Ergebnisse legen für den Zeitraum zwischen 1997 und 2008 nahe, dass die Streitkräfte primär aus der Mittelklasse und nicht aus den ärmsten (oder reichsten) Gruppen rekrutiert haben. Wir haben gezeigt, dass heutige Rekruten zu einem höheren sozioökonomischen Hintergrund tendieren: sie kommen überproportional aus der Mittelklasse...“⁴

Der Beitrag führt den veränderten sozioökonomischen Hintergrund heutiger US-Soldat*innen auf Entwicklungen zurück, die es aus Sicht der Armee sowohl erforderlich als auch gleichzeitig möglich gemacht hätten, verstärkt auf „besser“ qualifizierte Rekrut*innen zurückzugreifen: „[D]er Wandel in Technologie, Taktik, Operationen und Doktrinen, der in den letzten Jahrzehnten zu beobachten war, erforderte die Rekrutierung besser ausgebildeter Individuen. [...] Wir nehmen an, dass die sozioökonomisch unterprivilegiertesten Gruppen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit die Rekrutungskriterien der heutigen US-Armee erfüllen.“⁵ Parallel führten diese Entwicklungen auch zu einem deutlich sinkenden Gesamtbedarf, der den

Rekrutierungsdruck des Militärs erheblich abmilderte: So sank die Zahl der Streitkräfte (inkl. Marine Corps) von knapp 3 Mio. Soldat*innen (1955) auf etwa 2 Mio. (1980) und 1,5 Mio. (1995) auf inzwischen 1,35 Mio. (2017) Uniformierte steil ab.⁶ Dies habe es, so die Argumentation weiter, der Armee ermöglicht, bei der Rekrutierung „aus dem Vollen zu schöpfen“ und „wählerisch“ zu sein.⁷

Die US-Armee definiert sowohl „quantitative“ – die Zahl der für ein Jahr angestrebten neuen Rekrut*innen – als auch „qualitative“ Ziele. Für Letztere werden vor allem zwei 1993 aufgestellte Kriterien zugrunde gelegt: Der Ausbildungsgrad sowie das Ergebnis in einem Einstellungstest, dem „Armed Forces Qualification Test“ (AFQT): Damals wurde das Ziel ausgegeben, dass neue Rekrut*innen mindestens zu 90% über einen High-School-Abschluss (in etwa vergleichbar mit einem Realschulabschluss) verfügen und wenigstens 60% von ihnen beim AFQT über dem Durchschnitt liegen müssen (bei Erfüllung beider Kriterien gilt der Anwärter als „Level-1-Rekrut“).

Dies wirkt wiederum auf den sozioökonomischen Hintergrund der Rekrut*innen zurück, da das AFQT-Ergebnis massiv von Einkommen und Bildung der Eltern abhängig ist, wie selbst Armeestudien einräumen.⁸ Hinzu kommt noch, dass auch weitere Ausschlusskriterien, die einen Zugang zur Armee erheblich erschweren (Bildungsabschluss) oder gar von vorneherein unmöglich machen (Gesundheit, insbesondere Übergewicht sowie eine gerichtliche Verurteilung), stark mit dem sozioökonomischen Hintergrund zusammenhängen. Im Ergebnis gibt die Armee an, 70% der potenziellen jugendlichen Rekrut*innen hätten von Anfang an keine Chance, in die Armee aufgenommen zu werden, wirklich „interessant“ sei sogar noch ein deutlich geringerer Anteil.

Trotz der tendenziell sich „verbessernden“ Rekrutierungsbedingungen sahen sich die rund 8.000 Rekrutierer*innen in ihren etwa 1.300 Anwerbezentren

Anfang des neuen Jahrtausends erheblicher Probleme ausgesetzt, als der Bedarf an neuen Soldat*innen infolge der Kriege in Afghanistan (ab 2001) und im Irak (ab 2003) deutlich stieg. Vor allem zwei Maßnahmen wurden ergriffen, um eine Absenkung der „Qualitätskriterien“ zu vermeiden: Einmal wurde die Besoldung der Soldat*innen ganz erheblich angehoben – auch und gerade im Vergleich zum zivilen Beschäftigungssektor, der zwischen 2000 und 2010 erhebliche Einbußen hinnehmen musste.⁹ Und zum Zweiten erhöhte die Armee die Rekrutierungsausgaben ab 2002 auf durchschnittlich 1,5 Mrd. Dollar (bis zum Haushaltsjahr 2014).¹⁰

Was den Einfluss ökonomischer Rahmenbedingungen anbelangt, ist recht gut belegt, dass sich Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit „positiv“ auf die Bereitschaft auswirken, sich der Armee anzuschließen. Auch hiervon sind vor allem Menschen aus einkommensschwachen Familien betroffen, unter denen sich die Armee als – häufig einzige – soziale Aufstiegsmöglichkeit weiterhin relativ großer Beliebtheit erfreut¹¹, aber auch die Zugriffsmöglichkeiten der Armee auf Jugendliche aus der Mittelschicht „verbessern“ sich hierdurch.

Nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Erholung standen die Rekrutierer*innen in jüngerer Zeit allerdings erneut vor Problemen: 2018 verfehlte das Heer erstmals seit 2005 seine quantitativen Rekrutierungsziele um 6.500 Soldaten.¹² Aktuell versprechen sich die Streitkräfte infolge der Coronakrise allerdings wieder eine deutliche „Verbesserung“ der Rekrutierungsaussichten. Anfang April 2020 meldete Fox News: „Rekrutierer erachten steigende Arbeitslosenzahlen als eine mögliche Motivation für neue Rekruten, sich den Streitkräften anzuschließen. [...] Army Staff Sgt. Bradley Martin, ein Rekrutierer in Tampa [Florida] gab an, er hätte mit einem jungen Mann gesprochen, der, wie so viele, aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie gefeuert worden ist. ‚Er saß herum, dachte über seine Zukunft nach und sagte, er wolle etwas tun, um erfolgreich zu sein‘, so Martin, der mit dem Anwärter per FaceTime über Karrieremöglichkeiten im Heer und die Übernahme der Studienschulden sprach. ‚Wir hatten ein großartiges Gespräch‘.“¹³

Die Schweiz ist mit ihrer Miliz ein Sonderfall in Europa. Hier verbleibt man einsatzpflichtig bis zu seinem 30. Lebensjahr, je nach Aufgabe sogar bis zum 50. Lebensjahr und hat seine Bewaffnung zuhause. Dieser historisch aus der Konföderation gewachsene Zustand ist keineswegs unwidersprochen (siehe Gruppe Schweiz ohne Armee GSoA) – andere sehen in ihm die Verwirklichung der Ideale der Französischen Revolution, wo die „Bürger“ ihre Freiheit und ihr Land verteidigen. Für eine aktuelle Diskussion und historische Bezüge siehe z.B. Regula Schmid, Philippe Rogger (Hg.), *Miliz oder Söldner?*, Paderborn 2019.

Anmerkungen

Schweden (Christina Boger):

- 1 Das bedeutet, dass alle in Schweden lebenden Menschen zwischen 16 und 70 Jahren in Kriegs- oder Krisenzeiten eingezogen werden können; forsvarsmakten.se
- 2 Sweden re-activates conscription, Government.se, 2.3.2017.
- 3 Sweden: Military conscription reintroduced, War Resisters International, wri-irg.org, 27.4.2017.
- 4 Rekryteringsmyndigheten.se, 22.6.2017.
- 5 Thelocal.se, 5.3.2019.
- 6 Regeringen.se, 2.3.2017.
- 7 Kampagne Februar 2020
- 8 Sweden re-activates conscription, Government.se, 2.3.2017.
- 9 Military favors ending conscriptions, thelocal.se, 21.12.2007.

Italien (Jacqueline Andres):

- 1 „Devi solo scegliere. Entra a far parte della grande famiglia dell’Esercito Italiano“, esercito.difesa.it, zuletzt aufgerufen am 15.4.2020.
- 2 Hier bezog sich Farina auf Rekrut*innen, die zunächst für ein Jahr ins Militär eintreten (Volontario in Ferma Prefissata di un anno (VFP1)).
- 3 Per il capo dell’Esercito i giovani d’oggi sono un po’ indisciplinati, publicpolicy.it, 14.5.2019.
- 4 Ebd.
- 5 Camera dei Deputati: XVIII Legislatura, Bolletino delle Giunte e delle Commissioni Parlamentari Difesa (IV), Allegato Indagine conoscitiva sullo stato del reclutamento nelle carriere iniziali delle Forze armate, camera.it, 28.1.2020.
- 6 Ufficio del sottocapo di Stato Maggiore dell’Esercito: Rapporto Esercito 2019, esercito.difesa.it, S. 95
- 7 Attività Promozionali, esercito.difesa.it, zuletzt aufgerufen am 20.5.2020.
- 8 Die jährlichen Militärschulgebühren sind abhängig vom Elterngeld und liegen im Falle des Heeres zwischen 310 € und 1342 € jährlich. Siehe: Bando Scuole Militare 2020.
- 9 Kampagnenvideo „La scuola ripudia la guerra“ von Pax Christi Italia, youtube.com, 9.4.2013.
- 10 Im Jahr 2020 wurde es aufgeteilt in das Ministerium für Bildung und das Ministerium für Universität und Forschung.
- 11 Protocollo d’intesa tra Ministero dell’Istruzione, della Università e della Ricerca e Ministero della Difesa, difesa.it
- 12 „Top gun“ per due settimane: a Palermo in volo con l’Aeronautica Militare, ilsicilia.it, 14.5.2019.
- 13 Antonio Mazzeo: Gli artigli dei militari italiani e Usa sulla didattica a distanza ai tempi del Coronavirus, antoniomazzeoblog.blogspot.com, 4.5.2020.

Frankreich (Sven Wachowiak):

- 1 Carine Lepage, Jérôme Bensoussan: Les militaires et leur famille, Direction des ressources humaines du ministère de la Défense, 2010, S. 116.
- 2 Leïla Minano, Justine Brabant: Mauvaise Troupe, Les Arènes, 2019.
- 3 Bénédicte Chéron: Le soldat méconnu: Les Français et leurs armées: état des lieux, Arman Colin, 2018.
- 4 Ebd.
- 5 Damien Schoennahl: Communication de recrutement de l’armée de Terre. Pourquoi une telle „cristallisation“?, linkedin.com, 18.12.2019.

USA (Jürgen Wagner):

- 1 Die mit Begriffen wie „unterprivilegierte Bevölkerungsschicht“ zwangsläufig einhergehende negative Konnotation und die mit ihnen implizierte – und reale – Schichtung der Gesellschaft wird hier als ein Resultat sozioökonomischer und nicht genetischer Ursachen verstanden.
- 2 Strong, Kim: 71% of young people are ineligible for the military — and most careers, too, USAToday, 15.12.2019.
- 3 Andrea Asoni u.a.: A mercenary army of the poor? Technological change and the demographic composition of the post-9/11 U.S. military, in: Journal of Strategic Studies (der Beitrag wurde vorab online veröffentlicht und erscheint wahrscheinlich in der Ausgabe 4/2020), S. 6.
- 4 Asoni u.a. 2020: S. 38f.
- 5 Asoni u.a. 2020: S. 3.
- 6 U.S. Military Size 1985-2020 (macrotrends.net) und Active Duty Military Personnel, 1940–2011 (infoplease.com).
- 7 Asoni u.a. 2020: S. 13f.
- 8 Curie, Janet/Duncan, Thomas: Race, Children’s Cognitive Achievement and the Bell Curve, RAND: Santa Monica 1995. Siehe kritisch zum AFQT auch: Kanarek, Jaret: The Effects of Background Factors on AFQT Score, Honors Projects, Paper 126/2014.
- 9 Hosek, James u.a.: Military and Civilian Pay Levels, Trends, and Recruit Quality, RAND: Santa Monica 2018.
- 10 Knapp, David u.a.: Resources Required to Meet the U.S. Army’s Enlisted Recruiting Requirements, RAND: Santa Monica 2018, S. 1.
- 11 Vgl. Asoni u.a. 2020: S. 16.
- 12 Army Beginning to See Payoff from New Recruiting Strategy, Military.com, 22.5.2019.
- 13 Aitken, Peter: US military recruitment struggles as coronavirus closes enlistment stations, FoxNews, 5.4.2020.

Längere Versionen der Textbeiträge zu Italien und den USA sind auf der IMI-Homepage zu finden.

Die Bundeswehr und das Virus

Teil II: Mitte März bis Mitte Mai - Amtshilfe und Eiserne Reserve

von Martin Kirsch

Seitdem Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im März die Bundeswehr zur Reserve des Staates – auch für die Pandemiebekämpfung im Inland – erklärt hat, gingen in den folgenden zwei Monaten über 500 Amtshilfeersuchen von zivilen Stellen bei der Bundeswehr ein. Seit April stehen bis zu 32.000 Soldat*innen als Einsatzkontingent „Hilfeleistung Corona“ präventiv in Bereitschaft. Amtshilfe-Einsätze laufen u.a. in der Beschaffung und Verteilung von Schutzausrüstung, in Teststationen, Pflegeheimen, Geflüchtetenunterkünften, Gesundheitsämtern und in weiteren Bereichen des zivilen Gesundheitswesens. Mit Presseterminen vor Ort und via Social Media versucht die Bundeswehr, ihre „Hilfeleistungen“ maximal propagandistisch auszunutzen. Die Unterhöhlung des zivilen Katastrophenschutzes durch die Streitkräfte spielt in der öffentlichen Debatte hingegen kaum eine Rolle. Koordiniert und befehligt werden die Einsätze der Bundeswehr von neuen Kommandostrukturen. Bisher wurden alle Anträge die Bundeswehr mit repressiven Befugnissen im Inland einzusetzen abgelehnt. Die Grün-Schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg muss daher auf mehrere hundert Soldat*innen, die für Aufgaben als Hilfspolizei angefragt wurden, verzichten. In der Funktion der Bundeswehr als eiserne Reserve des Staates schließt allerdings auch der für Inlandseinsätze zuständige General Martin Schelleis repressive Inlandseinsätze bei einer erneuten Verschärfung der Krise nicht grundsätzlich aus.¹

Eiserne Reserve des Staates in Krisenzeiten

Bis Mitte März spielte die Bundeswehr in der öffentlichen Wahrnehmung staatlicher Aktivitäten zur Eindämmung der Corona-Pandemie, abgesehen vom Ausfliegen deutscher Staatsbürger*innen aus der Chinesischen Krisenprovinz Hubei im Februar, kaum eine Rolle.² Verteidigungsministerium und Armeespitze hüllten sich in ein unerwartetes Schweigen. Zwischen-

zeitlich war auch die Armee damit beschäftigt, das Infektionsgeschehen in den eigenen Reihen in den Griff zu bekommen und die eigene Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Nach zunehmender öffentlicher Kritik aus konservativen Kreisen an dieser Abwesenheit der Bundeswehr – Bayern hatte bereits am 16. März 2020, auch mit dem Verweis darauf, die Bundeswehr schneller einsetzen zu können, den Katastrophenfall ausgerufen – ging Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer am 19. März in die Offensive. In der Bundespressekonferenz erklärte sie, gemeinsam mit dem ranghöchsten Bundeswehrgeneral, Zorn, die Strategie der Streitkräfte in der Corona Pandemie.³

Als oberste Prioritäten wurden die Aufrechterhaltung der Führungsfähigkeit und der Einsatzbereitschaft der Truppe ausgegeben. An erster Stelle steht damit die Funktionsfähigkeit der Befehlsketten, sowie die Einsatzaufgaben von der Überwachung des Luftraums über Deutschland, über die NATO-Präsenz in Osteuropa bis hin zu Auslandseinsätzen von Mali bis Afghanistan. Hier wurde klargestellt, dass die Bundeswehr zuallererst eine Armee ist, die für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Handlungsfähigkeit und damit auch für weltweite Kriegseinsätze ausgelegt ist. Für diese Aufgaben soll sie jederzeit – auch während einer Pandemie – zur Verfügung stehen. Darüber hinaus, aber in der Prioritätenliste klar untergeordnet, werde die Bundeswehr Mittel zur Bekämpfung der Pandemie im zivilen Bereich in Deutschland zur Verfügung stellen. Bei der Bekämpfung der Pandemie handelt es sich laut Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer um einen „Marathon“, in dem die Bundeswehr vor allem auf die langfristige Durchhaltefähigkeit hin ausgerichtet würde. In diesem ausgerufenen Langstreckenlauf sei es daher die Rolle der Armee, den Staffelstab zu übernehmen, wenn zivile Behörden und Organisationen an ihre Belastungsgrenzen kommen. In der Wochenzeitung „Zeit“ wurde diese Rolle der Bundeswehr Ende März treffend als „eiserne Reserve“ des Staates bezeichnet.⁴

Diese Rolle, die sich die Bundeswehr in der Corona-Pandemie gegeben hat, gilt es daher auch für den weiteren Verlauf im Auge zu behalten. Auch wenn das aktuelle Infektionsgeschehen sich massiv verlangsamt und zunehmende Teile des gesellschaftlichen Lebens zumindest in Ansätzen wieder aufgenommen werden, ist eine erneute Verschärfung keinesfalls auszuschließen. Sollte es also zu einer zweiten Infektionswelle oder zu zunehmenden ökonomischen und sozialen Verwerfungen aufgrund der beginnenden Wirtschaftskrise kommen, steht die Bundeswehr mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in Bereitschaft.

Einsatzkontingent „Hilfeleistung Corona“ - Präventive Bereitschaft von 32.000 Soldat*innen

Im März wurden innerhalb der Bundeswehr nicht nur Strukturen zur Bekämpfung der Pandemie in den eigenen Reihen aufgestellt, sondern auch großflächige Aktivitäten im Inland vorbereitet. Anfang April meldete die Armeeführung die Bereitschaft eines eigens für die Unterstützung ziviler Behörden und Organisationen im Inland aufgebauten Einsatzkontingents mit dem Namen „Hilfeleistung Corona“. Dahinter stehen neue Führungsstrukturen und die Bereitschaft von 15.000 Soldat*innen für Einsätze im Inland.

War es in der bisherigen Geschichte der BRD der gängige und, zumindest formal, einzige Weg der Bundeswehr in den Inlandseinsatz, als Reaktion auf zivile Anfragen Soldat*innen und Material zur Verfügung zu stellen, wurde dieses Prinzip nun umgekehrt. In Erwartung bevorstehender Anfragen wurden präventiv Einsatzkontingente in den Bereichen Logistik, Unterstützung der Bevölkerung und ABC-Abwehr/Desinfektion mit einem Personalumfang von rund 8.000 Soldat*innen in Bereitschaft versetzt. Hinzu kommen rund 1.000 Soldat*innen, die für die Führung der Einsätze, die Kommunikation mit zivilen Behörden und Organisationen, IT, sowie Operative Kommunikation zuständig sind.⁵ Hinter dem Begriff der Operativen Kommunikation stehen Bundeswehreinheiten, die sonst für Propaganda und Beeinflussung der Bevölkerung in den Einsatzgebieten ausgebildet sind. Zudem werden rund 7.500 Soldat*innen für den Bereich Absicherung/Schutz und rund 600 Militärpolizist*innen für Verkehrs- und Ordnungsdienst in Bereitschaft gehalten.

Dabei handelt es sich um Soldat*innen aus allen Truppenteilen außer dem Sanitätsdienst. Geführt werden sie vom sogenannten Nationalen Territorialen Befehlshaber und Inspekteur der Streitkräftebasis, Generalleutnant Schelleis – dem General, der noch kurz zuvor für die Truppenverlegungen in Deutschland im Rahmen des Großmanövers Defender 2020 zuständig war. Teile der dafür vorgesehenen Truppen

für Versorgung und Logistik wurden kurzerhand für die Pandemiebekämpfung umgewidmet.

Der Sanitätsdienst der Bundeswehr unterhält zudem einen eigenen, ebenfalls für die Corona-Pandemie aufgestellten Führungsstab, der auf weitere 17.000 Sanitätssoldat*innen zurückgreifen kann. Diese wirken u.a. in den Bundeswehrkrankenhäusern bereits an der Versorgung von Zivilist*innen mit, stehen neben Amtshilfe-Einsätzen teils aber auch primär für die streitkräfteinterne Gesundheitsversorgung und Pandemie-Prävention zur Verfügung.

Alles in allem kann die Bundeswehr damit auf rund 32.000 Soldat*innen zurückgreifen, die bereits präventiv für Aktivitäten im Inland zur Verfügung stehen. Darüber hinaus können weitere Spezialfähigkeiten wie Hubschrauber aktiviert werden, die in diesem Einsatzkontingent bisher nicht auftauchen.

Über 500 Anträge auf Amtshilfe

Nachdem in der zweiten Märzhälfte die ersten Amtshilfemaßnahmen angelaufen sind, stehen die Telefone bei der Bundeswehr nicht mehr still. Von Bundes- und Landesministerien bis zu Regierungspräsidien und Kreisverwaltungen versuchen Regierungsinstitutionen bundesweit Fähigkeiten der Bundeswehr für sich zu gewinnen. Während im gesamten Jahr 2019 gut 250 Amtshilfeanträge von zivilen Institutionen bei der Bundeswehr eingingen – von denen nicht alle genehmigt wurden – liegt die Zahl der Anträge im Rahmen der Corona-Pandemie innerhalb von zwei Monaten bereits mehr als doppelt so hoch.

Nach Informationen des Fachjournalisten Thomas Wiegold gingen allein mit Bezug zur Corona-Pandemie bis zum 12. Mai 2020 541 Anträge auf Amtshilfe bei der Bundeswehr ein.⁶ Nach Prüfung durch die Streitkräfte wurden bis dahin 260 Amtshilfeersuchen gebilligt. Rund die Hälfte der genehmigten Unterstützungsleistungen (133) wurden zu diesem Zeitpunkt bereits umgesetzt, während 28 Vorhaben sich in Planung befanden und 99 schon abgeschlossen waren.

Neben einer nicht öffentlichen Zahl von Anträgen, die sich in Prüfung befinden, wurde rund die Hälfte der Anträge nicht genehmigt. Bereits Mitte April waren 63 Amtshilfeersuchen von den zivilen Antragsstellern zurückgezogen und 184 Anträge von der Bundeswehr abgelehnt worden.⁷

Ablehnt wurden Anträge neben formalen Fehlern bei der Antragsformulierung auch wegen fehlendem Material, Personal, oder sonstigen Kapazitäten der Bundeswehr, sowie der Verfügbarkeit ziviler Organisationen und kommerzieller Angebote für angefragte Dienste. Zudem wurden Anträge aus rechtlichen Gründen abgelehnt.⁸



Im Dienst in einer Isolierstation einer Geflüchtetenunterkunft in Althütte-Sechselberg. Quelle: flickrBundeswehr/Jonas Weber.

Mit der präventiven Aufstellung des Einsatzkontingents hat die Bundeswehr generell Bereitschaft signalisiert, im Inland aktiv zu werden, und womöglich auch Begehrlichkeiten geweckt. Die Anträge und der politische Druck, die Armee auch einzusetzen, kommen allerdings aus den zivilen Verwaltungen der Bundesländer und Kommunen.

Während die schiere Zahl der Anträge und genehmigten Einzelleistungen riesige Einsatzdimensionen erwarten lässt, deckt sich der Eindruck nicht mit der Zahl der tatsächlich aktiven Soldat*innen. So waren am 12. Mai, sowie in der Woche zuvor, nie mehr als 600 der 15.000 Soldat*innen aus dem Einsatzkontingent „Hilfeleistung Corona“ gleichzeitig aktiv. Dazu kamen zwar weitere Soldat*innen aus dem Sanitätsdienst, sowie Spezialfähigkeiten außerhalb des Einsatzkontingents, zu denen öffentlich keine Zahlen vorliegen. Abzüglich der rund 8.000 Soldat*innen die in den Bundeswehrkrankenhäusern ihren Dienst verrichten, ist aber davon auszugehen, dass sich die Zahl der im Inland aktiven Soldat*innen inklusive Verbindungs- und Führungseinrichtungen im niedrigen dreistelligen Bereich bewegt.

Amtshilfe-Einsätze im Rahmen der Corona-Pandemie

Die Bandbreite der genehmigten Amtshilfe-Einsätze ist enorm. Hier soll ein Überblick gegeben werden, der lange nicht erschöpfend ist. Bei der knappen Hälfte der Amtshilfeanträge, die aktuell (Mitte Mai 2020) umgesetzt werden, sind gar keine Soldat*innen aktiv. Hier stellt die Bundeswehr Infrastruktur, wie Lagerhallen

auf Kasernengeländen für die Lagerung von Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln, oder Park- und Abstellflächen, z.B. für die Einrichtung von Teststationen, zur Verfügung. Zudem liefert die Bundeswehr nach Genehmigung Material von Desinfektionsmitteln, über Zelte und Feldbetten bis hin zu mobilen Beatmungs- und Röntgengeräten oder ganzen Containermodulen, in denen sich z.B. ein Behandlungsraum mit Computertomographen befindet. Für die zweite gute Hälfte, bei der Soldat*innen in Bewegung gesetzt werden, lag ein Arbeitsschwerpunkt Anfang Mai in den zivilen Gesundheitsämtern.

Seit dem 15. April werden Soldat*innen der Bundeswehr in Gesundheitsämtern in Brandenburg eingesetzt.⁹ Die Aufgaben dort reichen von der Erfassung des Infektionsgeschehens über den Dienst an der Telefonhotline für die Bevölkerung bis zur Nachverfolgung von Infektionsketten durch Anrufe bei Kontaktpersonen. Im Gesundheitsamt Potsdam werden die 25 regulären Mitarbeiter*innen durch 15 weitere Soldat*innen aufgestockt.¹⁰ Hoheitliche Aufgaben, die den Gesundheitsämtern z.B. mit dem Verhängen von verpflichtenden Quarantänemaßnahmen zustehen, dürfen die Soldat*innen allerdings nicht ausüben. Ein im Gesundheitsamt im brandenburgischen Seelow eingesetzter Soldat beschreibt als Teil seiner Aufgaben neben dem Erfragen von Gesundheitszustand und auftretenden Symptomen am Telefon auch die Überprüfung, „dass Privatpersonen die für sie angeordneten Quarantänemaßnahmen tatsächlich auch einhalten“.¹¹ Dabei handelt es sich bereits um einen Grenzfall, in dem Soldat*innen für Kontroll- und Überwachungs-

Unter den 15.000 SoldatInnen, die für den Corona-Einsatz im Inland abgestellt werden können (plus Sanitätspersonal!), sind 8.100 für polizeiliche oder polizeiähnliche exekutive Aufgaben vorgesehen. Baden-Württemberg ist hier ganz vorne mit dabei, obwohl – ausgerechnet – ein aktueller Artikel des Weserkurier vom 15. April 2020 (ein „heimisches“ Blatt sah sich dazu wohl nicht in der Lage) untermauert, dass das eigentlich kreuzunnötig ist: „Schon Ende März dachte das Innenministerium in Baden-Württemberg darüber nach, die Bundeswehr um Amtshilfe auch bei hoheitlichen Aufgaben zu bitten. Da befanden sich tatsächlich deutlich mehr als 2000 Beamte und sonstige Mitarbeiter wegen der Corona-Krise in häuslicher Isolation – unterm Strich waren das gleichwohl noch keine sieben Prozent des polizeilichen Personals im Ländle. Ein Krankenstand also, mit dem in jedem strengeren Winter gerechnet werden muss. [...] Konkret könnten

dann Soldaten auch Ein- und Auslasskontrollen durchführen oder Fahrzeuge durchsuchen, allerdings immer unter Federführung der Polizei. Das geht juristisch weit über das hinaus, was wir gerade täglich sehen [...]. Doch in der Exekutive reicht das offenbar längst nicht jedem. Der ‚Behörden-Spiegel‘ lässt in seiner aktuellen Ausgabe einen Rechtsanwalt und Oberstleutnant der Reserve ausführlich zu Wort kommen, der Corona als ganz besondere Chance begreift: Da die Pandemie eine bundesweite Katastrophenlage sei, könne die Bundeswehr nun als ‚Zusatzpolizei‘ eingesetzt werden – ‚mit allen landesrechtlichen Befugnissen, also auch Schusswaffeneinsatz‘. Karl-Heinz Gimmler, der Autor des Kommentars, verweist auf das Beispiel Österreich, wo die Behörden das Bundesheer ‚jederzeit‘ zur Unterstützung der Polizei einsetzen könnten.“

(Jürgen Wagner)

aufgaben des zivilen Gesundheitssystems eingesetzt werden. Der regionale Schwerpunkt der 120 am 6. Mai in Gesundheitsämtern eingesetzten Soldat*innen liegt in Brandenburg. Dazu kommen weitere Einsätze in Gesundheitsämtern in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen,¹² sowie Mecklenburg-Vorpommern. Einsätze in Thüringen und Baden-Württemberg befinden sich in Planung.

Zwei weitere Arbeitsschwerpunkte der Bundeswehr sind Amtshilfe-Einsätze in Einrichtungen, in denen es vermehrt zu verheerenden Infektionsausbrüchen kommt. Es handelt sich um Alten- und Pflegeheime sowie Massenunterkünfte für Geflüchtete, in denen gesellschaftlich schwache Gruppen in räumlich engen Verhältnissen institutionalisiert untergebracht werden.

Ende April waren rund 120 Soldat*innen in Alten- und Pflegeheimen im Einsatz.¹³ Dort sollen sie das Stammpersonal durch helfende Tätigkeiten wie Essensausgabe oder weitere Betreuung ohne Pflegeanteil entlasten. Die ersten Einsätze dieser Art fanden im April in Bayern statt. In einem Altenheim in Kreis Bamberg, in dem es zu einem Corona-Ausbruch gekommen war, wurden 35 Panzersoldat*innen eingesetzt. Eines dieser Teams musste abgezogen werden, nachdem ein eingesetzter Soldat selbst positiv auf Covid-19 getestet wurde. Ob die Ansteckung während des Dienstes im Heim erfolgte oder er potenzieller Einträger des Virus in die Einrichtung war, ist nicht bekannt.¹⁴ Aktuell liegt neben Bayern ein zweiter Schwerpunkt in Hamburg. Dort sind laut dem Boulevardblatt Hamburger Morgenpost 52 Soldat*innen an der „Corona-Front“ in sieben Pflegeheimen im Einsatz – darunter auch

Soldat*innen mit medizinischer Ausbildung im pflegerischen Bereich.¹⁵ Seit Anfang Mai wird die Bundeswehr verstärkt auch in Unterkünften für Geflüchtete in Baden-Württemberg eingesetzt. Einsatzorte sind u.a. die Erstaufnahmeeinrichtungen in Heidelberg, Ellwangen und Giengen an der Brenz, sowie eine sogenannte Isolierstation in Althütte-Sechselberg.¹⁶ In den Einrichtungen leben sowohl Geflüchtete, die an Covid-19 erkrankt sind, sowie deren Kontaktpersonen, die unter Quarantäne stehen, als auch z.T. hunderte weitere Geflüchtete, die die Einrichtungen nicht verlassen dürfen. Dort betreuen Sanitätssoldat*innen und Ärzt*innen der Bundeswehr in medizinischen Einrichtungen Infizierte, führen ein sogenanntes Fiebermonitoring durch und bieten zudem Sprechstunden an. Hinzu kommen weitere Soldat*innen, die u.a. die Logistik rund um die Essensversorgung, die „Ausgabe von Waren des täglichen Bedarfs“, sowie die Vorbereitung und die Austeilung von abgepackten Mahlzeiten übernehmen.¹⁷ Diese Einsätze umfassen allerdings kein Hausrecht oder sonstige hoheitliche Befugnisse der Soldat*innen gegenüber den Geflüchteten, wie es sowohl in Thüringen als auch in Baden-Württemberg beantragt worden war.¹⁸

Zudem ist die Bundeswehr eng in die Beschaffung und Logistik rund um Schutzausrüstung und Medizinprodukte eingebunden. Während das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr in Koblenz für das Bundesgesundheitsministerium Millionenverträge zum Einkauf von Schutzmaterial abwickelt,¹⁹ übernehmen Logistiker*innen der Streitkräfte den Verteilungsweg. So trafen Anfang

Mai mehrere von der Bundeswehr gecharterte Großraumfrachtflugzeuge mit Lieferungen aus China auf deutschen Flughäfen ein. Bereits zuvor hatten Logistikeinheiten der Bundeswehr von zivilen Maschinen eingeflogenes Material entgegengenommen und Transport und Verteilung u.a. in Sachsen-Anhalt übernommen.²⁰

Im gesamten Bundesgebiet werden Soldat*innen mit und ohne medizinische Ausbildung in stationären und mobilen Teststationen eingesetzt, in denen Abstriche von potenziell infizierten genommen werden. In das bundesweite Netz von Laboren, die die PCR-Tests auf Corvid-19 durchführen, sind auch mehrere Bundeswehrkrankenhäuser und das Institut für Mikrobiologie der Bundeswehr integriert. Im Institut für Mikrobiologie, dem Zentrallabor der Bundeswehr für die Erforschung und Diagnostik von biologischen Kampfstoffen, wird zudem in Kooperation mit zivilen Krankenhäusern und Instituten an der Erforschung des neuen Corona-Virus gearbeitet.²¹

Die fünf Bundeswehrkrankenhäuser, die wie ihre zivilen Gegenstücke die Kapazitäten auf Intensiv- und Isolierstationen zwischenzeitlich erweitert hatten, behandeln auch Zivilist*innen, die an Corvid-19 erkrankt sind. Dabei handelt es sich allerdings nicht um Amtshilfe, weil die Krankenhäuser der Streitkräfte ohnehin in das zivile Versorgungssystem eingebunden sind und auch im Normalbetrieb zwischen 70 und 80 Prozent zivile Patient*innen behandeln. Im Rahmen der Amtshilfe ist der Sanitätsdienst der Bundeswehr allerdings auch an Planung, Aufbau und Betrieb von zivilen Notkliniken und Versorgungsstationen beteiligt, die in Messehallen, leerstehenden Klinikgebäuden oder Turnhallen eingerichtet wurden.²² Zudem werden weitere zivile Einrichtungen der Gesundheitsversorgung mit Personal sowie Material des Sanitätsdienstes aufgestockt. In einer Kaserne in Berlin wurden Anfang April Soldat*innen des Wachbataillons eingesetzt, um in Kooperation mit den zivilen Entwicklungseinrichtungen die hoch umstrittene Corona-Tracing-App zu testen. Dazu mussten sie mit Markierungen am Körper, Smartphone in der Tasche und überwacht von Kameras vorgegebene Laufwege ablaufen. Ziel des Tests war es herauszufinden, ob die App feststellen kann, welche Personen sich über zwei Minuten in einem Abstand unter 1,5 Metern aufhalten.²³

Polizeiaufgaben für die Bundeswehr – vorerst abgelehnt

Bisher verlautbart das Verteidigungsministerium ausschließlich Amtshilfe nach Artikel 35, Satz 1 des Grundgesetzes zu leisten. Die Amtshilfe greift nach aktueller Auffassung des Ministeriums nur für „sogenannte ‚technische‘ Unterstützung“ und schließt damit

„zusätzliche hoheitliche Eingriffsbefugnisse“²⁴ für die Bundeswehr aus, die im Rahmen der Katastrophenhilfe in begrenztem Umfang möglich wären. Damit nimmt das Verteidigungsministerium momentan eine unerwartet restriktive Rechtsauffassung ein, die in den letzten Jahren von konservativen und rechten Jurist*innen immer wieder angefochten wurde, um die Einsatzoptionen der Bundeswehr im Inland auszuweiten.²⁵

Laut einer Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko²⁶ wurden bis zum 6. Mai insgesamt 16 Amtshilfeanträge gestellt, die die Ausübung von hoheitlichen Befugnissen durch die Bundeswehr beinhaltet hätten. Sieben dieser Anträge wurden von der Bundeswehr aus rechtlichen Gründen abgelehnt. Darunter der Betrieb einer unter Quarantäne stehenden Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete samt Ausübung des Hausrechts im thüringischen Suhl, Zugangskontrollen in einem Krankenhaus im Saarpfalz-Kreis und die Bewachung von Lagerhallen für Schutzausrüstung in den bayerischen Landkreisen Miesbach und Weilheim-Schongau.

Ein handfester Skandal verbirgt sich hinter neun Anfragen aus Baden-Württemberg, die von Seiten der Antragssteller*innen zurückgezogen wurden. Am 1. April forderte das Regierungspräsidium Karlsruhe in zwei Anträgen insgesamt 424 Soldat*innen als „Wachpersonal für Sicherheitsaufgaben [zur] Überwachung von Quarantänemaßnahmen und Kontrolle der Einhaltung der Ausgangssperre“ an. Drei weitere Anträge kamen am 6. Mai direkt aus dem Innenministerium in Stuttgart. Der Innenminister der Grün-Schwarzen Landesregierung Thomas Strobl beantragte bei der Bundeswehr insgesamt 404 Soldat*innen für die „Bestreifung“



Konsumstützung durch das Militär als Einkaufshelfer. Quelle: flickr/Bundeswehr/Jonas Weber.

der Erstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen, deren Isolierstation, sowie eine weitere Isolierstation zur Unterbringung von Geflüchteten. Die angeforderten Tätigkeiten decken sich vermutlich mit drei Anträgen, die das Regierungspräsidium Stuttgart bereits am 31. März gestellt hatte. Alle neun Anträge wurden nach Beratungen mit der Bundeswehr zurückgezogen und entgingen damit der formalen Ablehnung. Während einzelnen Kreisen bei der Beantragung von Leistungen der Bundeswehr zugutegehalten werden kann, dass sie die rechtliche Dimension ihrer Anfragen nicht vollends überblicken, muss das Vorgehen der Grün-Schwarzen Landesregierung in Stuttgart als bewusster Vorstoß bewertet werden, die Grenzen der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inland auszutesten. Zumal erst im Oktober 2019 unter den Augen des Innenministers Strobl eine gemeinsame Anti-Terror-Übung der Polizei Baden-Württemberg und der Bundeswehr abgehalten wurde,²⁷ in deren Rahmen auch die Rechtsgrundlagen von Inlandseinsätzen explizit thematisiert wurden.

Dass sich die Bundeswehr und das Verteidigungsministerium hier als „Hüterinnen des Rechts“ gegenüber autoritären Vorstößen einer Landesregierung positioniert haben, verschafft mit Blick auf die zwischenzeitlichen Befürchtungen, dass Soldat*innen im Rahmen der Corona-Pandemie auch zu Polizei(ähnlichen)-Aufgaben aus den Kasernen ausrücken könnten, eine Verschnaufpause. Im Moment ist mit einem solchen Einsatz nicht zu rechnen. Sollte wegen einer möglichen zweiten Infektionswelle oder wegen zunehmender gesellschaftlicher Spannungen aufgrund der beginnenden Wirtschaftskrise jedoch eine „Situation katastrophischen Ausmaßes“ entstehen, wegen der der Katastrophenfall ausgerufen wird, stehen weiterhin rund 8.000 Soldat*innen für Polizei(ähnlichen)-Aufgaben in Bereitschaft.

Neue Führungsstrukturen im Inland

Für den Bereich der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit in Deutschland und damit auch für Inlandseinsätze sind seit 2006 die sogenannten Verbindungsstrukturen der Bundeswehr zuständig. Landeskommandos, besetzt mit Berufssoldat*innen in den Hauptstädten der Bundesländer und Kreis- und Bezirksverbindungskommandos, bestehend aus je einem Dutzend Reservist*innen mit Büros in den Regierungsbezirken, Kreisen und kreisfreien Städten halten Kontakt zu den zivilen Ministerien und Behörden und sind auf Abruf Teil der Regionalen Krisenstäbe. Sie nehmen Anfragen und Anträge an die Bundeswehr für sogenannte Amts- oder Katastrophenhilfe entgegen. Im vergangenen Jahr reagierten diese Strukturen u.a. auf rund 250 Amtshilfeanträge an die Bundeswehr. Koordiniert

werden sie vom Kommando Territoriale Aufgaben, das 2013 in Berlin aufgestellt wurde. Hier laufen die Fäden zusammen. Hier wird über Anträge auf Unterstützung ziviler Behörden durch die Bundeswehr und damit über Inlandseinsätze entschieden. Bisher wurden von hier aus auch Aktivitäten der Bundeswehr im Inland – von der Befreiung von Dächern von Schneelasten, bis zur Absicherung von Deichen bei Hochwasser und Löscharbeiten bei Waldbränden – geführt.

Im Rahmen der „Hilfeleistung Corona“ wurden dem Kommando Territoriale Aufgaben vier eigens dafür eingerichtete regionale Führungsstäbe unterstellt, die ihr Personal und ihre Infrastruktur allerdings nicht aus dem Bereich der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit beziehen. Sie sind bei den großen Kampftruppenkommandos von Heer, Luftwaffe und Marine untergebracht. So ist der neu geschaffene Regionale Führungsstab 1 (Nord) im Marinekommando in Rostock für die Führung der Einsätze in Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zuständig. Der Regionale Führungsstab 2 (West) mit Sitz bei der 1. Panzerdivision des Heeres in Oldenburg koordiniert die Aktivitäten in Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt und Hessen und das Luftwaffenkommando in Berlin ist als regionaler Führungsstab 3 (Ost) für die Länder Berlin und Brandenburg zuständig. Einsätze im Rahmen der Corona-Pandemie in den verbleibenden sechs Bundesländern Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen und Sachsen werden im regionalen Führungsstab 4 (Süd) von der 10. Panzerdivision im bayerischen Veitshöchheim geführt.

Während die Entscheidungen über Amtshilfe und Inlandseinsätze, sowie deren Koordination, weiter aus dem Kommando Territoriale Aufgaben in Berlin erfolgen, experimentiert die Bundeswehr im Rahmen der Corona-Pandemie mit diesen neuen Strukturen für Inlandseinsätze. Die vier regionalen Führungsstäbe orientieren sich dabei an den Strukturen der 2006 abgeschafften vier Wehrbereichskommandos, die bis dahin als Überbleibsel aus dem Kalten Krieg sowohl für Logistik und Inlandseinsätze der Bundeswehr in Friedenszeiten als auch für die Befehligung des sogenannten Territorialheers in Kriegszeiten zuständig waren.

Fazit

Auf den ersten Blick könnte es so wirken, als ob die Bundeswehr all ihre militärischen Ressourcen nutzt, um damit die Versorgung der Zivilbevölkerung sicherzustellen: Tausende Soldat*innen in Bereitschaft geführt von Führungsstäben der Kampftruppen mit neuester digitaler Technik²⁸ für die Koordination von Hilfskräften. Dazu 5.000 neue Digitalfunkgeräte, mit denen die Sanitätskräfte und Krankenhäuser der Bun-

deswehr im Funknetz der zivilen Rettungskräfte teilnehmen können.²⁹ Sätze wie „Jetzt machen die endlich mal was vernünftiges“ fallen in diesem Kontext immer wieder. Auf den zweiten Blick sollte dieses Experimentieren mit neuen Führungsstrukturen und Fähigkeiten im Inland, der weitere Ausbau der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit und die tiefe Verschmelzung von Armee und Katastrophenschutz für Beunruhigung sorgen. Sind entsprechende Strukturen erst einmal erprobt, können sie auch für andere Aktivitäten im Inland eingesetzt werden. Auch wenn die Bundeswehr aktuell von repressiven Einsätzen von Soldat*innen im Inland Abstand nimmt, werden eben diese Szenarien im Rahmen der Terrorabwehr in den letzten Jahren verstärkt trainiert.³⁰

Währenddessen nutzt die Bundeswehr ihre „Hilfeleistungen“ im Inland bei zahllosen Presseterminen vor Ort sowie über sämtliche Social Media Kanäle schamlos für Propagandazwecke zur Akzeptanzbeschaffung und Rekrutierung aus. Wie die Bundeswehr mit dem vor rund 15 Jahren begonnenen und in der Corona-Krise weiter verschärften Vordringen in den Katastrophenschutz die entsprechenden zivilen Strukturen, die seit Jahren unterfinanziert sind, weiter aushöhlt, spielt in der Berichterstattung kaum eine Rolle. Vielmehr danken Landes- und Lokalpolitiker*innen kopflos den herbeigerufenen Streitkräften, deren „Hilfeleistungen“ die föderal ausgerichtete zivile Krisenvorsorge weiter an den Rand drängen.

Anmerkungen

- 1 Augen geradeaus!, Genug helfende Hände, aber kein Material mehr zum Abgeben: Gespräch mit dem Inspekteur der Streitkräftebasis, 9.4.20, augengeradeaus.net
- 2 IMI-Analyse 2020/15, Martin Kirsch, Die Bundeswehr und das Virus (I) - 28. Januar bis 15. März 2020 - Was bisher geschah, imi-online.de
- 3 Augen geradeaus!, Bundeswehr richtet sich auf langfristige Hilfe in Coronavirus-Pandemie ein, 19.03.20, augengeradeaus.net
- 4 Die Zeit, Thomas Wiegold, Die eiserne Reserve bereitet sich vor, 27.3.20, zeit.de
- 5 Lagebild Gemeinsamer Krisenstab BMI-BMG COVID-19, Stand: 16.4.2020, S. 12-13, via: fragdenstaat.de
- 6 Augen geradeaus!, Coronavirus-Pandemie und Bundeswehr – Sammler 12. Mai, 12.3.20, augengeradeaus.net
- 7 Lagebild Gemeinsamer Krisenstab BMI-BMG COVID-19
- 8 Mehr dazu im Absatz “Polizeiaufgaben für die Bundeswehr – vorerst abgelehnt“
- 9 Bundeswehr Exclusive, Desinfektion ohne Alkohol - Einsatz gegen Corona #13, 6.5.20, ab Min. 5, via: youtube.com
- 10 Ebd.

- 11 Streitkräftebasis, Mit wem telefonieren Sie, Hauptfeldwebel Maudrey?, o. D., bundeswehr.de
- 12 Augen geradeaus!, Coronavirus-Pandemie und Bundeswehr – Sammler 6. Mai, augengeradeaus.net
- 13 Augen geradeaus!, Coronavirus-Pandemie und Bundeswehr – Sammler 27. April, 27.4.20, augengeradeaus.net
- 14 Radio Bamberg, Soldat der „Helfenden Hände“ positiv auf Corona getestet, 20.4.20, radio-bamberg.de
- 15 Hamburger Morgenpost, „Helfer in Uniform“ Hamburg schickt Soldaten an die Corona-Front, 22.4.20, mopo.de
- 16 Zeitungsverlag Waiblingen, Bundeswehr unterstützt Isolierunterkunft für Flüchtlinge, 21.4.20, zvw.de
- 17 Streitkräftebasis, Amtshilfe: Bundeswehr unterstützt Flüchtlingsunterkunft, 14.5.20, bundeswehr.de
- 18 Mehr dazu im Absatz “Polizeiaufgaben für die Bundeswehr – vorerst abgelehnt“
- 19 Bundesministerium der Verteidigung, Corona-Pandemie: Bundeswehr beschafft medizinisches Material im großen Stil, 18.3.20, bmvg.de
- 20 Einsatz gegen Corona, Sonderseite der Bundeswehr, Corona: Bundeswehr versorgt Sachsen-Anhalt mit 221.000 Schutzmasken, 29.4.20, einsatzgegencorona.de
- 21 Sanitätsdienst der Bundeswehr, Forschung: Institut für Mikrobiologie im COVID-19-Modus, 6.4.20, bundeswehr.de
- 22 Beispielhaft zur Notklinik in Hannover: Sanitätsdienst, Sanitätskräfte der Bundeswehr unterstützen Corona-Klinik in Hannover, 21.4.20, bundeswehr.de
- 23 Bundeswehr, Kampf gegen das Coronavirus: Bundeswehr hilft bei Test von neuer App, 1.4.20, bundeswehr.de
- 24 Bundeswehr, In Ausnahmesituationen: Einsatz der Bundeswehr im Innern, o. D., bundeswehr.de
- 25 IMI-Analyse 2020/18, Martin Kirsch, An der Grenze der Verfassung und darüber hinaus, 30.3.2020, imi-online.de
- 26 Andrej Hunko, Pressemitteilung, Schwarz-Grüne Militarisierung: Bundeswehr-Bataillon sollte Corona-Ordnungswidrigkeiten verfolgen, 8.4.20, andrej-hunko.de
- 27 IMI-Analyse 2019/35, Martin Kirsch, BWTEX: Anti-Terror-Übung “katastrophischen Ausmaßes”?, 30.10.19, imi-online.de; und: IMI-Analyse 2017/10, Martin Kirsch, GETEX - Polizei und Bundeswehr üben Anti-Terror-Einsatz im Inland, 12.4.17, imi-online.de
- 28 Heer, Coronakrise: 10. Panzerdivision bereitet sich im Süden vor, 26.3.20, bundeswehr.de
- 29 Cyber- und Informationsraum BW, Unterstützung durch Digitalfunk Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), 16.4.20, bundeswehr.de
- 30 IMI-Analyse 2019/35; und: IMI-Analyse 2017/10, Martin Kirsch, GETEX - Polizei und Bundeswehr üben Anti-Terror-Einsatz im Inland, 12.4.17, imi-online.de

Rheinmetall entwaffnen: Antimilitarismus in Zeiten der Pandemie

Die Corona-Krise stellt auch uns als Bündnis "Rheinmetall entwaffnen" vor eine doppelte Herausforderung.

Die erste Herausforderung stellt sich unmittelbar an uns selbst: Es ist erforderlich, die eigene Arbeitsweise und Arbeitsfähigkeit zu überdenken. Das meint nicht nur das Umstellen auf Telefonkonferenzen und Online-Tools. Es geht auch um eine (gemeinsame) Einordnung, was die Seuche mit uns macht.

Viele Menschen haben berechtigte Angst. Wir sind da keine Ausnahme. [...] Wir müssen lernen, uns einzustellen auf eine Situation, in der wir alle gefährdet sind und in der wir ebenso andere gefährden könnten. Denn eine Epidemie ist kein Geschehen, das irgendwie über uns kommt. Die epidemische Entwicklung hängt davon ab, wie sich Menschen in ihrer Gesamtheit verhalten. Niemand weiß derzeit genau, wie lange die verordneten Einschränkungen der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit dauern. Die eigene Einschätzung, was vernünftig ist, wieviel Ansteckungsrisiko wir uns gegenseitig zumuten wollen, erfordert permanente Anpassung an reales Geschehen. [...] Die zweite Herausforderung besteht darin, den Blick und das Gespür für die politischen Entwicklungen, die die gegenwärtige Krise hervorbringen oder beschleunigen wird, nicht zu verlieren. Einige Punkte seien hier genannt:

Gegenwärtig scheint vieles zu gehen, was schon vorher richtig gewesen wäre und doch unmöglich schien: die Bedeutung von kaum geachteten und schlecht bezahlten Berufen wie Krankenpfleger*innen oder Supermarktbeschäftigten kann nicht länger unsichtbar gemacht werden; im Sozialbereich wird auf Bedürftigkeitsprüfungen verzichtet. Prekäre bekommen finanzielle Unterstützung. Soldat*innen werden aus dem Krieg zurückgeholt. Arbeits- und Mietverhältnisse werden geschützt. Der Begriff ‚Solidarität‘ erlebt in der Politik seine Wiederentdeckung. Öffentlich wird diskutiert, wie neoliberale Politik das Gesundheitssystem kaputtgespart und damit krisenanfällig gemacht hat. Dagegen steht: elementare Menschenrechte wie das Recht auf Asyl, das schon vor der Pandemie nichts mehr in Europa zählte, haben keine Chance, in dieser Krise durchgesetzt zu werden. An den Grenzen der EU wird es im Tränengas erstickt – mit Waffen aus Rüstungsbetrieben wie Rheinmetall. Dort geht die Produktion – von der Seuche unberührt – einfach weiter. Ein Klima von offen geäußertem Sozialdarwinismus droht an Boden zu gewinnen. Es seien ja „nur die Alten, die wegsterben, und die tun das früher oder später ohnehin“, so begründete Boris Johnson, warum in UK (zunächst) keinerlei Maßnahmen ergriffen wurden. Wie schnell breitet sich aus, dass viele Menschen so denken? Wann verbindet sich diese Haltung

mit der Forderung, das wirtschaftliche Leben müsse wieder in Gang gesetzt werden? Schon jetzt wird die Forderung laut, Alte pauschal zu isolieren, damit „das Leben weitergeht“! Der staatliche Umgang mit dem Virus beschleunigt und verdichtet autoritäre Innen- und der Außenpolitik. [...] Die Regierungen von Bund und Ländern verhängen umfassende Kontaktbeschränkungen über die gesamte Republik. In der Automobilbranche sind die Umsätze eingebrochen, die Produktion von Kriegsgerät hat das aber mehr als wettgemacht: 103.399.780,80 EUR will Rheinmetall seinen Aktionär*innen im Mai als Dividende ausschütten. [...] Ganz unverhohlen sprechen sich Politiker*innen inzwischen dafür aus, Armeen in alle Welt zu schicken; immer riesiger werdende Teile der Staatsausgaben werden für die Vorbereitung von Krieg bereitgestellt. Die Androhung soll glaubhaft, der Einsatz militärischer Gewalt durch eine deutsche beziehungsweise europäische Armee in allen erdenklichen Spannungslagen zu einer realistischen Option werden. Das sicherheitspolitische Paradigma, die EU auch militärischen zur Weltmacht zu entwickeln, wird durch das Corona-Virus nicht in Frage gestellt. Es steht zu befürchten, dass es auf diesen Prozess eher wirkt wie ein Katalysator.

Dafür, dass diese wahrscheinlich unzulänglichen Prognosen eintreten, besteht allerdings kein Automatismus. Die Menschen spüren, wie brüchig das herrschende System ist. Wir alle sollten uns fragen, wie wir mit einer imperialen Lebensweise brechen und grundlegende Veränderungen erreichen können. Die Kämpfe der widerständigen Vielfalt sind unsere Hoffnung und unser politischer Kompass. In diesen dynamischen Zeiten müssen wir uns vortasten ins politisch und zeitlich Unbestimmte.

Wie geht es weiter mit 'Rheinmetall Entwaffnen!'

In antimilitaristischen Camps trafen sich bislang drei Anliegen:

- Wir kommen zusammen – um uns auszutauschen, um mit- und aneinander zu lernen.
- Wir schaffen einen wahrnehmbaren Punkt und intervenieren damit in den gesellschaftlichen Diskurs.
- Wir greifen ein und stören die kriegerische Normalität.

Geplant war ein antimilitaristisches Camp für die Zeit vom 23. bis 30. August in Unterlüss bei Celle in Niedersachsen. Wir halten euch über unsere Kanäle auf dem Laufenden darüber, wie es damit weitergeht. [...].

Polizeigesetz Baden-Württemberg

Verschärfung während der Pandemie

von Stefan Gruber

In Baden-Württemberg steht die erneute Verschärfung des Polizeigesetzes an. Gerade jetzt, während der Corona-Krise, soll ein Gesetzesentwurf durchgebracht werden, der sich drastisch von den Ankündigungen der vergangenen Monate unterscheidet. Die Verabschiedung soll einmal mehr weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit passieren. Der Gesetzesentwurf wurde in den letzten Monaten an einigen Stellen grundlegend verändert. Über die zuletzt durchgeführten inhaltlichen Änderungen ist bisher in der Presse weder umfangreich noch differenziert diskutiert worden. Auch deuten Rechtschreibfehler im neuen Gesetzesentwurf auf eine sehr hektische und ungenaue Arbeitsweise hin.

Nach der Verabschiedung des neuen Polizeigesetzes sollen umfangreiche Durchsuchungen von Personen und Sachen im Zusammenhang mit Veranstaltungen und Ansammlungen, der Einsatz von Body Cams in Geschäftsräumen und Wohnungen, sowie grundlegend ausgeweitete Videoüberwachung im öffentlichen Raum ermöglicht werden. Forderungen nach einer Kennzeichnungspflicht, wie sie die Grünen bereits vor Jahren versprochen, sowie unabhängigen Ermittlungsstellen zur Aufklärung von polizeilichem Fehlverhalten bleiben weiterhin ungehört.

Ein scheinbar öffentlicher Prozess

Nachdem 2017 die letzte Verschärfung der Polizeigesetze in Baden-Württemberg im Versteckten geschehen ist,¹ entstand im vergangenen Jahr der Anschein, dass dies mit der neuen angekündigten Gesetzesänderung nicht geschieht. Im gesamten Jahresverlauf 2019 wurde über mögliche Inhalte dieses Gesetzes berichtet. Es gab Aktionen und Demonstrationen, die die geplanten Inhalte kritisierten und es entstand eine öffentliche Diskussion zum Thema. In einer Pressemitteilung im Dezember 2019 gaben die Grünen nach einer gemeinsamen Sitzung mit dem Koalitionspartner CDU konkret geplante Inhalte zum Gesetz bekannt. Doch schon

Mitte Januar schien diese Regelung nach Presseberichten wieder gekippt zu sein.²

Anfang März, als die Corona-Krise in Deutschland absehbar wurde, gab es dann erneut die Meldung einer Einigung der Koalition. Diese unterscheidet sich jedoch wesentlich von den Ankündigungen aus bisherigen Presseberichten. Die online veröffentlichte Pressemitteilung der Grünen unter dem Titel „Fragen & Antworten zum neuen Polizeigesetz“ wurde schlicht editiert³ und eine grundlegend erneuerte Version hochgeladen. Die alte Version ist online nicht mehr abrufbar.

Die markanteste Änderung zeigt sich aber bei der inhaltlichen Umkehrung der Ankündigung der „Stärkung der Rechte der Besucher*innen von Großveranstaltungen: Es dürfen keine anlasslosen Kontrollen stattfinden“.⁴ Diese Formulierung wandelte sich zu einer „Ermächtigungsgrundlage für Durchsuchung und Identitätsfeststellung von Personen, bei gefährdeten Großveranstaltungen durch die Polizei.“⁵ Und auch wenn diese Zusammenfassung wie das genaue Gegenteil der ursprünglichen Ankündigung wirkt, ist sie inhaltlich so ungenau formuliert, dass der Umfang der neuen Regelungen damit nur angedeutet wird.⁶

Beliebige Durchsuchung von Personen und Sachen

In der Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des neuen Gesetzestextes wird von neuen Rechtsgrundlagen „zur Personenfeststellung sowie zur Durchsuchung von Personen und Sachen bei Großveranstaltungen“⁷ gesprochen. Im Gesetzestext dazu wird sich nicht auf Großveranstaltungen bezogen, sondern von „öffentlichen Veranstaltungen und Ansammlungen“, „die ein besonderes Gefährdungsrisiko“⁸ aufweisen, die Rede. Dabei wird das pauschale Durchsuchen von Personen und Sachen um und bei Veranstaltungen und Ansammlungen möglich. Es kann also auch Unbeteiligte, die sich einfach zufällig in der Nähe aufhalten, treffen. Die Maßnahmen könnten auch verwendet

werden, um repressiv gegen Demonstrationen vorzugehen. Dies war bislang zwar bereits gängige Praxis der Polizei, aber eigentlich verfassungswidrig, weil dies potenziell an einer Demonstration Teilnehmende unverhältnismäßig einschüchtert und damit einen Verstoß gegen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit darstellt. Im Gesetzesentwurf soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, die eine Personenfeststellung und Durchsuchung ermöglicht, wenn eine Person in (irgendeinem) Zusammenhang mit einer als gefährlich klassifizierten Veranstaltung steht. Wie genau dieser Zusammenhang aussehen kann, wird nicht näher definiert und lässt damit mehr interpretatorische Freiräume als notwendig. Die Durchsuchung von Sachen und Personen nicht gleichzustellen, ist nicht nachvollziehbar! Von einer „sicheren Rechtsgrundlage“, wie sie die Grünen in ihrer ersten Pressemitteilung versprochen, keine Spur.⁹

Besonderes Gefährdungsrisiko?

Doch wann besteht ein sogenanntes besonderes Gefährdungsrisiko? Dies ist der Fall, wenn Verdacht auf terroristische Anschläge besteht oder aber „aufgrund der Art und Größe der Veranstaltungen und Ansammlungen erfahrungsgemäß erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit entstehen können.“¹⁰

Die „Größe der Veranstaltung“¹¹ kann Grund für eine solche Gefährdung sein. Also können bei Großveranstaltungen, die allein durch ihre Größe „erfahrungsgemäß“¹² eine potenzielle Gefährdung darstellen, jede und jeder kontrolliert werden, anlasslos. Doch werden nicht nur Großveranstaltungen, wie bisher in der Presse berichtet, einbezogen, sondern auch solche, durch deren „Art [...] erfahrungsgemäß [...] erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit entstehen“.¹³

Videoüberwachung - nicht nur an gefährdeten Orten

Das Aufnehmen von Bild und Ton durch Polizei und Ordnungsamt ist zukünftig an einer „Verkehrs- oder Versorgungsanlage oder -einrichtung, einem öffentlichen Verkehrsmittel, Amtsgebäude oder einem anderen besonders gefährdeten Objekt“¹⁴ möglich und erlaubt, „soweit Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass an oder in Objekten dieser Art Straftaten begangen werden sollen, durch die Personen, diese Objekte oder darin befindliche Sachen gefährdet sind“.¹⁵ Zudem wird die Aufzeichnung an sogenannten gefährdeten Orten ermöglicht. Dies legalisiert die Fortsetzung und Ausweitung der öffentlichen Videoüberwachung. Projekte wie in Mannheim, wo seit der letzten Verschärfung 2017 eine sogenannte „intelligente“ Videoüberwachung erprobt wird, können so an neuen Orten

entstehen. Seien es Gerichtsgebäude, der Bus oder die U Bahn - überall dort könnte nun von Polizei und Ordnungsamt gefilmt werden, wenn eine entsprechende Begründung vorgelegt wird. Ebenfalls ermöglicht wird die (eventuell verdeckte) Aufnahme von Menschen an teilweise nicht bekanntgegebenen Orten, da nicht davon auszugehen ist, dass alle „gefährdeten“ Orte bekannt sind. Es ist nicht transparent, welche Orte die Landesregierung als gefährdet einordnet. Die letzten Informationen finden sich in einer kleinen Anfrage der AfD an den Landtag.¹⁶ In dieser werden einige Deadlines für eine Evaluation genannt, die teilweise schon abgelaufen sind – damit verliert diese (aktuellste) Information ihre Aussagekraft. Ob weitere Orte klassifiziert wurden, ist unbekannt, ebenso wie die Frage, ob die damals bestehende Liste der Landesregierung vollständig war. Da die neuen Regelungen der Polizei eine enorme Rechteerweiterung an diesen Orten gewährt, wäre eine transparent geführte Auflistung eine mindeste Notwendigkeit. Auch der Einsatz von Body Cams in Wohnungen ist abzulehnen. „Denn Bodycams können die Ursachen von körperlicher und verbaler Gewalt in Form von sozialen Spannungen und Problemen nicht lösen, sondern maximal im Fall einer Eskalation temporär gewaltreduzierend und dokumentierend wirken“.¹⁷

Ein „Beteiligungsverfahren“

Es ist grundlegend zu befürworten, dass die Landesregierung die Möglichkeit bietet, die Bevölkerung in einen Beteiligungsprozess mit einzubeziehen. Allerdings verweist allein das Aktionsbündnis #NoPoIGBW gegen das neue Polizeigesetz auf seiner Website auf den Link. Es findet sich auf der Beteiligungswebsite der Satz: „Was Bürgerbeteiligung leisten kann, hängt immer von den Rahmenbedingungen ab. Je weiter die Planungen eines Projekts vorangeschritten sind und je weiter bereits wesentliche Eckpunkte beschlossen wurden, desto eingeschränkter ist eine Mitwirkung.“¹⁸ Die Planung des Projekts ist in diesem Fall (ohne Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen) allerdings weit vorangeschritten und somit sind die aktuellen Möglichkeiten der Mitwirkung sehr klein. Dies erweckt den Eindruck, dass eine Mitwirkung von Bürger*innen gar nicht erwünscht ist, sondern lediglich durch Scheinbeteiligung ein besseres Außenbild gefördert werden soll. Ein ernsthaftes Verfahren stellen wir uns anders vor. So eigentlich auch die Landesregierung: „Es geht [...] darum, dass die Bürgerschaft und Entscheidungsträgerinnen und -träger frühzeitig über einen politischen Prozess ins Gespräch kommen, Argumente austauschen und im Idealfall zu einer gemeinschaftlichen Entscheidung finden.“¹⁹



Mit neuen Polizeigesetzen ist alles doof.

Ein Sticker gegen die neuen Polizeigesetzverschärfungen in Baden Württemberg. Quelle: NoPolGBW.

Am liebsten still und heimlich

Es ist absurd, dass die Umsetzung neuer Polizeigesetze in Baden-Württemberg nur im Verdeckten geschieht: 2017 das letzte mal, und so wie es sich gerade abzeichnet 2020 erneut. Der grün-schwarzen Landesregierung ist hier bewusste Intransparenz zu unterstellen: Informationsseiten wurden ohne Hinweise auf vergangene Inhalte einfach abgeändert und auch wesentliche inhaltliche Änderungen nicht begründet. Eine solche Handlungsweise spricht in einer Zeit, in der die Corona-Krise die mediale Berichterstattung beherrscht, nicht für den Wunsch dieser Regierung, eine kritische Bürger*innenbeteiligung anzuregen. Böse Zungen könnten behaupten, dass die Krise als Mittel zum Zweck genutzt wird – spontan neue Inhalte einzubringen, denen vor einigen Monaten sehr kritisch öffentlich widersprochen wurde, würde jedenfalls dafür sprechen. Wir erinnern uns an Kretschmanns Worte zur Verschärfung des Polizeigesetzes 2017: „Wir gehen an die Grenze des verfassungsmäßig Machbaren“.²⁰ Spätestens mit der aktuellen Verschärfung könnte diese Grenze überschritten werden. Dass nun aufgrund der Corona-Krise Proteste praktisch nicht möglich sind, dürfte der Landesregierung dabei gut in die Karten spielen.

Anmerkungen

- 1 IMI-Analyse 2017/47: Alexander Kleiß: Neues Polizeigesetz in Baden-Württemberg. Militarisierung der Polizei und schwere Eingriffe in Grundrechte. 14.12.2017
- 2 SWR: Wegen Streit um Bleiberecht. Neues Polizeigesetz

- in Baden-Württemberg liegt auf Eis. 23.1.2020.
- 3 Die Grünen im Landtag: Polizeigesetz – Fragen und Antworten, 4.3.2020, abgerufen am 13.4.2020. Die alte Version, die unter demselben Link abrufbar war, ist nicht mehr online verfügbar und wurde überschrieben.
- 4 Ebd. - nicht mehr verfügbar.
- 5 Ebd. - nicht mehr verfügbar.
- 6 Beteiligungsportal Land Baden-Württemberg: Anpassung des Polizeigesetzes.
- 7 Gesetzesentwurf Neufassung Polizeigesetz, S.2.
- 8 Ebd., §34 Absatz 3, Satz 1.
- 9 Die Grünen im Landtag: Polizeigesetz – Fragen und Antworten, alte Version.
- 10 Gesetzesentwurf Neufassung Polizeigesetz, §44.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Gesetzesentwurf Neufassung Polizeigesetz, §44 Absatz 1, Nummer 2, Satz 1.
- 14 Gesetzesentwurf Neufassung Polizeigesetz, §27 Absatz 1, Nummer 4.
- 15 Gesetzesentwurf Neufassung Polizeigesetz, §44 Absatz 2.
- 16 Landtag Baden-Württemberg: Antwort des Innenministeriums auf die Kleine Anfrage „Gefährliche Orte in Baden-Württemberg, 13.12.2019.
- 17 digitalcourage: Stellungnahme von Digitalcourage e.V. zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zur Drucksache 6/1479. 11.3.2019.
- 18 Beteiligungsportal Land Baden-Württemberg: Demokratie lebt von den Bürgerinnen und Bürgern.
- 19 Ebd.
- 20 Merkur: Kretschmann: Notfalls verfassungsrechtliche Grenzen ausreizen. 14.1.2017.

Hotspot für rechte Umtriebe

Keine sichtbare Änderung beim Kommando Spezialkräfte

von Tobias Pflüger und Alexander Kleiß

Am 13.5.2020 wurde ein Depot mit 2.000 Schuss Munition und 2 kg Plastiksprengstoff aus Bundeswehrbeständen sowie einer Maschinenpistole, die unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fällt, ausgehoben. Dieses hatte Philipp Sch., ein Soldat des Kommando Spezialkräfte (KSK), in seinem Garten im sächsischen Collm angelegt.¹

Der Soldat war bereits im April 2017 aufgefallen – mutmaßlich bei einer Abschiedsparty für einen KSK-Kompaniechef, die aus dem Ruder gelaufen war: Es wurde von Hitlergrüßen und neo-nazistischer Musik berichtet. Bereits damals erschien ein IMI-Artikel mit der Überschrift „Braune Nostalgie beim KSK – keine Überraschung!“.² Schon damals waren die Zustände im KSK erschreckend, der Artikel schloss mit der Feststellung: „All dies zeigt, dass offen rechtsextreme Vorfälle, wie Hitlergrüße auf internen Feiern keineswegs Einzelfälle sein dürften. Vielmehr ist das KSK strukturell rechtsextrem, was von manchen Kommandeuren sogar gelobt und gefördert wurde. Es ist davon auszugehen, dass die dokumentierten Fälle nur die Spitze des Eisbergs darstellen.“³ Seitdem wurde offensichtlich, dass zahlreiche KSK-Soldaten Teil eines rechten Netzwerks in Bundeswehr, Polizei und Geheimdiensten sind.⁴

Bereits bei einem anderen KSK-Soldaten – André S., genannt „Hannibal“ – wurden Waffen und Munition aus Bundeswehrbeständen gefunden. Nun wurden erneut Waffen gefunden. Es hätte von Anfang an hart durchgegriffen werden müssen – und nicht erst auf Druck der Opposition. Das Vorgehen des Verteidigungsministeriums gegen rechte Netzwerke bei der Bundeswehr, speziell beim KSK, ist schleppend: Jahrelang passierte gar nichts, die Problematik wurde geleugnet, seit einem halben Jahr wird das Problem immerhin angegangen.

Neben Philipp Sch. wurde ein weitere rechtsextremer KSK-Soldat „enttarnt“. Dieser soll als Verbindungsoffizier in den USA eingesetzt gewesen sein und wegen Spenden an die „Identitäre Bewegung“ aufgefallen sein. Beide sollen nun entlassen werden.

Mit dem Waffen- und Sprengstoffdepot wird eine weitere Dimension gefährlicher rechtsextremer Aktivitäten in der Bundeswehr offensichtlich. Es war überfällig, dass auch das Ministerium, die Ministerin und der MAD rechte Netzwerke endlich klar benennen, wie dies Annegret Kramp-Karrenbauer nun tat: Sie sprach erneut von der Möglichkeit, dass sich in der weitgehend abgeschotteten Einheit ein rechtsextremes Netzwerk gebildet haben könnte. Darauf weisen wir bereits seit Langem hin. Speziell das Kommando Spezialkräfte ist offensichtlich ein Hotspot für rechte Umtriebe. Das ist nicht weiter verwunderlich. Das hat auch mit dem Elitegedanken beim KSK und der besonderen Kampforientierung zu tun. Jahrelang wurde bei Einstellungen nicht wirklich entschieden darauf geachtet, wer eben – auch aus dem rechten Umfeld – von so einer Spezialtruppe angezogen wird. Letztes Jahr teilte uns das Verteidigungsministerium noch mit: „Dem MAD liegen keine Erkenntnisse vor, dass im Umfeld des KSK rechtsterroristische Netzwerke existieren würden oder im Entstehen begriffen wären.“⁵

Wir fordern nun endlich eine lückenlose Aufklärung und ein hartes Durchgreifen des Ministeriums gegen diese rechten Netzwerke in der Bundeswehr.

Anmerkungen:

- 1 Spiegel Online: Ermittler finden AK-47 und Sprengstoff bei KSK-Elitesoldat. 13.5.2020.
- 2 IMI-Standpunkt 2017/026: Alexander Kleiß: Braune Nostalgie beim KSK – keine Überraschung!
- 3 Ebd.
- 4 IMI-Studie 2019/04b: Luca Heyer: Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten.
- 5 Kleine Anfrage: Neonazismus- und Sexismusvorwürfe beim KSK. Drucksache 19/7513. 4.2.2019.

Cyber Valley, MPI und US-Geheimdienste

Ein militärisch-forschungsindustrieller Komplex?

von Christoph Marischka

Die Fragen um die militärische Relevanz und Nutzbarkeit der Forschung im Cyber Valley war – neben etwa den Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt – durchgehend ein Thema bei den Auseinandersetzungen um den Forschungscampus. Die Universität behauptet in ihren FAQs zum Cyber Valley bis heute: „Nein, es gibt keine Rüstungsforschung – weder im Rahmen der Cyber Valley Initiative noch innerhalb der Universitäten und der Max-Planck-Institute. Dies ist alleine schon durch die Zivilklausel der Universität Tübingen sowie die Regeln der Max-Planck-Gesellschaft zum verantwortungsvollen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken ausgeschlossen. Jedoch muss auch in der wissensgetriebenen Grundlagenforschung die sogenannte ‚Dual Use‘-Problematik beachtet werden: Ergebnisse der Grundlagenforschung sind meist nicht vorhersehbar und lassen sich vielfach ebenso für nützliche wie auch für zerstörerische Zwecke nutzen. In diesem komplexen Spannungsfeld von Nutzen und Risiken ist die Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft und den Universitäten dem Wohl der Menschheit und dem Schutz der Umwelt verpflichtet“.¹

Die IARPA forscht mit

Nun wurde bekannt, dass eine der Cyber-Valley-Forschungsgruppen das IARPA-Programm MICrONS als Finanzierungsquelle angibt. Bei der IARPA handelt es sich um die gemeinsame Forschungsagentur der 16 US-Geheimdienste, der sog. ‚Intelligence Community‘. Sie wurde 2006 auf der Grundlage des ‚Büros für disruptive Innovationen‘ der National Security Agency (NSA) nach dem Vorbild der DARPA – der Forschungsagentur des Pentagons – aufgebaut. Auf ihrer Homepage beschreibt sie ihre Aufgabe damit, „die langfristigen Bedürfnisse der Intelligence Community zu antizipieren und dieser Forschung und technische Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen“.² Im Gegensatz zur DARPA, die in der Breite und Fläche eine schier

unüberschaubare Zahl von Programmen und Projekten fördert und aus der US-Forschungslandschaft kaum wegzudenken ist (und sie damit auch wesentlich strukturiert), verfolgt die IARPA im aktuellen Förderzyklus „nur“ 31 Programme, von denen eines MICrONS ist, mit dem das Cyber Valley und Amazon auf verschiedene Arten verbunden sind.

Aktuell gibt die IARPA vier Forschungsschwerpunkte an: Der Bereich „Analyse“ strebt danach, „die Einsicht, die sich aus den von uns gesammelten Informationen ergibt, zu maximieren“. Unter dem Stichwort „antizipierende Aufklärung“ werden „Technologien entwickelt, die Entscheidungsträger*innen mit aktuellen und akkuraten Prognosen für eine Bandbreite von Ereignissen versorgen, die für die nationale Sicherheit relevant sein können“. Der Bereich „Collection“ zielt darauf ab, „den Wert der gesammelten Daten qualitativ zu verbessern“. Unter dem sehr allgemeinen Begriff „Computing“ werden zuletzt Anstrengungen zusammengefasst, um „neuen Fähigkeiten unserer Gegenspieler entgegenzuwirken, die unseren Möglichkeiten, in einer vernetzten Gesellschaft frei und effektiv zu handeln, behindern könnten“.³ Dabei geht es in einem weiteren Sinne um die Cybersicherheit und in einem sehr allgemeinen Sinne um die Erhöhung der Rechenleistung. Letztere soll v.a. auch ermöglichen, die eigene Kommunikation zu verschlüsseln, während die Verschlüsselung von „Gegenspielern“ geknackt werden kann. Auch wenn in allen vier Bereichen auch recht grundsätzliche Forschung stattfindet, so ist ein Bezug zur ‚Nationalen Sicherheit‘ der USA dabei zwingend und in jedem Fall ausformuliert. Unter ‚Nationaler Sicherheit‘ wird in den USA eine große Bandbreite von Zielen verstanden, die ‚Innere Sicherheit‘, die Verteidigung im engeren Sinne sowie die Sicherung einer globalen Vormachtstellung zusammenfassen.

Das Projekt MICrONS wurde der interessierten Fachöffentlichkeit bei einem sog. „Proposers Day“ am 17. Juli 2014 vorgestellt. Die entsprechende Präsentations-

tion findet sich bis heute auf der Homepage der IARPA.⁴ Diese Präsentation zielt explizit darauf ab, das Publikum über den Charakter der IARPA aufzuklären und über die Besonderheiten bei der Zusammenarbeit mit der IARPA zu informieren. Bereits zu Beginn enthält sie eine Folie zur ‚Intelligence Community‘ als Auflistung der Geheimdienstbehörden und Teilstreitkräfte, denen die IARPA zuarbeitet, darunter das FBI, die CIA, die NSA, die Defence Intelligence Agency, die Army, die US-Luftwaffe, die US-Marine und das Department of Homeland Security. Im abschließenden Abschnitt wird zweimal unmittelbar hintereinander und nahezu wortgleich festgehalten: „Dies ist anwendungsorientierte Forschung für die Intelligence Community“ (Folie 64). Zwei weitere Folien beschäftigen sich mit den Urheber- und Publikationsrechten, die grundsätzlich (d.h. abweichende Regelungen sind möglich) der US-Regierung Zugriff auf die Urheberrechte ermöglichen und Publikationen im Rahmen der Projekte ermutigen, eine vorhergehende Vorlage bei der IARPA mit Widerspruchsrecht jedoch vorsehen (Folie 58). Beworben hat sich auf das Programm u.a. eine Forschungsgruppe unter der Leitung von Andreas Tolias vom Baylor College of Medicine in Houston, Texas, gemeinsam mit Matthias Bethge von der Universität Tübingen und dem Max-Planck-Institut für biologische Kybernetik, ebenfalls in Tübingen. Insgesamt wurden drei solcher Forschungsgruppen im Rahmen von MICrONs beauftragt, die Gruppe unter Leitung von Tolias und Beteiligung von Bethge (NINAI) war eine davon.

Wie die IARPA nach Tübingen kam

Matthias Bethge hatte Physik in Göttingen studiert und war seit 2005 unter Bernhard Schölkopf am Max Planck Institut für biologische Kybernetik beschäftigt und erforschte damals bereits mit „psychophysikalischen“ Methoden das Sehen von Säugetieren. 2009 erhielt er zusätzlich einen Lehrstuhl für ‚Computational Neuroscience‘ am Institut für theoretische Physik der Universität Tübingen. 2010 wurde er Koordinator des damals gegründeten Tübinger Bernstein-Zentrums zur Erforschung der Sinneswahrnehmung, seit 2018 übernimmt er dieselbe Funktion beim Tübingen AI Center (TUEAI), einem von vier solchen Zentren bundesweit, die ebenso wie das Bernstein-Netzwerk vom BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) finanziert werden. Bethge selbst gibt auf seiner Homepage⁵ eine Förderung durch die IARPA seit 2015 – also seit Beginn des MICrONs-Programms – an. Die Forschungsdatenbank der Universität Tübingen (FIT) nennt für die Zeiträume 2017-2019 (Phase 2) und 2019-2021 (Phase 3) die IARPA als Drittmittelgeber für Bethge.

Neben dem „Bethgelab“ gibt die Cyber-Valley-Forschungsgruppe „Neuronal Intelligence“ das IARPA-Programm MICrONs als Finanzierungsquelle an.⁶ Bei diesen Forschungsgruppen handelt es sich – neben Stiftungsprofessuren – um den eigentlichen bzw. formalen Kern des Cyber Valleys. In jener Pressemitteilung aus dem Dezember 2016, die über die Unterzeichnung des entsprechenden Kooperationsvertrages zwischen Industrie, Landesregierung und Universitäten berichtete und damit die Öffentlichkeit über das Forschungsprogramm informierte, hieß es bereits: „In einem ersten Schritt werden neun und später weitere fünf Cyber Valley Forschungsgruppen eingerichtet, die durch das Land, die Kernpartner [aus der Industrie] sowie durch ein Konsortium baden-württembergischer Stiftungen finanziert werden“.

Unter dem Titel „Cyber Valley zieht Forschungsgruppenleiter aus aller Welt an“ informierte das Cyber Valley dann im Mai 2018: „Das Cyber Valley wächst um zehn neue Forschungsgruppen, die an der Weltpitze der Forschung im Bereich künstliche Intelligenz stehen. Die Gruppen erhalten eine umfangreiche wissenschaftliche Ausstattung und werden von jungen Spitzenforschern geleitet, die in einem hoch selektiven Auswahlverfahren aus aller Welt rekrutiert wurden“.⁷

Als einer dieser Forschungsgruppenleiter wurde Fabian Sinz vorgestellt: „Dr. Fabian Sinz wird ab Herbst die Gruppe ‚Neuronal Intelligence‘ an der Universität Tübingen leiten. Dort wird er sich mit neuronalen Schaltkreisen im Gehirn beschäftigen – den Bausteinen intelligenter Systeme. Ein zentrales Ziel seiner KI-Forschung ist es, intelligente Systeme zu entwickeln, die so vielseitig sowie lern- und leistungsfähig sind wie Säugetiergehirne“. Worin das „hoch selektive Auswahlverfahren“ bestand und ob es sich nicht eher um alte Seilschaften handelte, bleibt in der Presseerklärung offen. Allerdings verheimlicht sie nicht, dass Sinz „Bioinformatik und Philosophie in Tübingen studiert“ und anschließend bei Matthias Bethge seine Doktorarbeit am Max Planck Institut für biologische Kybernetik geschrieben und dort auch mit Bernhard Schölkopf zusammengearbeitet hat.

Weiter heißt es in der Vorstellung des neuen Forschungsgruppenleiters: „Für seinen zweiten Postdoc wechselte er in das Labor von Andreas Tolias am Baylor College of Medicine (BCM) in Houston, wo er aktuell am visuellen System von Mäusen forscht und vor kurzem zum Research Assistant Professor befördert wurde“. Unmittelbar vor seiner Berufung als Forschungsgruppenleiter nach Tübingen war er also beim Leiter der IARPA-Forschungsgruppe NINAI im Rahmen des MICrONs-Programms tätig und forschte hier zum „visuellen System von Mäusen“, um das es auch bei MICrONs geht. Seine Forschungsgruppe gibt



Demonstration gegen das Cyber Valley in Tübingen. Quelle: Matthias Rude

seit 2018 ebenfalls das IARPA-Programm als Finanzierungsquelle an – ebenso wie sein ehemaliger Doktorvater Bethge.

MICrONS:

Grundlagenforschung für wen und warum?

Nachdem die IARPA-Beteiligung am Cyber Valley zwei Jahre später öffentlich bekannt und u.a. durch das „Bündnis gegen das Cyber Valley“, das Tübinger Friedensplenum/Antikriegsbündnis und die Linke Gemeinderatsfraktion problematisiert wurde,⁸ reagierten die Universität und die beteiligten Forscher*innen, wie zu erwarten war: „Beim MICrONS-Projekt ginge es [...] nicht um geheimdienstliche Anwendung, sondern um ‚freie Grundlagenforschung‘“, so Fabian Sinz gegenüber dem Reutlinger Generalanzeiger (GEA). „Die Ergebnisse von MICrONS sind aus unserer Sicht weder unmittelbar geheimdienstlich noch militärisch nutzbar“, wird im selben Beitrag die Uni zitiert. Diese habe „das Projekt vor Beginn der Förderung geprüft und als unbedenklich eingestuft“. Außerdem verweist Sinz darauf, „dass man bei dem Projekt nur ein Partner eines großen Forschungsverbundes sei. Den eigentlichen Zuschlag bekam nämlich das Baylor College of Medicine in Houston, Texas, das dieses Teilprojekt nach Tübingen weiterreichte“. Der Pressesprecher der Universität Tübingen Karl G. Rijkhoek wird gar mit der Aussage zitiert, „[n]ichts am Projekt MICrONS sei geheim und ‚nichts davon ist von einem Geheimdienst nutzbar‘.“⁹ Das freilich ist in dieser Pauschalität eine gewagte These.

Der GEA beschreibt den Inhalt des Projektes MICrONS folgendermaßen: „Konkret gehe es darum, ‚das für das Sehen zuständige Hirnareal von Mäusen zu analysieren und Erkenntnisse auf technische Systeme zu übertragen, maßgeblich mit Methoden des Maschinellen Lernens‘, erläutert die Pressestelle der Universität Tübingen. Die grundlegende Frage hierbei ist, ‚warum wir mit unserem Sehsystem mühelos Dinge in komplexen Situationen erkennen und einordnen können, während rechnerbasierte Systeme daran immer noch regelmäßig scheitern‘“. Ziel sei die „Hirnforschung für Maschinelle Intelligenz, um eine weniger künstliche Intelligenz zu konstruieren“, so lautet die kurze Beschreibung auf der Homepage der Forschungsgruppe NINAI.¹⁰ Die IARPA fasst das Ziel des MICrONS-Programms prägnant mit einem „Reverse-Engineering des Gehirns“ zusammen. Hierzu soll ein Quadratmillimeter des visuellen Kortex von Mäusen vermessen und quasi beim Denken bzw. „Erkennen“ beobachtet werden, um daraus Algorithmen für sog. Künstliche Neuronale Netze abzuleiten. Hiervon erhofft sich die IARPA eine „Revolutionierung des Maschinellen Lernens“.¹¹

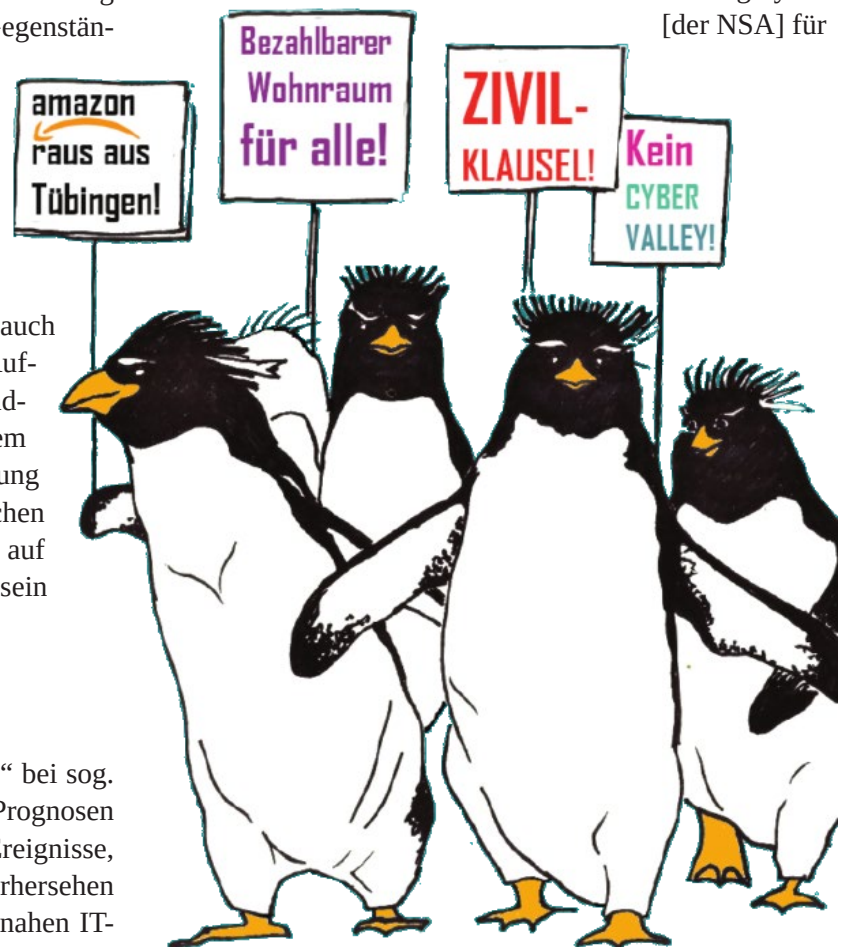
Worin diese bestehen soll, verdeutlicht ein Beitrag der Technology Review des MIT über das MICrONS-Programm. Ein beteiligter, David Cox aus Harvard, beschreibt darin die bisherigen Probleme des Maschinellen Lernens: Wenn man eine KI dazu bringen wolle, Hunde zu erkennen, müsse man ihr erst „tausende Dinge zeigen, die Hunde sind und tausende Dinge, die keine Hunde sind“. Seiner Tochter hingegen habe ein Hund gereicht, um seitdem Hunde von anderen

Dingen unterscheiden zu können. Das meint auch die Forschungsgruppe NINAI mit ihrer Zielvorgabe, eine „weniger künstliche Intelligenz“ zu schaffen. Die IARPA hat hierfür recht konkrete Vorgaben nicht nur zum Umfang des zu untersuchenden Hirnareals gemacht, sondern auch zur zeitlichen und räumlichen Auflösung, in der neuronale Aktivitäten aufgezeichnet werden sollen. Laut Technology Review ergeben sich daraus wohl etwa 100.000 Neuronen und ca. eine Milliarde Synapsen, deren Tätigkeiten überwacht werden sollen – nach Vorstellung der IARPA mit vier Hertz, also sozusagen vier Aufnahmen pro Sekunde. Die drei Forschungsgruppen, darunter NINAI mit wesentlicher Tübinger Beteiligung, die letztlich den Zuschlag von der IARPA erhielten, unterscheiden sich u.a. danach, welche neuronalen Aktivitäten sie dabei wie erfassen. Es werden fluoreszierende Proteine injiziert, mithilfe modifizierter Viren Neuronen individuell etikettiert¹² und/oder Mäusehirne in hauchdünne Scheiben zerschnitten und anschließend kartiert. Es ist davon auszugehen, dass die Mäuse zwischenzeitlich dazu gebracht werden, Kategorisierungsaufgaben zu erfüllen,¹³ bevor sie getötet werden. Gemeinsam ist allen Ansätzen, dass riesige Datenmengen anfallen. Aus diesen sollen dann Algorithmen abgeleitet werden, nach denen das Gehirn vermeintlich arbeitet, um diese in Computersystemen zu modellieren. Ziel ist es, zu einer ähnlichen Leistung beim Erkennen und Kategorisieren von Gegenständen zu kommen wie die untersuchten Säugtiere. Als konkrete Aufgabenstellung wurde dabei von der IARPA das „Scene Parsing“, also die Zerlegung komplexer Szenerien in einzelne Gegenstände und Vorgänge, ausgegeben – nicht nur, weil es dafür „zahlreiche Anwendungen in der Geheimdienstarbeit gibt“, sondern auch weil es sich um die „einfachste schwere Aufgabe“ handele, anhand derer sich der grundsätzliche Erfolg bewerten ließe.¹⁴ Außerdem wurde ausgegeben, dass diese Modellierung neurologischer Vorgänge von der sensorischen Verarbeitung abstrahierbar sein und also auf alle möglichen Arten von Daten anwendbar sein sollte.

Big-Data-Verarbeitung und Prognose

Ziel ist letzten Endes ein „Quantensprung“ bei sog. ‚Künstlichen Neuronalen Netzen‘, die v.a. Prognosen ermöglichen sollen, die nicht nur „gelernte“ Ereignisse, sondern auch neue Formen derselben vorhersehen können. Das Branchenmagazin der rüstungsnahen IT-Industrie in den USA, „Signal“, nennt im Zusammenhang mit MICrONS und anderen IARPA-Programmen

u.a. „politische Instabilität, militärische Mobilisierung, Epidemien und Cyberangriffe“.¹⁵ Vonseiten der IARPA wird neben Cyberangriffen v.a. immer wieder die Prognose von Wirtschaftskrisen als Anwendung ins Spiel gebracht – wie gesagt aber stets im Zusammenhang mit der ‚National Security‘. Der Scientific American beispielsweise zitiert den (damaligen) MICrONS-Programmmanager Jacob Vogelstein, wonach die IARPA davon ausgehe, dass diese „substantielle Investition“ einen „transformativen Effekt auf die Intelligence Community“ haben werde.¹⁶ Anderswo ist von einer „Revolutionierung“ die Rede. Das in der Tech-Szene beliebte Nachrichtenportal GeekWire meint nüchtern: „Man kann davon ausgehen, dass neue Programme zur Künstlichen Intelligenz, die durch MICrONS inspiriert werden, den Vereinigten Staaten einen Vorsprung dabei verschaffen, Daten zum Zwecke der Nationalen Sicherheit auszuwerten“.¹⁷ Genau um diesen Vorsprung geht es ja auch in der entsprechenden Programmlinie (‚Computing‘) der IARPA. Er soll u.a. die Möglichkeiten bereitstellen, mit denen die Programmlinien ‚Analyse‘, ‚antizipierende Aufklärung‘ und ‚Collection‘ arbeiten. Welche Herausforderungen die IARPA hier sieht, beschrieb Erich Mönchel bereits 2013, vor dem Beginn des aktuellen Programmzyklus, in einer Artikelserie für den ORF: „XKeyscore, das in Gebrauch befindliche Auswertungssystem [der NSA] für



Quelle: NoCyberValley.

[ein] babylonisches Datensammelsurium ist seit mindestens sechs Jahren im operativen Betrieb [...], zu dieser Zeit war Mark Zuckerberg noch auf dem College, von Sozialen Netzwerken war noch ebenso wenig die Rede wie von Smartphones, mobile Breitbandnetze befanden sich erst in der Phase des Roll-out“.¹⁸

Als eine Reaktion auf die Zunahme an Menge und Vielfalt der Daten beschreibt Mönchel später das IARPA-Programm ‚CAUSE‘: „Die Forschungsabteilung IARPA hat Ende Jänner [2015] mit CAUSE das erste Programm gestartet, zu dem auch Teilnehmer zugelassen sind, die über keine Sicherheitsüberprüfung verfügen. Das ist umso erstaunlicher, weil es bei CAUSE um Methoden zur Analyse der gewaltigen Datenmengen geht, die von der NSA täglich abgezapft werden. Ziel des Programmes ist es, aus den Daten Voraussagen abzuleiten, wann und wo ein Terrorakt wahrscheinlich ist“.¹⁹

Der Beitrag ist auch deshalb interessant, weil er veranschaulicht, warum die Geheimdienste über die IARPA gerne zivile Forschungseinrichtungen (und Unternehmen) einbinden und was sie sich davon erhoffen: „Da die IARPA ihre internen Sicherheitsvorschriften wesentlich flexibler handhaben kann, eröffnen sich hier wesentlich mehr Möglichkeiten, um qualifizierte Forscher aus dem Zivilbereich einzubinden. Das bestätigte auch die Forschungsdirektorin der NSA, Deborah Frincke, in der jüngsten Ausgabe der militärischen Fachzeitschrift ‚Signal Magazine‘ von Anfang März. Die Partnerschaft der NSA mit der IARPA sei ein ‚großartiges Beispiel dafür, wie wir uns deren Möglichkeiten zunutze machen können‘, sagte Frincke und nannte dabei die wesentlich breitere Basis der IARPA an Forschern und ihre Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit als wesentliche Gründe“.

Henne oder Ei: die MPI-Connection

Das IARPA-Projekt NINAI gibt neben Bethge und Sinz noch weitere Beteiligte aus Tübingen an.²⁰ Darunter befindet sich Philipp Berens. Im Juli 2018 berichtet das Bernstein-Netzwerk über die Vergabe eines Lehrstuhls der Universität an Berens: „Die Universität Tübingen baut ihre Expertise im Bereich der Künstlichen Intelligenz weiter aus: Fünf neue Professuren wurden mit WissenschaftlerInnen besetzt, die im Bereich des Maschinellen Lernens forschen.“²¹ Auch Berens hatte jedoch bereits an der Uni Tübingen studiert war anschließend Doktorand am MPI für biologische Kybernetik in Tübingen und (unter Andreas Tolia, dem NINAI-Projektleiter) am Baylor College of Medicine in Houston, bevor er als Post-Doc wieder nach Tübingen ins Labor von Matthias Bethge wechselte. Eine ganz ähnliche Biographie weist Alexander

Ecker auf, der 2008 sein Informatik-Diplom in Tübingen gemacht hat, nachdem er bereits zuvor am MPI für biologische Kybernetik beschäftigt war. Anschließend wechselte er als Doktorand zu Tolia nach Houston, bevor er 2013 nach Tübingen zurückkehrte und wiederum am MPI für biologische Kybernetik tätig war. Auch er wird als Beteiligter an NINAI aufgeführt. Außerdem ist er Mitbegründer zweier Startups, Layer7AI und Deepart, an denen auch Matthias Bethge beteiligt ist. Beide Körperschaften wurden als „Related Startups“ auf der Homepage der IARPA-Arbeitsgruppe NINAI geführt, bis ein erster kritischer Artikel über die IARPA-Forschung in Tübingen erschien. Außerdem werden aus Tübingen als Beteiligte Jörn-Henrik Jacobsen, ehemaliger Mitarbeiter von Bethge, und Wieland Brendel, ebenfalls Mitbegründer von Layer7AI, genannt. Mittlerweile werden von NINAI nur noch zwei ‚Related Startups‘ angegeben, darunter Vathes LLC, ein von Andreas Tolia gegründetes Unternehmen, an dem mehrere seiner Mitarbeiter beteiligt sind, die wiederum als Mitglied bei NINAI genannt werden. Vathes bietet in Kooperation mit Amazon Web Services (AWS) Dienstleistungen für die Big-Data-Verwaltung an und erhielt eine Anschubfinanzierung durch die DARPA.²² Laut Scientific American ging die IARPA zur Verarbeitung der enormen Datenmengen, die im Rahmen von MICrONS anfallen, eine Partnerschaft mit Amazon ein. Auf der Website von Amazon Web Services stellt ein Wissenschaftler der Johns Hopkins University eine Datenbank mit dem Namen „The Boss“ vor, die im Rahmen des MICrONS-Projektes auf der Grundlage von AWS entwickelt wurde,²³ auf mehreren Konferenzen wurden das IARPA-Projekt und „Boss“ von Amazon-Mitarbeiter*innen vorgestellt und viele



Collage von Bildern der Anti-Cyber-Valley-Demo in Tübingen am 29.11.2018. Quellen: Matthias Rude

an MICrONS beteiligte Institute und Wissenschaftler erhalten zugleich eine Förderung von Amazon. Das gilt auch für die Cyber-Valley-Forschungsgruppe von Fabian Sinz. Neben der IARPA gibt sie den ‚AWS Machine Learning Research Award‘ als Finanzierungsquelle an. Dabei geht es laut Homepage ebenfalls um die Erstellung eines „sehr großen prädiktiven Modells des visuellen Cortex‘ von Mäusen“.²⁴ Zumindest auf den ersten Blick scheint es so, als würde die Forschungsförderung von Amazon und der IARPA gut zusammenpassen oder als sei sie gar aufeinander abgestimmt. Wenn aus MICrONS also tatsächlich ‚Künstliche Neuronale Netze‘ der nächsten Generation hervorgehen, spricht einiges dafür, dass diese auf Infrastruktur von Amazon implementiert werden. Da passt es einerseits gut, dass Amazon aktuell unmittelbar neben dem MPI für biologische Kybernetik ein Entwicklungszentrum für Maschinelles Lernen baut und andererseits, dass Amazon jetzt schon wichtigster Dienstleister für Cloud-Infrastrukturen der US-Geheimdienste ist.²⁵

„Freie Grundlagenforschung“?

Gegenüber dem GEA bezeichnete Sinz seine Arbeit als „freie Grundlagenforschung“. Es sei nicht sein Interesse, „dem Geheimdienst zuzuarbeiten“.²⁶ Abgesehen davon, dass die IARPA u.a. beim ‚Proposers Day‘ klar auf den geheimdienstlichen Hintergrund ihrer Arbeit und die Interessen der ‚Intelligence Community‘, u.a. am ‚Scene Parsing‘, hinwies und das übergeordnete Interesse an der eigenen Überlegenheit bei Rechenkapazitäten zum Zwecke der ‚Nationalen Sicherheit‘ bis heute bei der Beschreibung der entsprechenden Programmlinie (‚Computing‘) offen benennt, scheint dies fragwürdig. Unabhängig von der konkreten Natur der Geldgeber ist überhaupt erstaunlich, dass bei Drittmitteln immer wieder unbedarft von „freier Forschung“ gesprochen wird, wo doch klar ist, dass über die Vergabe von Gelder durchaus beeinflusst wird, woran in welchem Umfang geforscht wird und woran nicht. Bei Drittmittelgebern wie der IARPA sollte durchaus die Frage erörtert werden, welche Absicht damit verfolgt und wie damit die Forschungslandschaft strukturiert wird.

Anmerkungen

- 1 „Häufig gestellte Fragen zum Cyber Valley“, uni-tuebingen.de.
- 2 „About IARPA“, iarpa.gov.
- 3 Ebd.
- 4 IARPA (Office of Safe and Secure Operations): Machine Intelligence from Cortical Networks (MICrONS) Proposers’ Day Conference, iarpa.gov.
- 5 <http://bethgelab.org/home/funding/>.

- 6 <https://sinzlab.org/funding.html>.
- 7 „Cyber Valley zieht Forschungsgruppenleiter aus aller Welt an“, cyber-valley.de vom 25.5.2018.
- 8 Christoph Marischka: Cyber Valley - Forschungsgruppe von US-Geheimdiensten finanziert, IMI-Standpunkt 2020/014.
- 9 Arnfried Lenschow: Mit dem Geld des Geheimdienstes, Reutlinger Generalanzeiger vom 9.5.2020.
- 10 Ninai.org.
- 11 „Machine Intelligence from Cortical Networks (MICrONS)“, iarpa.gov.
- 12 Vgl. Johann Grolle: Der Mann, der Gedanken lesen kann, spiegel.de vom 18.1.2018.
- 13 Hierzu finden sich Informationen auf der Homepage des slowenischen Unternehmens ‚Visible‘, welches hierfür als Dienstleister die virtuelle Umgebung bereitstellt.
- 14 IARPA (Office of Safe and Secure Operations), a.a.O., Folie 43.
- 15 Robert K. Ackerman: Seeing Is Believing For Artificial Intelligence, www.afcea.org vom 1.9.2017.
- 16 Jordana Cepelewicz: The U.S. Government Launches a \$100-Million ‘Apollo Project of the Brain’, scientificamerican.com vom 8.3.2016.
- 17 Alan Boyle: Allen Institute joins in IARPA’s massive MICrONS project to create a tiny bit of virtual brain tissue, geekwire.com vom 10.3.2016.
- 18 Erich Möchel: Die neuen Überwachungsprogramme der NSA, fm4v3.orf.at vom 24.10.2013.
- 19 Erich Möchel: US-Geheimdienstkomplex wird umgekrempt, fm4v3.orf.at vom 15.3.2015.
- 20 Ninai.org.
- 21 „Neue Expertise zur Künstlichen Intelligenz“, bernstein-network.de.
- 22 „DataJoint Neuro is run by Vathes LLC based in Houston, Texas. Vathes LLC spun off from the Lab of Andreas Tolias at Baylor College of Medicine in 2017 after receiving initial SBIR funding from DARPA“, siehe: „About“, datajointneuro.io.
- 23 AWS Public Sector Blog Team: The Boss - A Petascale Database for Large-Scale Neuroscience Powered by Serverless Technologies, aws.amazon.com vom 22.8.2017.
- 24 Sinzlab.org.
- 25 Arkadi Schelling: Künstliche Intelligenz als Cloud Service. Folgen für Gesellschaft, Geheimdienst und Militär, IMI-Analyse 2019/16.
- 26 Arnfried Lenschow, a.a.O.

Die vollständige Versionen dieser gekürzte Fassung findet sich als IMI Studie 2020/3 unter: imi-online.de.

Fauler Tornado-Kompromiss

Milliardenteure Anschaffung von Eurofighter und F-18

von Jürgen Wagner

Seit mehr als zwei Jahren tobt in Deutschland der Streit um die Nachfolge der alternden Tornado-Flotte, die bis 2025 über die Bühne sein soll. Involviert sind dabei eine ganze Reihe interessierter Akteure vom Militär über die Industrie und die Gewerkschaften bis hin zur Politik. Zur Auswahl standen dabei lange drei Modelle: die F-35 von Lockheed Martin; die F-18 von Boeing; und dann noch die EU-Hausmarke Eurofighter von Airbus. Da jede Option für eine grundlegende Richtungsentscheidung steht, wurde die Entscheidung immer wieder verschoben. Nachdem die F-35 schon länger aus dem Rennen war, wurde Ende März 2020 aber berichtet, es sei eine Vorentscheidung gefallen, die man auch als faulen – und vor allem auch teuren – Kompromiss bezeichnen könnte: demzufolge soll eine Mischflotte aus Eurofightern und F-18 angeschafft werden.

Am 21. April 2020 informierte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer dann die Abgeordneten von Verteidigungs- und Haushaltsausschuss auch offiziell, ihr Haus präferiere die Anschaffung von 93 Eurofightern und insgesamt 45 F-18. Die SPD begegnet dem Vorschlag wiederum mit gemischten Gefühlen: Denn dort wird in Teilen aufgrund industriepolitischer Interessen eine ausschließliche Eurofighter-Lösung bevorzugt. Außerdem möchte man sich mit Blick auf die anstehenden Wahlen auch nicht mit einem Bekenntnis zu den F-18 und damit zur „Nuklearen Teilhabe“ und der damit zusammenhängenden Stationierung von Atomwaffen in Deutschland die Hände schmutzig machen. Dies hat zur Folge, dass der Bundestag erst Ende 2022 oder gar Anfang 2023 endgültig darüber befinden soll (lediglich über die Anschaffung von 38 Eurofightern der sog. Tranche 4 soll noch in diesem Jahr entschieden werden, da sie alte Eurofighter der Tranche 1 ersetzen sollen).

Das Verteidigungsministerium will mit seinem Vorschlag ganze Reihe von Fliegen mit einer riesigen Milliardenklappe schlagen: So kam die unmittelbar

kampfstärkste, kostengünstigste und deshalb von vielen Militärs bevorzugte F-35 deshalb nicht zum Zug, weil damit die Realisierungschancen des geplanten deutsch-französischen Kampfflugzeugs („Future Combat Air System“, FCAS), ein Kernprojekt bei der Herausbildung einer von den USA unabhängigeren Militärmacht EUropa, deutlich gesunken wären. Ein US-Produkt muss es aber aus Sicht der Politik schon allein deshalb sein, weil weiter krampfhaft an der Nuklearen Teilhabe der NATO festgehalten wird. Die dafür erforderlichen Trägerfähigkeiten werden bislang über die Tornados bereitgestellt. Deshalb führt aus diesem Blickwinkel an der F-18 kaum ein Weg vorbei, da die USA in gewohnter America First-Manier recht unverblümt signalisiert hatten, sie wären nur für die F-18 in der Lage das erforderliche Zertifikat rechtzeitig auszustellen. Dies rief allerdings dann wiederum Industrie, Politik und Gewerkschaften auf den Plan, die aus Sorge um Profite und Arbeitsplätze die Eurofighter-Variante stärkten.

Herauskommen wird aus diesem üblen Interessensgemisch augenscheinlich nun wohl also eine Art Kampfflieger-Gemischtwarenladen, der voraussichtlich Unsummen verschlingen wird.

Kostenfresser Tornado

Aktuell verfügt die Bundeswehr über 234 Kampfflugzeuge, davon sind 141 Eurofighter und 93 Tornados, die nicht nur für konventionelle, sondern auch für atomare Einsätze im Rahmen der Nuklearen Teilhabe der NATO gedacht sind. Dabei geht es um 150 bis 200 in fünf europäischen Ländern lagernde US-Atomwaffen, die – nach alleiniger vorheriger Entscheidung der USA, wohlgemerkt – von Kampfflugzeugen und Piloten der jeweiligen Länder ins Ziel gebracht würden. Auch Deutschland ist daran laut Deutschlandfunk wie folgt beteiligt: „Der Tornado ist der einzige deutsche Kampfjet, der US-amerikanische Atombomben ins Ziel tragen kann. [...] In der NATO-Übung ‚Steadfast

Noon‘ trainiert die Bundeswehr einmal jährlich den Abwurf der US-Atombomben, von denen geschätzt 15 bis 20 Stück auf einem Luftwaffenstützpunkt im kleinen Ort Büchel im Südwesten Deutschlands lagern. Trainiert wird zwar mit Bombenattrappen, aber mit deutschen Kampfflugzeugen und ihren deutschen Besatzungen. Offiziell bestätigt hat die Bundesregierung die Existenz der Atombomben in Büchel allerdings nie - sie stuft das Thema als Staatsgeheimnis ein.“

Allerdings haben die Tornados seit ihrem Produktionsbeginn Anfang der 1970er schon einige Jahre auf dem Buckel. Dies entwickelte sich im Laufe der Zeit für die Bundeswehr insofern zu einem Problem, weil die Tornado-Wartungskosten durch die Decke schossen. So meldete die Deutsche Welle im Januar 2020: „Aus einem vertraulichen Dokument des Verteidigungsministeriums geht hervor, dass sich die Wartungskosten für das Jahr 2019 voraussichtlich auf mehr als 600 Millionen Euro belaufen. [...] Ein Grund für die lange Wartungsdauer ist, dass Ersatzteile für die betagten Maschinen fehlen. Manche müssen eigens angefertigt werden. Oder aber die Airbus-Mitarbeiter greifen zu einem Trick: Aus den neu ankommenden Flugzeugen werden Teile ausgebaut und in diejenigen Tornados eingebaut, die das Werk bald wieder über die angeschlossene Start- und Landebahn verlassen - die Teile rotieren also.“

Bereits im Juni 2018 rechnete das Beschaffungssamt der Bundeswehr laut Welt vor, „dass der Betrieb des Tornados bis 2025 noch 3,56 Milliarden Euro kosten werde. Soll das Flugzeug bis 2030 weiterbetrieben werden, lägen die Ausgabe für Materialerhalt, Entwicklung und Beschaffung schon bei 7,74 Milliarden Euro. Und für eine Nutzungsverlängerung über 2035 hinaus würden 13,48 Milliarden Euro fällig – nur, um einen museumsreifen Flieger in der Luft zu halten.“ Unter denen, die Kampfflugzeuge prinzipiell für eine prima Sache halten, ist man sich vor diesem Hintergrund einig, dass die Tornado-Flotte besser heute als morgen ausgetauscht gehört, am besten, wie gesagt, bis zum Jahr 2025.

F-35 vs. FCAS

Aktuell werden Kampfflugzeuge grob vereinfacht in fünf Generationen unterteilt, wobei die Kampfkraft mit jeder neuen Altersgruppe zugenommen hat. Von den für die Tornado-Nachfolge zur Auswahl stehenden Kandidaten handelt es sich bei F-18 und Eurofighter um Abkömmlinge der vierten Generation. Dagegen gehört das Kampfflugzeug von Lockheed Martin zum aktuellsten, was derzeit auf dem Markt zu haben ist und ist zudem bereits für die Nukleare Teilhabe zertifiziert, weshalb etwa ein Papier aus dem Haus der „Deutschen

Gesellschaft für Auswärtige Politik“ für diese Option warb: „Die F-35A ist ebenfalls ein amerikanisches Kampfflugzeug, allerdings der 5. Generation. Sie ist das modernste Kampfflugzeug, als Trägersystem für taktische Nuklearwaffen ausgelegt und nach amerikanischen Angaben zertifiziert. Unter Experten ist wohl unbestritten, dass es die militärischen und technischen Anforderungen derzeit am besten erfüllt.“

Vor allem aus Sicht der Luftwaffe stellte die F-35 deshalb die Ideallösung dar. So schaltete sich der damalige Luftwaffenchef Karl Müllner bereits Ende 2017 in die Debatte um die Tornado-Nachfolge ein, wobei er keinen Hehl aus seinen Präferenzen machte: „Die Luftwaffe erwägt, die Fähigkeiten der F-35 als Richtschnur für den Auswahlprozess des Tornado-Nachfolgers zu verwenden [...]. Ich denke, ich habe mich klar ausgedrückt, welches Flugzeug der Favorit der Luftwaffe wäre.“ Offensichtlich ging Müllners Positionierung einigen einflussreichen Personen mächtig gegen den Strich, unter anderem der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die ihn wenige Monate später, mutmaßlich aufgrund seiner F-35-Präferenz, in den Vorruhestand versetzte.

Der wohl wichtigste Grund für die weitverbreitete Skepsis gegenüber der F-35 besteht darin, dass ihre Anschaffung die Realisierungschancen des geplanten deutsch-französischen Kampfflugzeugs der sechsten Generation (FCAS) erheblich senken würde. Dabei handelt es sich um ein Mammutprojekt, dessen Gesamtvolumen zwischen 100 Mrd. und 500 Mrd. Euro beziffert wird – theoretisch. Denn bislang wurden lediglich im Sommer letzten Jahres 65 Mio. Euro und Ende Februar 2020 weitere 150 Mio. Euro für erste Konzeptstudien freigegeben. Das ist weit entfernt von den geschätzten 8 Mrd. Euro, die das Projekt allein für den Bau eines Prototypen in den nächsten Jahren benötigen wird – ganz zu schweigen von den Baukosten für die ab 2040 geplante etwaige Auslieferung.

Der weitere Fortgang hängt deshalb entscheidend von der Wirtschaftlichkeit und damit von den Aussichten ab, wie hoch die Bestellungen sein dürften. Eine Entscheidung für die F-35 als Tornado-Nachfolge würde aber einen guten Teil des deutschen Bedarfs bereits decken und damit eine existentielle Bedrohung des FCAS-Vorhabens darstellen. Daran ließ auch der damalige Airbus-Chef Dirk Hoke keine Zweifel aufkommen, als er bereits im Frühjahr 2018 warnte: „Sobald Deutschland F-35-Nation wird, ist die Zusammenarbeit bei allen Kampfflugzeugthemen mit Frankreich gestorben. [...] Europa muss seine Souveränität klarer definieren und eindeutig dazu stehen, dass wir in der Verteidigung und Raumfahrt eine Unabhängigkeit bewahren müssen.“ Auch beim französischen FCAS-Partner zeigte sich ob der möglichen F-35-An-

schaffungspläne alles andere als erfreut: „Daher reagierte die französische Regierung verärgert, als sie von den deutschen Überlegungen hörte, parallel zur Entwicklung von FCAS Kampfflugzeuge in den USA einzukaufen. Etwa den Tarnkappenbomber F-35 des US-Rüstungsgiganten Lockheed Martin zu kaufen, das derzeit modernste Kampfflugzeug der Welt. Der Kauf der teuren F-35, so die Befürchtung in Paris, könnte das FCAS-Projekt ausbremsen und Gelder davon abziehen. Dem Vernehmen nach drohte die französische Regierung sogar mit dem Rauswurf Deutschlands aus dem gemeinsamen Rüstungsvorhaben, falls die Bundesregierung die F-35 kaufe. Der von vielen Luftwaffen-Generälen favorisierte Tarnkappenbomber flog daraufhin aus dem Rennen.“

Dass die F-35 schlussendlich also im Januar 2019 aus dem Rennen gekegelt wurde, war einer Kombination aus industrie- und machtpolitischen Interessen geschuldet, schließlich gilt das FCAS auch als Kernprojekt beim Aufbau einer – von den USA unabhängigeren – Militärmacht EUropa. Damit verblieben also zwei Optionen als „Brückenlösungen“ bis das FCAS voraussichtlich ab dem Jahr 2040 am Start sein soll.

F-18 und Nukleare Teilhabe

Wurde im Jahr 2010 noch ein Antrag von allen damals im Bundestag sitzenden Fraktionen unterzeichnet, der einen Abzug der US-Atomwaffen und damit faktisch die Beendigung der Nuklearen Teilhabe gefordert hatte, hat sich der Wind inzwischen gedreht. Aktuell spielen solche Überlegungen in der politischen Debatte kaum eine Rolle mehr – allenfalls geht es noch um eine Ergänzung der Nuklearen Teilhabe um eine europäisierte französische Nuklearkomponente.

So erklärte SPD-Verteidigungspolitiker Fritz Felgentreu schon im Oktober 2019: „Nukleare Abschreckung bleibt auf absehbare Zeit ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur. Die nukleare Teilhabe sichert Deutschland einen größeren Einfluss auf die Nuklearstrategie der Nato.“ Auch Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sprach sich zuletzt noch einmal im Februar 2020 deutlich für den Erhalt der Nuklearen Teilhabe aus.

Insofern wird der Bereitstellung entsprechender Trägersysteme in Form der Tornados oder eines Nachfolgers hohe Bedeutung zugemessen, auch wenn zumindest in Teilen der SPD gerne der Anschein erweckt wird, man lehne die Nukleare Teilhabe ab. Dafür müssen sie allerdings, wie bereits angedeutet, von den USA erst für diese Aufgabe zertifiziert werden. Washington signalisierte in diesem Zusammenhang mehr als deutlich, dass dies für die europäische Konkurrenz deutlich länger dauern werde. In der Welt hieß es dazu im Herbst 2019: „Bei der Entscheidung über einen Nachfolger des Kampfflugzeugs Tornado in der Luftwaffe gibt es laut US-Regierung einen deutlichen Zeitvorteil für das US-Modell F-18. Die Zertifizierung des Konkurrenzmodells Eurofighter für die sogenannte nukleare Teilhabe der Bundeswehr an US-Atombomben werde drei bis fünf Jahre länger dauern als beim US-Flugzeug, schreibt die Regierung in Washington in einem Bericht an das deutsche Verteidigungsministerium.“

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Einschätzung der Europäischen Sicherheit und Technik, dem wohl wichtigsten deutschen Publikationsorgan an der Schnittstelle von Militär, Politik und Industrie, die im Januar 2020 hinter den US-Verlautbarungen eine Art Verkaufsstrategie in Sachen F-18 vermutete: „Dass der Eurofighter alle Rollen des Tornados übernehmen können soll, bedeutet auch, dass es grundsätzlich keine unüberwindlichen Hindernisse für seine Zertifizierung geben kann – was jedoch nicht heißt, dass sie nicht doch schwieriger und damit langwieriger und teurer werden könnte als die der F-18. Manche argwöhnen, dass ein deutliches Delta im Zeitbedarf und den Kosten bewusst geschaffen werden könnte, um ein gewichtiges Argument für die Auswahl der F-18 zu gewinnen.“

Eurofighter: Söder und IG Metall an einem Strang

Wenn also weder eine Beendigung des FCAS-Projektes noch der Nuklearen Teilhabe infrage kommt, hätte eigentlich die Entscheidung zugunsten der F-18 ausfallen müssen. Und tatsächlich wurde noch im Oktober 2019 in der Welt berichtet, die Bundeswehr neige

Quelle: Wikipedia.

Kampfflugzeug Tornado.



dazu, dem US-Produkt auf Kosten des Eurofighter den Zuschlag zu erteilen. In ungeahnter Einigkeit zogen daraufhin CSU-Chef Markus Söder und die IG Metall an einem Strang.

Der bayerische Ministerpräsident, in dessen Land (Manching) der Eurofighter endmontiert wird, zog Ende Februar 2020 in Sachen Eurofighter-Werbung nahezu alle Register: „Ich bin skeptisch, für die Nachfolge des Tornado-Jets ältere amerikanische Flugzeuge kaufen zu wollen. Wir sollten eine eigene Airbus-Entwicklung vorantreiben. Franz Josef Strauß hätte eine europäische Flugidee bevorzugt.“

Und auch die IG Metall wollte sich hier augenscheinlich nicht lumpen lassen. Kam aus Reihen der Airbus-Betriebsräte gemäß der selbstverstandenen Jobbeschreibung schon länger scharfer Gegenwind gegenüber jedweder „US-Lösung“, ging das Ganze dann Ende März 2020 noch einmal eine Etage höher. In einem Brandbrief, der augenscheinlich nicht nur im Namen diverser Betriebsräte, sondern auch der gesamten IG Metall an die Adresse der Bundesregierung gerichtet wurde, hieß es:

„Die IG Metall und wir Arbeitnehmervertreter sorgen uns sehr um die Zukunft unserer Standorte. Die Entscheidung, ob die alten Tornados mit dem europäischen Eurofighter oder wenn auch nur teilweise den amerikanischen Jets F-18 ersetzt werden, wirkt sich direkt auf unsere Arbeitsplätze aus. Eine Entscheidung gegen den Eurofighter gefährdet die Zukunft unserer Belegschaften. Nicht zuletzt da viele neue Fähigkeiten des Eurofighters, wie zum Beispiel die elektronische Kampfführung (ECR) und Luftgestütztes Wirken im Elektromagnetischen Spektrum (LuWES) für das spätere Großprojekt Future Combat Air System (FCAS) benötigt werden. FCAS verfügt über das Potential, das wichtigste verteidigungs- und industriepolitische Projekt in Europa in den kommenden Jahrzehnten zu werden. Damit ist es ein zentrales Projekt der deutschen Industrie und ihren Beschäftigten. [...] Wir erwarten, dass die Bundesregierung diese Aspekte bei der Entscheidung über die Tornado-Nachfolge angemessen einbezieht. Die europäische Verteidigungsindustrie, ihre Technologiefähigkeiten und die damit verbundenen Arbeitsplätze in Deutschland dürfen nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Der Kauf der F-18 würde nicht nur deutsches Steuergeld in Milliardenhöhe in die USA fließen lassen, sondern gleichzeitig die Zukunft der militärischen Luft- und Raumfahrt in Deutschland gefährden. Eine Split-Lösung kann nicht die bevorzugte Wahl sein. Eine Entscheidung gegen deutsche und europäische Unternehmen wäre unseren Beschäftigten und den deutschen Steuerzahlern nicht zu erklären.“

Teurer Kompromiss

Wenn nicht der einzig richtige Standpunkt wäre, gar keine Kampfflugzeuge anzuschaffen, könnte einem die Bundesregierung angesichts der gegenläufigen Interessen fast leidtun, die es in Sachen Tornado-Nachfolge zu befriedigen gilt. Kosten und Kampfkraft waren augenscheinlich für die nun gefällte Vorentscheidung keine ausschlaggebenden Kriterien, wohl aber die Nukleare Teilhabe, die dazu geführt hat, dass F-18 angeschafft werden sollen. Industriepolitische Erwägungen, vor allem jedoch auch die machtpolitischen Ambitionen, die hinter dem FCAS-Projekt stecken, führten aber gleichzeitig dazu, dass auch der Eurofighter und damit vor allem Airbus „bedacht“ werden sollen.

So war dann schon am 26. März 2020 bei der dpa von dem „Kompromiss“ zu lesen, dem schlussendlich auch offiziell vom Verteidigungsministerium am 21. April 2020 der Vorzug gegeben wurde. Dort wurde berichtet, „interne Planungen des Verteidigungsministeriums“, die bereits „auf politischer Ebene sowie mit Industrievertretern besprochen wurden“, hätten zu einer Vorentscheidung geführt: „Die überalterte Tornado-Flotte der Bundeswehr soll vom Jahr 2025 an durch bis zu 90 weitere Eurofighter-Jets sowie 45 F-18-Kampfflugzeuge des US-Herstellers Boeing abgelöst werden.“ Dabei seien 30 der F-18 in der Version „Super Hornet“ für die Nukleare Teilhabe vorgesehen, 15 weitere F-18 „Growler“ für den „elektronischen Luftkampf - das Stören, Niederhalten und Bekämpfen gegnerischer Luftabwehrstellungen“. Die Eurofighter seien für „den Einsatz konventioneller Bomben und als Jagdflugzeug“ gedacht.

Damit scheint die Tendenz klar in Richtung der denkbar teuersten Variante zu gehen, die außer den Interessen aus Teilen des Militärs nach einer möglichst raschen Bereitstellung kampfkraftiger Flugzeuge der fünften Generation mit einer finanzpolitischen Gießkanne alle anderen Interessen zu befriedigen sucht. Gleichzeitig ermöglicht es die um den Preis immer weiter steigender Tornado-Wartungskosten erkaufte Verschiebung der endgültigen Entscheidung auf Ende 2022 oder Anfang 2023 der SPD, ihre Hände in Unschuld zu waschen und sich dann – mutmaßlich aus der Opposition heraus – als Gegner der Nuklearen Teilhabe (und Befürworter der „einheimischen“ Eurofighter-Lösung) in Stellung zu bringen.

EU-Mandat ausgeweitet, Zweck unklar

Geflecht militärischer Interessen und Akteure in Mali mutiert

von Christoph Marischka

Inmitten der Corona-Krise, in der die EU ansonsten wieder in Einzelstaaten zu verfallen scheint, hat der Rat der Europäischen Union ohne große Diskussion oder öffentliche Aufmerksamkeit das Mandat ihrer sogenannten Trainingsmission in Mali verlängert und beträchtlich ausgeweitet. Zukünftig soll es den EU-Kräften auch erlaubt sein, die malischen Streitkräfte und die gemeinsame Truppe der G5-Staaten „bis zur taktischen Ebene“ zu begleiten. Aktuell ist die Bundeswehr mit bis zu 350 Kräften an EUTM beteiligt, bis zu 1.100 deutsche Kräfte sind darüber hinaus für die UN-Truppe MINUSMA mandatiert.

Ein kurzer Überblick

Die Mission EUTM Mali wurde bereits im Januar 2013, keine Woche nach einer umfangreichen Inter-

vention der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich zur Bekämpfung islamistischer Gruppen in Mali, beschlossen. Entsprechende Planungen, die EU-Präsenz in der gesamten Sahel-Region u.a. durch Trainingsmissionen und Ertüchtigungshilfe zu erhöhen, waren bereits vor der Nato-Intervention in Libyen und der anschließenden Krise in Mali angelaufen und hatten v.a. auch darauf abgezielt, den wachsenden Einfluss Chinas in ganz Afrika und der USA in Westafrika etwas entgegenzusetzen.

Der vermeintlich drohende Vorstoß islamistischer Gruppen in den Süden Malis gab dann den Startschuss für eine umfassende Intervention Frankreichs, die Deutschland v.a. logistisch unterstützt hatte. In Windeseile wurden große Kontingente von Truppen aus afrikanischen Staaten eingeflogen, die zunächst unter Führung der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) die Truppe AFISMA bildeten und wenig später (Juli 2013) in die UN-Mission MINUSMA überführt wurden.

Seitdem besteht im Grunde folgende Arbeitsteilung zwischen den drei Interventionen: Die französischen Truppen zielen (gemeinsam mit wechselnden lokalen Verbündeten) in erster Linie auf die Bekämpfung des Terrorismus. Die EU-Trainingsmission (EUTM) bildet die malischen Streitkräfte aus, die anschließend im Norden stationiert werden sollen und die MINUSMA soll die Lage insgesamt stabilisieren und eine landesweite militärische Infrastruktur schaffen, auf die sich die malischen Streitkräfte abstützen können. Frankreich hat seinen Anti-Terror-Einsatz bald auch auf die Nachbarstaaten Mauretanien, Niger, Burkina Faso und den Tschad (als weiteren traditionellen Verbündeten) ausgedehnt. Alle fünf Staaten (G5 Sahel) bildeten daraufhin „auf Anregung“ Deutschlands und Frankreichs und von der EU finanziell unterstützt eine gemeinsame Eingreiftruppe, die ebenfalls grenzüberschreitend v.a. den Terrorismus und die „organisierte Kriminalität“ bekämpfen soll. Die Mandate der MINUSMA und der

Am Abend des 5. Mai 2020 wurden die Fraktionsvorsitzenden des Bundestags von Außenminister Heiko Maas und Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer darüber informiert, dass die Bundesregierung beabsichtigt, am 6. Mai eine Verlängerung der Mandate für die Einsätze der Bundeswehr in Mali und den benachbarten Staaten zu beschließen und anschließend dem Parlament vorzulegen.

Dabei soll v.a. die EU-Ausbildungsmission EUTM Mali zunächst auf den Gesamtstaat Mali und auch auf die angrenzenden Länder ausgeweitet und um 100 Kräfte erweitert werden. Außerdem soll die Ausbildung nigrischer Spezialkräfte im Rahmen der Operation „Gazelle“ in das Mandat integriert werden. Die Ausbildung im Rahmen von EUTM soll zukünftig „einsatznäher“ erfolgen. Was die Beteiligung an MINUSMA angeht, soll es bei der bisherigen Obergrenze von 1.100 Kräften bleiben, allerdings soll die Aufklärung mit Drohnen ausgeweitet werden.



Eine Trainingseinheit der EUTM Mali im Jahr 2018. Quelle: DPAO EUTM Mali/Wikipedia.

EUTM wurden seitdem schrittweise um die Unterstützung der G5-Truppe und der französischen Mission erweitert.

Die Geschichte der EUTM

Die Mission EUTM Mali war im Januar 2013 zunächst für 15 Monate mandatiert worden. Das Hauptquartier wurde in einem Hotel in Bamako errichtet, die Ausbildung fand und findet bis heute überwiegend in einer malischen Offiziersschule bei Koulikoro etwa zwei Dutzend Kilometer nördlich der Hauptstadt statt. Die Angehörigen der Mission waren ebenfalls tw. in Hotels untergebracht oder entspannten sich in deren Lobbies. Ab Ende 2015 kam es vermehrt zu Angriffen auf diese Hotels, das Hauptquartier der EUTM Mission und auch die Offiziersschule in Koulikoro. Die Sicherungskräfte wurden verstärkt und die Sicherung des Hauptquartiers baulich intensiviert. Spätestens jetzt bekam der Einsatz ein militärisches Gepräge und es wurde klar, dass die Rückeroberung des Nordens kein Kinderspiel würde. Im Zuge der Anschläge wurde auch deutlich, dass es die EUTM mit ihrem Mandat nicht allzu genau nimmt, weil sich deren Angehörige an der anschließenden Sicherung der Umgebung und Verfolgung der Angreifer beteiligten – was nicht unter das Mandat der Ausbildung fällt.

Bis heute hat die EUTM Mali nach eigenen Angaben etwa 15.000 Angehörige der malischen Streitkräfte ausgebildet, deren Gesamtstärke auf etwa 15.000 bis 20.000 geschätzt wird. Noch deutlich schlechter als deren Gesamtzahl ist die Zahl der Gefallenen unter den

malischen Streitkräfte seit 2013 dokumentiert, die aber sicherlich im vierstelligen Bereich liegt. Gut dokumentiert sind jedoch zahlreiche schwere Menschenrechtsverletzungen, an denen sie beteiligt waren. Fast alle Beobachter*innen machen diese tw. systematischen und rassistisch motivierten Menschenrechtsverletzungen durch die malischen Sicherheitskräfte zumindest mit dafür verantwortlich, dass sich die Sicherheitslage in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert hat, sich immer mehr Gruppen bewaffnen und auf Grundlage von Ethnizität konstituieren. Hatte zunächst v.a. die frankophone Bevölkerung in Bamako die internationale Truppenpräsenz in großen Teilen begrüßt und von ihr eine schnelle Rückeroberung des Nordens erwartet, so ist es die mittlerweile rasant angestiegene Unsicherheit v.a. im Zentrum Malis, die auch unter diesen zunehmend die Forderungen nach einem Abzug laut werden lassen. Selbst der malische Präsident Ibrahim Boubacar Keita, der quasi im Zuge der französischen Intervention mit dem Wohlwollen der EU gewählt wurde, hat zuletzt immer offener gegen die internationale Militärpräsenz agitiert, gegen den Willen Frankreichs Gespräche mit den vermeintlich terroristischen Gruppen eingeleitet und die Coronapandemie zum Anlass genommen, strenge Richtlinien für die Einreise ausländischer Militärs zu erlassen.

Begleitung bis auf die taktische Ebene

In diesem Kontext wird nun das Mandat der EUTM drastisch ausgeweitet. Bereits in den vergangenen Jahren war es der Trainingsmission immer mehr erlaubt

worden, auch jenseits des relativ sicheren Südens Ausbildungsmaßnahmen durchzuführen und diese auch für Angehörige anderer G5-Staaten anzubieten. Hierzu wurden u.a. mobile Teams gebildet, aber auch erste Ankerpunkte in anderen großen Feldlagern aufgebaut. Zukünftig soll EUTM darüber hinaus laut EU-Beschluss „den malischen Streitkräften militärische Beratung, Ausbildung einschließlich einsatzvorbereitender Ausbildung, Schulung und Mentoring durch Begleitung ohne Exekutivbefugnisse bis zur taktischen Ebene zur Verfügung“ stellen. Was das heißt, wird u.a. aus der direkt anschließenden Begründung klar: „damit die EUTM Mali in der Lage ist, die Tätigkeiten der malischen Streitkräfte zu verfolgen und ihre Leistung und ihr Verhalten — auch im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts — zu überwachen“. Ein Kommentator auf dem Blog „augengeradeaus.net“ bezeichnete die Formulierung „Begleitung ohne Exekutivbefugnisse bis zur taktischen Ebene“ als „Quadratur des Kreises“ — zu Recht, denn die taktische Ebene, so ein anderer Kommentar etwas flapsig, bedeute „dort wo es blitzt“. Was damit gemeint ist, geht aus einem aktuellen Sachstand der Bundesregierung hervor. In diesem heißt es: „Durch die Ausbildung und Beratung von EUTM Mali an den Einsatzstandorten soll gezielt einsatznotwendiges Wissen an die malischen Streitkräfte vermittelt werden. Zugleich bietet sich hierdurch die Möglichkeit, das Verhalten der Soldaten in der Nähe zum Einsatzort zu beobachten und die Ausbildungsinhalte entsprechend anzupassen“. Eine solche „Begleitung ohne Exekutivbefugnisse“ ist auch für die Einsätze der G5-Truppe, also der gemeinsamen Einsätze mit Truppen aus den Nachbarstaaten vorgesehen. Deshalb, so der Sachstand, soll das „Mandatsgebiet von EUTM Mali ... auf Gesamt Mali sowie alle G5 Sahel Staaten ausgeweitet werden. Diese Maßnahme zielt vor allem darauf, Beratung und Ausbildung auch im zunehmend unter Druck geratenen Burkina Faso sowie, auf Anfrage, auch in Niger durch mobile Trainingsteams anbieten zu können.

Die Erweiterung des Mandatsgebiets würde es zudem ermöglichen, auch ohne vorherige Befassung der Brüsseler Gremien Aufgaben außerhalb Malis wahrzunehmen. Dies betrifft z.B. die Durchführung von Veranstaltungen am Collège de Défense des G5 Sahel in Nouakchott.“ Die Bundesregierung bezeichnet dies als „ambitionierte Weiterentwicklung von EUTM Mali.“ Das ist allerdings noch bescheiden ausgedrückt.

Räumliche Entgrenzung

Allein die Distanz zwischen Nouakchott und Bamako beträgt Luftlinie über 1.000 km und ist damit größer als

beispielsweise jene zwischen Berlin und Minsk. Von Nouakchott ans andere Ende des zumindest theoretischen Mandatsgebietes an der Ostgrenze des Tschad sind es über 4.000 Kilometer – deutlich mehr als die Distanz zwischen Lissabon und Kiev. Demgegenüber nimmt sich die finanzielle Aufstockung des Mandates eher bescheiden aus: Wurde das Mandat auf EU-Ebene zuvor jeweils um zwei Jahre verlängert und zuletzt für diesen Zeitraum mit knapp 60 Mio. Euro ausgestattet, so beträgt das Budget nun für vier Jahre 133,7 Mio. Euro – eine Erhöhung um „lediglich“ etwa 11%. 2018 jedoch, als erstmals ein verstärktes Vorgehen der EUTM in der Fläche vorgesehen war, war das Budget der EUTM gegenüber den Jahren 2016 bis 2018 bereits verdoppelt worden.

Trotzdem bildet die Erhöhung des Budgets – das ja nur die gemeinsamen Kosten betrifft – nicht die vom Mandat zumindest ermöglichte Ausweitung und den damit einhergehenden Bedarf z.B. in der Logistik ab. Selbst wenn wir davon ausgehen, dass eine „Begleitung ... bis zur taktischen Ebene“ zunächst nur in Mali selbst stattfinden wird, macht diese sicherlich eine sog. Rettungskette nötig – also den schnellen Abtransport der Verwundeten und hierzu natürlich auch die Sicherung des Umfeldes. Die Präsenz der EUTM-Kräfte in der unmittelbaren Nähe zu Einsätzen der malischen Streitkräfte macht natürlich (aus Sicht der EU-Kräfte) auch ein deutlich verbessertes Lagebild notwendig. Bei beidem stützt sich die malische Armee bislang weitestgehend auf die MINUSMA ab, innerhalb derer v.a. Deutschland für die Bereiche Aufklärung und Führung zuständig ist.

Selbst unter der Annahme, dass sich auch die einsatzfernere Ausbildung zunächst „nur“ auf das von der Bundesregierung explizit genannte Gebiet zwischen der afrikanischen Westküste (Nouakchott), dem westlichen Niger und Burkina Faso beschränken wird, so geht damit ein beträchtlicher logistischer Bedarf einschließlich der Sicherung der jeweiligen Stützpunkte einher. Auch hier kann die MINUSMA verstärkt als Dienstleister einspringen. Deutschland unterhält beispielsweise schon länger im Zuge des MINUSMA-Einsatzes einen Logistikstützpunkt der Luftwaffe außerhalb Malis im benachbarten Niger. Vielleicht aber soll das Mandat der EU jedoch nur für möglichst lange Zeit (vier Jahre) möglichst weite Spielräume für bestenfalls koordiniertes Vorgehen der Mitgliedsstaaten eröffnen, die dann nicht aus dem gemeinsamen Budget abgerechnet werden.

Im aktuellen Lagebericht der Bundesregierung findet sich hierzu etwa folgender Hinweis: „Wo immer möglich, unterstützt EUTM Mali in gegenseitigem Einvernehmen und im Rahmen freier Kapazitäten auch Ertüchtigungsprojekte der Bundesregierung durch flän-



Beerdigungszeremonie von drei Blauhelmsoldaten aus dem Tschad und Guinea vor der MINUSMA-Gedenktafel im Hauptquartier der Mission in Bamako, Mali im Mai 2020. Quelle: flickr/MINUSMA/Harandane Dicko.

kierende Ausbildung, z.B. taktische Ausbildung mit durch Deutschland finanzierten geschützten Fahrzeugen“. Auch in Niger unterhält Deutschland – „unterhalb der [mandatspflichtigen] Einsatzschwelle“ eine bilaterale Military Assistance-Mission (Gazelle) zum Aufbau, zur Ausrüstung und Ausbildung nigrischer Spezialeinheiten. Frankreich hingegen arbeitet unter der Operation Takouba am Aufbau eines gemeinsamen Kontingents europäischer Spezialkräfte für den Einsatz im Sahel.

Unabhängig davon, wie die Diskrepanz zwischen völliger räumlicher Entgrenzung des Mandats und mäßiger Erhöhung des Budgets zu interpretieren ist, wird deutlich, dass sich in Mali und im Sahel ein immer dichteres und verworreneres Geflecht militärischer Interventionen herausbildet, die sich sowohl räumlich, wie auch von den Befugnissen her entgrenzen und deren Ziele zugleich immer unklarer und beliebiger werden. MINUSMA findet bis heute unter einem Mandat des Sicherheitsrates statt, das eigentlich die Unterstützung des malischen Friedensprozesses unter Wahrung der territorialen Integrität zum Ziel hat, wird aber immer stärker in die Einsätze der EU, Frankreichs und der benachbarten Staaten (G5) einbezogen, von denen zumindest letztere immer mehr die Bekämpfung des Terrorismus als Ziel (oder Vorwand) für ihre Aktionen verstehen.

Dem Schutz der Zivilbevölkerung – der vor Ort von MINUSMA erwartet, aber nicht erfüllt wird – kann sie als Dienstleister einer entgrenzten, internationalen Militärlogistik umso schlechter erfüllen. Sie wird

damit auch immer mehr zum Spielball der Partikularinteressen der beteiligten Staaten und Streitkräfte. Deutschland und Frankreich beispielsweise ziehen in Mali keineswegs an einem Strang und ob sie beide überhaupt noch die Kontrolle über ihre im Sahel grenzüberschreitend operierenden Spezialkräfte haben, kann durchaus bezweifelt werden.

Die Mali-AG des aktivistischen Netzwerks Afrique-Europe-Interact (AEI) hat sich im Vorfeld der Mandatsverlängerungen mehrfach an Bundesregierung und Bundestag gewendet und sich dabei nicht nur für eine Fortführung der MINUSMA, sondern auch für eine verstärkte Ausbildung und Ausstattung der Armeen Malis und der G5 ausgesprochen. Die IMI hat dies öffentlich kritisiert, woraufhin AEI in einer Stellungnahme diese Position noch einmal bekräftigt hat. Darauf hat die IMI mit einem weiteren Text reagiert, der Fragen nach den konkreten Vorstellungen einer militärisch gestützten Befriedung der Region stellt. Nachzulesen ist die Auseinandersetzung hier:

IMI-Analyse 2020/21

Wer Militäreinsätze unterstützt, muss sich auch für deren Dynamiken interessieren.

Lasst uns die Menschen aus den Lagern holen!

von Jacqueline Andres

Moria – das Flüchtlingslager auf der griechischen Insel Lesbos – droht einmal mal mehr ein Sinnbild der menschenverachtenden Politik der EU zu werden. Rund 20.000 Menschen, eingepfercht in einem für etwa 2.500 Personen ausgerichteten Lager, teilen sich unzureichende sanitäre Anlagen. Corona steht vor den Türen des Lagers – die ersten Fälle auf der Insel wurden bereits letzte Woche gemeldet.

Die Menschen in Moria können sich noch nicht mal regelmäßig die Hände waschen!

In Teilen des Lagers nutzen rund 1.300 Menschen den gleichen Wasserhahn – Wasser gibt es für etwa vier Stunden täglich. Ein Klo wird von mehr als 160 Menschen genutzt. Erst jetzt wurde Seife gekauft, um die zahlreichen Menschen damit zu versorgen. Wer weiß, wann genau sie die Menschen erreicht.

Viele Hilfsorganisationen haben ihre Arbeit in den Lagern bereits eingestellt – die Menschen, die in den Lagern unter straffer Ausgangssperre stehen, sind somit immer mehr auf sich alleine gestellt!

Sehenden Auges lässt die EU dieses und die anderen Lager in Griechenland ins Desaster schlittern. Die EU und die BRD machen sich der unterlassenen Hilfeleistung schuldig. Einige Menschen in Moria nähen sich Schutzmasken, einige sind in den Hungerstreik getreten und haben sich als Zeichen des Protests die Lippen zugenäht. Doch selbst der Protest wird ihnen verboten – die griechische Polizei hat ihnen die zugenähten Mäuler mit Zwang wieder geöffnet! Sie haben ein Recht darauf zu leben, sich zu schützen und zu demonstrieren! Was können sie machen? Oder besser: Was können wir machen?

Wir haben Platz!

Bereits vor vier Wochen kündigte die BRD an, mit weiteren sieben EU Staaten insgesamt 1.500 unbegleitete Minderjährige von den Inseln aufnehmen zu wollen. 1.500 von 12.000 Kindern! Wochenlang geschah nichts. Nun heißt es, im Laufe der kommenden Woche nehme Luxemburg ganze 12 – ja genau ein Dut-

zend Kinder – auf und Deutschland gerade einmal 50. Das ist Hohn, das ist ekelhaft und unfassbar beschämend!

140 Städte und Kommunen aus der BRD haben ihre Bereitschaft dazu erklärt, Menschen aus den Lagern unterzubringen. Würden alleine diese je 300 Menschen aufnehmen, dann könnten alle 42.000 Menschen aus den Lagern von den griechischen Inseln Lesbos, Kos, Chios, Samos und Leros umverteilt werden. Die Bundesrepublik verfügt über 964.000 Hotelzimmer – die meisten sind momentan nicht belegt. Alleine im Tübinger Ibis Hotel stehen aktuell 126 Zimmer leer! Wir haben Platz!

Wir können sie herholen!

50 Millionen € wurden für die Rückholaktion deutscher Staatsbürger*innen ausgegeben, 40.000 Erntehelfer*innen sollen via Luftbrücke zur Spargelernte nach Deutschland eingeflogen werden – die Bundesregierung kann eine solche logistische Leistung ganz offensichtlich mit Leichtigkeit stemmen. Der Verein Mission Lifeline e.V. hat bereits alles für einen Charterflug von Berlin nach Lesbos spendenbasiert organisiert. Rund 100 Menschen könnten ab sofort nach Deutschland geholt werden – was fehlt, ist die Genehmigung vom Auswärtigen Amt und vom Innenministerium, um die Start- und Landeerlaubnis zu erhalten. Es scheint der politische Wille zu sein, der fehlt. Der Verein Sea Watch fordert die EU-Kommission auf, die stillgelegten Kreuzfahrtschiffe zu nutzen, um die Menschen aus den Lagern zu holen. Das Kreuzfahrtschiff AIDAnova verfügt zum Beispiel über stolze 2626 Gästekabinen.

Wir können Druck aufbauen!

Wir können uns dem Appell anschließen, uns postalisch und per Email an die Abgeordneten wenden und von ihnen die Aufnahme der Menschen aus den Lagern fordern. Wir können Banner aus unseren Fen-



Postkarte aus Lesbos. Quelle: IMI.

stern hängen, Schilder mit uns tragen, die Forderung auf unsere Mundschutzmasken schreiben und mit unseren Mitmenschen darüber reden – ob beim Spaziergang oder am Telefon. Portugal hat es vorgemacht, wie Solidarität mit Migrant*innen aussehen kann – alle Menschen in Portugal, ganz unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, haben im März 2020 eine vorerst bis Juli gültige Aufenthaltserlaubnis und somit auch Zugang zu Sozial- und Gesundheitsleistungen erhalten. Warum sollte das nicht auf die gesamte EU und die Lager anwendbar sein? Letzten Sonntag fand der bundesweite Aktionstag Leave No One Behind (Lass niemanden zurück) statt. In Berlin wurde ein Autokorso aufgelöst und in Frankfurt eine Protestaktion, bei der der Mindestabstand eingehalten wurde. Hier in Tübingen ermittelt nun die Kriminalpolizei, weil in der Stadt Banner und Schilder aufgehängt wurden, mit Sprühkreide gesprüht und zwei künstlerische etwa jeweils 2 Meter lange Grenzinstallationen an den Rändern des weitläufigen Sternplatzes errichtet wurden. Doch was ist kriminell daran, auf die desaströsen Zustände in den Lagern hinzuweisen und von unseren Politiker*innen zu fordern, die Menschen aus diesem Horror rauszuholen?

Wir lassen uns nicht einschüchtern – in den Lagern kann sich ein mögliches Massensterben entfalten und trotz Corona können wir und müssen wir dagegen demonstrieren – ob virtuell, ob mit Kunst im öffentlichen Raum oder mit Mindestabstand auf der Straße! Lasst uns gemeinsam Druck auf unsere Regierung ausüben und die Menschen aus den Lagern holen! Lasst

uns für die Grundrechte, die Menschenwürde und die Menschlichkeit einstehen!

Die Bundesregierung macht uns glauben, sie würde sich zur Zeit mit ihren neuen Regeln und Gesetzen vorrangig für die Menschen und ihre Gesundheit stark machen. Wenn das zur Folge hat, dass wir ihre menschenverachtende Politik nicht mehr im öffentlichen Raum kritisieren dürfen und wenn wir wissend 40.000 Menschen innerhalb Europas in den Lagern lassen, ohne uns für sie einzusetzen, dann ist Europa kein lebenswerter Ort mehr, sondern ein Ort des Schreckens, der seine Menschlichkeit verloren hat. Dann bin ich versucht zu schreien: Soll uns Corona doch zu Grunde richten! Keine/r von uns kann sagen, er oder sie habe von nichts gewusst. Lasst die Menschen aus den Lagern holen! Lasst uns unser wertvolles und fundamentales Recht zu protestieren und unsere Menschlichkeit kämpferisch verteidigen!

Zwischenzeitlich durften nur 47 Minderjährige in die Bundesrepublik kommen und zwölf nach Luxemburg - beschämend wenige.

Weitere Informationen:

Boderline Europe: borderline-europe.de

Pro Asyl: proasyl.de

No Border Kitchen Lesbos:

noborderkitchenlesvos.noblogs.org

Forschungsstelle Flucht und Migration:

ffm-online.org

Defender Europe 2020 Plus

Das US-Großmanöver wird fortgesetzt!

von Jürgen Wagner

Die ursprünglich für den Zeitraum zwischen Januar und Juni 2020 terminierte US-Großübung „Defender Europe 2020“ war als zentraler Baustein im allgegenwärtigen Säbelrasseln gegen Russland gedacht. Beim größten US-Manöver seit 25 Jahren hätten eigentlich 20.000 US-Soldaten aus den USA 4.000km quer durch Europa bis an die Grenze Russlands verfrachtet werden sollen – insgesamt war von 37.000 beteiligten Soldaten die Rede. Deutschland sollte dabei sowohl in einer Reihe ergänzender NATO-Manöver, vor allem aber auch bei der logistischen Unterstützung der US-Truppen eine zentrale Rolle spielen (siehe Telepolis, 8.1.2020).

Dann machte die Corona-Krise den USA allerdings einen gründlichen Strich durch die Manöverrechnung – Mitte März 2020 war der Presse zu entnehmen: „Das war’s: Der Coronavirus hat das Mega-Manöver der USA endgültig zum Erliegen gebracht. ‚Defender 2020‘ wird vorzeitig beendet.“ Bis zu diesem Zeitpunkt waren nach NATO-Angaben bereits 6.000 US-Soldaten und 3.000 Fahrzeuge über den Atlantik transportiert worden. Obwohl dies natürlich automatisch die Frage aufwarf, was mit diesen Truppen geschehen würde, antwortete die Bundesregierung Anfang April 2020 auf eine Anfrage der Linken, ob die ursprünglich für Mai im Zusammenhang mit Defender 2020 stehenden Übungen „Allied Spirit XI“ und „Trojan Footprint“ trotz der Corona-Krise stattfinden würden, dies sei „der Bundesregierung nicht bekannt.“

Nun ist die Katze aber aus dem Sack: Zumindest Allied Spirit XI soll im Juni 2020 ungeachtet der Umstände durchgezogen werden – auch die Durchführung weiterer mit Defender 2020 in Verbindung stehender Manöver wurde von der U.S. Army Europe angekündigt. Auch über das der Übung zugrundeliegende Szenario ist inzwischen ein wenig mehr bekannt, wobei die neuen Informationen im Wesentlichen bestätigen, was ohnehin bereits auf der Hand lag: dass das Manöver gegen Russland gerichtet ist.

Occasus-Szenario

Von offizieller Seite wurde bis zuletzt an einer gemeinsamen Sprachregelung festgehalten: Defender 2020 sei ein rein defensives Unterfangen, das keineswegs gegen einen bestimmten Staat gerichtet wäre. Aus der Antwort auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten und IMI-Vorstandes Tobias Pflüger geht aber das Szenario hervor, auf dem die Großübung basiert: „Nach Kenntnis der Bundesregierung liegt DEFENDER-Europe 20 und allen darin integrierten oder damit verbundenen Übungsvorhaben das Szenario OCCASUS zugrunde.“ Von einem fiktiven Szenario kann allerdings kaum die Rede sein, die Taz schrieb Anfang Mai über Occasus: „Der Kern des Konflikts: Eine Allianz rund um den fiktiven Staat Murinus will die Nato schwächen und erhöht dafür ihre Militärpräsenz in der Nachbarschaft des Bündnisgebiets. Dann greift sie eines der Mitgliedsländer direkt an und nutzt dafür Mittel der hybriden Kriegsführung. Die fiktive Allianz will also ihre eigene Rolle im Konflikt verschleiern, indem sie beispielsweise Soldat*innen in Uniformen ohne Hoheitsabzeichen in den Kampf schickt. Mittels einer Propagandakampagne verbreitet sie zudem die Behauptung, dass der angegriffene Nato-Staat eine ethnische Minderheit im Land unterdrücke. *Erinnert an die Rolle Russlands im Ukraine-Konflikt?*“

Nun mag man die Rolle des Westens und Russlands im Ukraine-Konflikt bewerten, wie man möchte, dass er dem Occasus-Szenario als Vorbild dient, scheint recht offensichtlich. Und in diesem Zusammenhang sollte über Defender 2020 der schnelle Truppentransport im Eskalationsfall „optimiert“ werden, was im Übrigen sowohl defensiv wie auch offensiv nutzbar ist. Teile des deutschen sicherheitspolitischen Establishments hielten die Übung für so bedeutend, dass sie sich mit der im Raume stehenden Komplettabsage nicht abfinden wollten. Claudia Major und Dominic Vogel etwa von der die Regierung beratenden „Stiftung Wis-

senschaft und Politik“ machten vor einiger Zeit folgenden Vorschlag: „[S]eit dem 16. März stehen die Räder still. [...] Doch sobald die Umstände es wieder zulassen, sollte die Übung wiederholt werden.“

Eine vollständige Neuauflage noch in diesem Jahr dürfte allerdings aufgrund neuer Aussagen der US-Armee, Teile der beigeordneten Manöver nun verspätet durchexerzieren zu wollen, vom Tisch sein.

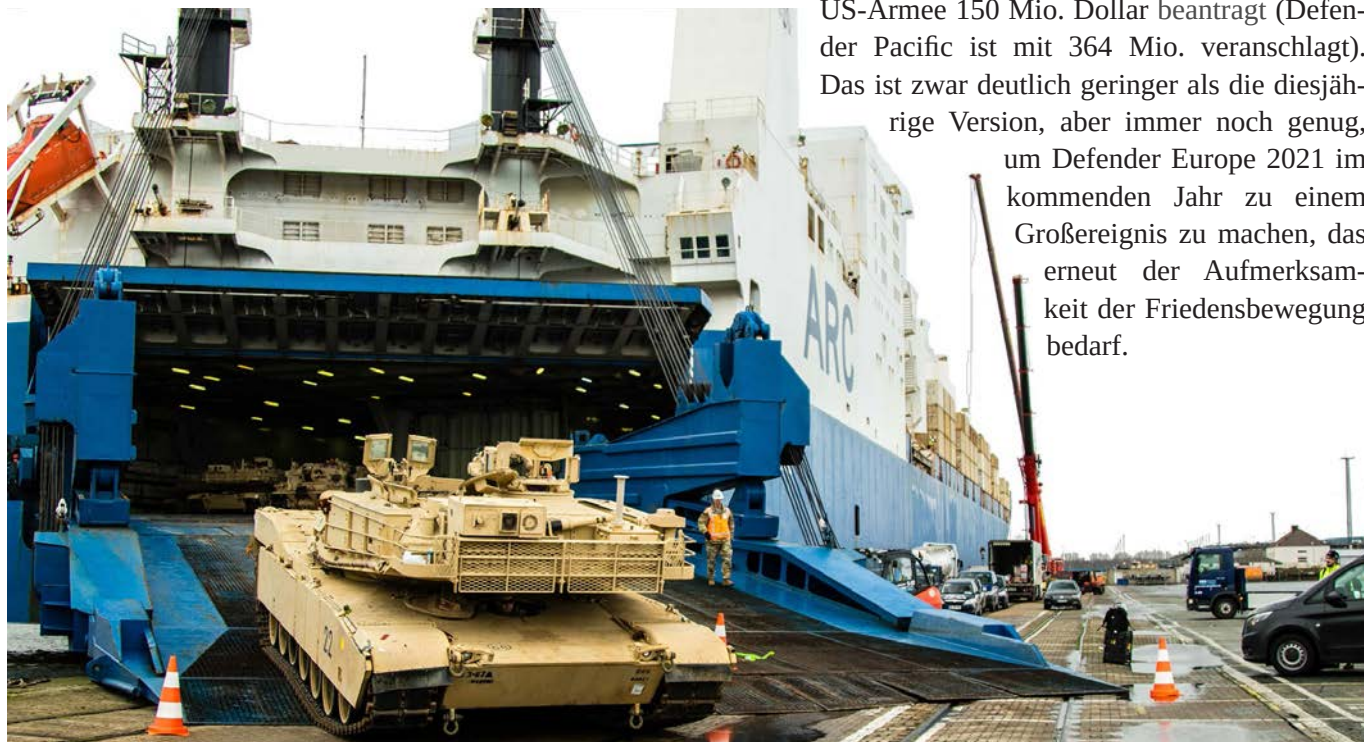
Defender-Fortsetzung: Allied Spirit

Augenscheinlich wurden Teile von Defender 2020 nicht gänzlich abgesagt, sondern lediglich auf Eis gelegt. Dies war allein insofern auch naheliegend, da nirgends von einem Rücktransport der bereits nach Europa verfrachteten US-Soldaten die Rede war. Am 13. Mai 2020 meldete die U.S. Army Europe unter dem Titel „DEFENDER-Europe 20 Plus“, Teile des Manövers würden in Kürze fortgesetzt: „Nach sorgfältiger Beurteilung und Planung zwischen der U.S. Army Europe und dem polnischen Verteidigungsministerium wird vom 5. bis 19. Juni auf dem Truppenübungsplatz Drawsko Pomorskie in Polen die Übung Allied Spirit stattfinden, eine Übung in Verbindung mit DEFENDER-Europe 20, die ursprünglich für Mai geplant war. [...] Etwa 6.000 US-amerikanische und polnische Soldaten werden an der Übung teilnehmen. [...] Die bilaterale Übung zwischen den USA und Polen, die aufgrund von COVID-19 von ihrem ursprünglichen Entwurf abgeändert wurde, um die Sicherheit der Soldaten zu gewährleisten, wird eine polnische Luftlandeoperation und eine amerikanisch-polnische Flussüberque-

zung in Divisionsgröße umfassen.“ Außerdem kündigte die U.S. Army Europe in derselben Pressemitteilung auch noch eine Reihe weiterer im Zusammenhang mit Defender 2020 stehender Manöver für den Lauf des Jahres an: „Die U.S. Army Europe plant für die nächsten Monate weitere Manöver. Diese Manöver werden viele der ursprünglichen DEFENDER-Europe 20 Trainingsziele aufgreifen, um Einsatzbereitschaft und Interoperationalität zwischen den USA, den Verbündeten und Militärs von Partnern zu verbessern.“ Deutschland wird dabei wohl bei Allied Spirit XI keine Rolle spielen, dürfte aber auf andere Weise involviert sein. Die U.S. Army Europe gibt jedenfalls an, es existierten „Pläne, mit der Ausrüstung zu üben, die bereits aus Lagern herausgeholt wurde“ und nennt dabei unter anderem Gerät für eine „gepanzerte Kampfbrigade, das sich weiterhin am Truppenübungsplatz Bergen-Hohne mit Unterstützung der deutschen Streitkräftebasis befindet.“ Jedenfalls ist damit klar, dass der Defender-Spuk nicht einmal für dieses Jahr erledigt ist – und für das kommende steht ja ohnehin bereits die nächste Manöverrunde vor der Haustür.

Nach Defender ist vor Defender

Die USA haben eine Art Manöver-Doppelpack geschnürt: In diesem Jahr war für die Europa-Variante ein großer Umfang mit einem Budget von 340 Mio. Dollar (allein der US-Teil) geplant und für das ostasiatische Pendant „Defender Pacific“ eine abgespeckte Version. Im kommenden Jahr soll es dann genau umgekehrt sein: Für Defender Europe 2021 hat die US-Armee 150 Mio. Dollar beantragt (Defender Pacific ist mit 364 Mio. veranschlagt). Das ist zwar deutlich geringer als die diesjährige Version, aber immer noch genug, um Defender Europe 2021 im kommenden Jahr zu einem Großereignis zu machen, das erneut der Aufmerksamkeit der Friedensbewegung bedarf.



Erste Entladung für das Kriegsmanöver Defender 2020 in Bremerhaven im Februar. Quelle: US Army/Dominique Washington.

Schwedens Mogelpackung

NATO (und EU) statt Neutralität

von Christina Boger

Schweden wird noch immer als einer der neutralen Staaten Europas aufgezählt, obwohl sich nicht einmal das Land selbst noch als solcher bezeichnet. Stattdessen kursiert dort mittlerweile die Eigenbezeichnung des militärisch bündnisfreien Landes. In dieser Studie soll anhand der Beziehungen zu der NATO und der EU gezeigt werden, dass selbst diese Bezeichnung – besonders nach friedenspolitischer Interpretation – faktisch keine Berechtigung hat.

Schweden kooperiert offiziell seit den 1990er Jahren eng mit der Militärallianz NATO, während inoffizielle Beziehungen noch weiter zurückgehen. Auch die EU-Mitgliedschaft ist kritisch zu betrachten, da sich die Europäische Union zunehmend zu einer militärischen Großmacht entwickelt. Spätestens mit der Einführung der Beistandsklausel 2009 nahm die EU zudem charakteristische Züge eines Militärbündnisses an.

Schweden ist weiterhin vorsichtig, der Neutralität gänzlich den Rücken zu kehren, weshalb es sich bei der NATO als enger, unverzichtbarer Partner präsentiert, eine volle Mitgliedschaft aber weiterhin ablehnt. Wie auch dem neuesten Papier zur Verteidigung für den Zeitraum von 2021 bis 2025 zu entnehmen ist¹, laiviert Schweden zwischen Angst und Paranoia vor einem Angriff aus Russland. Im Zuge dessen setzt Stockholm bei der „totalen Verteidigung“ auf zwei Pferde: massive Aufrüstung und die Eingliederung in die kollektiven militärischen Bündnisssysteme des Westens.

Neutralität: Definitionen und Ausprägungen

Gemeinhin wird die Neutralität nach den Richtlinien des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 definiert. Darin enthalten sind zwei Arten: die „gewöhnliche“ bzw. „temporäre“ Neutralität und die „dauernde“ bzw. „permanente“ Neutralität. Das bedeutet, sich nicht militärisch in Kriege Dritter einzumischen. Bei der permanenten Neutralität gilt zudem, dass das Land sich auch im Frieden unparteilich verhält, d.h. keinem

militärischen Bündnis beitrifft. Mittlerweile umfasst der Begriff der Neutralität auch die (militärische) Bündnis- bzw. Allianzfreiheit. Die entscheidende Charakteristik, die eine militärische Organisation zu einem Militärbündnis macht, ist der sogenannte Bündnisfall, d.h. eine vertraglich zugesicherte Verpflichtung zur (militärischen) Unterstützung im Falle eines bewaffneten Angriffes auf einen Mitgliedsstaat. Eine solche Beistandsverpflichtung ist beispielsweise bei der NATO unter Artikel V des Nordatlantiktaktes und in ähnlicher Form bei der EU unter Artikel 42(7) des EU-Vertrages (EUV) zu finden.

Um Schwedens Außenpolitik nun auf die Einhaltung der Neutralität hin zu überprüfen, nimmt diese Studie eine Unterteilung in drei verschiedene Ausprägungen vor: Totale Neutralität, Fragmentierte Neutralität und Schein-Neutralität (siehe Schaubild auf Seite 66).

Schwedens Neutralität im Wandel der Zeit

Das größte Problem bei der Analyse der schwedischen Bündnisfreiheit besteht darin, dass jene rechtlich nicht fixiert ist. Das hat zur Folge, dass die vermeintliche Neutralität über die Jahre einer ständigen Fluktuation unterlag: Sowohl während des Ersten Weltkrieges als auch zu Zeiten des Zweiten Weltkrieges gelang es Schweden, unter dem Banner der Neutralität den übergreifenden Kriegen zu entgehen.

Im Gegensatz zu Norwegen und Dänemark hatten Schweden und Finnland es abgelehnt einen „Nichtangriffspakt“ mit Nazideutschland zu unterschreiben und hatten sich stattdessen noch vor Ausbruch eines weiteren Krieges als neutral erklärt. Hier gewann das Dilemma zwischen Solidarität (zu den skandinavischen Nachbarn) und Neutralität erstmals an Bedeutung. Kurz gesagt: Solidarität wird hier vorrangig als die Zusicherung militärischer Unterstützung im Krisen- oder Kriegsfall verstanden und gefährdet somit die Neutralität.

Während des Kalten Krieges erschien die Wahrung letzterer wichtiger denn je. Trotzdem erfuhr sie harte Schläge. Verschiedenste Nachforschungen ergaben, dass Schwedens Neutralität während des Kalten Krieges lediglich offiziell weitergeführt wurde. Tatsächlich aber hätte Schweden im Falle eines Krieges von Anfang an eine wichtige Rolle in den Plänen der Alliierten gespielt. Die schwedische Außenpolitik fällt somit schon während des Kalten Krieges in die Kategorie der fragmentierten Neutralität.

Eine weitere spannende Entwicklung betrifft die Verzahnung von Neutralität und „internationaler Verantwortung“, welche sich beispielsweise in der Mitgliedschaft Schwedens im Völkerbund (1920), der UN (1946) und dem Nordischen Rat (1952) ausdrückte. Später war es besonders unter Führung des charismatischen Ministerpräsidenten Olof Palme (1969–1976 und 1982–1986), dass sich Schweden der Welt als „moralisches Weltgewissen und europäisches Korrektiv“² präsentierte.

Nach dem Kalten Krieg verschob sich der außenpolitische Fokus aufgrund der neuen geopolitischen Lage zwischen 1994 und 2000 und die Aufmerksamkeit galt fortan kaum noch der nationalen Verteidigung. Stattdessen konzentrierte sich das schwedische Militär noch stärker auf internationale Einsätze. Damit veränderte sich das Verständnis der Bündnisfreiheit nachhaltig.

Unter Ministerpräsident Carl Bildt (1991-1994) entstand 1992 eine neue offizielle Definition der Außenpolitik: Sie wurde beschränkt auf eine Politik von militärischer Bündnisfreiheit in Friedenszeiten, mit der Möglichkeit sich im Krieg neutral zu verhalten. Diese Einschränkung der Bündnisfreiheit hing mit dem geplanten Beitritt in die EU zusammen, welcher 1995 umgesetzt wurde.

Der außenpolitische Trend bewegte sich, besonders seit dem Terrorangriff in Madrid 2004, weiter zur Solidarität mit anderen europäischen Ländern und entfernte sich im Zuge dessen immer weiter von der Neutralität. Dementsprechend hieß es im Verteidigungsbericht von 2008: „Im Falle einer Krisen- oder Konfliktsituation kann Schweden militärische Unterstützung beisteuern.“³ Die Zusage von militärischer Unterstützung fällt unter die kollektive Verteidigung und ähnelt einer Beistandsverpflichtung.

Dennoch fällt der Neutralitätsbegriff regelmäßig mit Bezug zu Schweden und in offiziellen Dokumenten taucht der Satz „Schweden ist kein Mitglied eines militärischen Bündnisses“ wiederholt auf.⁴ Zudem besteht nach wie vor die Überzeugung, dass sich Solidarität und Neutralität simultan als Leitziele der Außenpolitik setzen ließen.

Erosionsfaktoren

Starke thematische Gegenspieler der Neutralität sind die feministische Außenpolitik, wie auch die Fokussierung auf Russland als angeblich größte Gefahr für die Sicherheit des gesamten Ostseeraums.

• Eine ‚feministische‘ Außenpolitik

Stockholm rühmt sich damit, 2014 die erste feministische Außenpolitik der Welt aufgesetzt zu haben.⁵ Sie wurde seitdem des Öfteren vorgeschoben, um sich in die Strukturen internationaler Organisationen (z.B. die UN, NATO oder die EU) einzugliedern und damit die ‚emanzipatorische‘ Politik auszuweiten. Die Abwendung von der Neutralität lässt sich besser verkraften, wenn sie sich unter den Decknamen Emanzipation, Inklusion und Gleichberechtigung verbirgt.

Bei der Umsetzung der feministischen Außenpolitik spielen Allianzen, bilaterale und multilaterale Verbindungen und Verträge eine große Rolle. Bei einer Veranstaltung in Ägypten, die unter dem Hashtag #EUGenderChampion lief, verkündete der schwedische Botschafter: „Als ein EU Gender Champion habe ich mich vollkommen der Förderung der geschlechtlichen Gleichberechtigung und des Frauen-Empowerments verpflichtet.“⁶ Die Begeisterung für den schwedischen Einsatz scheint auf Gegenseitigkeit zu beruhen: Das 2012 in Schweden gegründete NCGM (Nordic Centre for Gender in Military Operations) ist nicht ausschließlich auf das schwedische Militär Trainings Centre ausgerichtet, sondern ist seit 2013 auch NATOs Department Head (DH) für Gender-Themen. In einem aktuellen Bericht des NCGMs wird zudem angedeutet, dass auch die EU dieses bald als ihr DH eingliedern könnte.⁷

• Zwischen Angst und Paranoia vor Russland

Die NATO und Russland provozieren sich seit Jahren gegenseitig und Schweden bleibt davon – aufgrund seiner Nähe zur NATO – nicht unberührt. Das drückt sich, zum Beispiel, durch Schwedens Teilnahme an den zahlreichen Manövern im Ostseeraum und um die Arktis aus. Von Seiten Russlands sind ebenfalls einige Provokationen zu vermerken gewesen: Seit 2013 sind mehrere russische Militärübungen verzeichnet worden, die das schwedische Souveränitätsrecht von Gewässern und Luftraum verletzen und in deren Rahmen Angriffe auf Militärbasen auf schwedischem Boden simuliert wurden. Ein weiterer Vorwurf kam 2016 vom Stockholmer Institut für Außenpolitik (Utrikespolitiska Institut (UI)), welches Russland eine Desinformationskampagne – durch die Einspeisung von Fake News und



Grafik: Bündnisfreiheit im Frieden, Neutralität im Krieg, (CB)

gefälschten Dokumenten in die schwedischen Medien und anschließendem Aufgreifen jener durch die russische, staatseigene Webseite Sputnik – vorwarf.⁸

Zudem deuten wiederholte Drohungen aus Moskau darauf hin, dass russische Provokationen zumindest teilweise etwas mit Schwedens Annäherung an die NATO zu tun haben könnten. In einem Interview der schwedischen Tageszeitung Dagens Nyheter sagte der russische Außenminister Sergej Lavrov beispielsweise: „Wenn Schweden der NATO beitrifft, werden wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen.“⁹

Maßgebend an der Orientierung der schwedischen Außen- und Sicherheitspolitik beteiligt ist auch die Befürchtung, dass Russland einen der Baltischen Staaten angreifen könnte. Wenn letzterer Fall eintreten sollte, wäre Schweden gemäß seiner Neutralitätspolitik eigentlich zum Stillhalten veranlasst. Allerdings hat Schweden ein passives Verhalten bei einem Angriff auf einen EU-Staat bereits abgelehnt. Es ist zwar nicht spezifiziert, welche Art der Unterstützung Schweden leisten würde, jedwede Positionierung wäre allerdings ein entschiedener Bruch mit der Neutralität nach friedenspolitischem und internationalem Verständnis.

Von der Neutralität in die NATO

Mit der Fokussierung auf Russland steht Schweden nicht allein: Auch die NATO richtet ihre Aufrüstung als Maßnahmen der kollektiven „Verteidigung“ gen Osten. Schweden ist eng in die Strukturen der Allianz eingebunden und nimmt jährlich an zahlreichen Einsätzen und Manövern teil. Damit verletzt das Land die verschiedenen Ausprägungen der Neutralität Schritt für Schritt.

• Strukturen und Einsätze

Nach wie vor gehört Schweden nicht zu den Alliierten, steht aber in enger Partnerschaft zu dem Militärbündnis. 2016 äußerte sich der Verteidigungsminister Peter Hultqvist mit Blick auf die NATO folgendermaßen: „Die Position gegenüber der Nato ist eindeutig und respektiert: Zusammenarbeit ja! Mitgliedschaft nein!“¹⁰ Ganz so eindeutig ist es allerdings nicht, da die Linien zwischen Partner und Mitglied stetig schwammiger werden. So kursieren – besonders in Bezug auf Schweden und Finnland – nun Bezeichnungen wie „halbe Mitglieder“ und „inoffizielle Alliierte“.¹¹

Offizieller Partner der NATO ist Schweden, seit es 1994 die Kooperation im Rahmen des Partnership for Peace-Programmes (PfP) aufnahm. Ebenfalls über PfP ist es seit 1997 ein Teil des Euro-Atlantic Partnership Councils (EAPC). Auf ihrer Webseite schreibt das Militärbündnis: „Die NATO respektiert Schwedens langjährige Politik der militärischen Bündnisfreiheit in vollem Umfang.“ Dennoch sei das Land „einer der aktivsten Partner“ des Militärbündnisses.¹² Ersichtlich wird dies, beispielsweise, durch das Format 28+2 (NATO + Schweden und Finnland), welches erstmals im Frühjahr 2006 zustande kam. In dieser Konstellation nahmen die beiden Nachbarländer als einzige Nicht-Mitgliedsstaaten wiederholt an NATO-internen Gesprächen und Konferenzen teil.¹³

Doch die Skandinavier gehen noch weiter: Schweden gilt als „geschätzter Mitwirkender bei der NATO-geführten Resolute Support Mission in Afghanistan und der Global Coalition to Defeat ISIS.“¹⁴ Auch für die Operation Unified Protector in Libyen stellte es der

Allianz beträchtliche Truppenkontingente zur Verfügung: „In Libyen war Schweden 2011 für 25% der luftgestützten Überwachung der NATO verantwortlich.“¹⁵ Die Beteiligung an militärischen Auslandseinsätzen untergräbt die Authentizität der Bündnisfreiheit weiter; aber auch hier macht Schweden noch nicht halt.

Seit 2014 ist es Mitglied des Enhanced Opportunity Partners Programmes, welches sich auf die Interoperabilität zwischen NATO und Partnerstaaten fokussiert. Aus dem gleichen Grund ist Schweden seit 2017 auch Mitglied der NATO Response Force (NRF). Bei der NRF handelt es sich um die schnellen Eingreiftruppen der NATO, welche sich seit 2014 verstärkt gegen Russland richten. Nach dem Stand von 2015 ist Schweden Mitglied in über 150 NATO-Komitees – und die Zahl scheint eher zu wachsen als zu schrumpfen.¹⁶ Nach zwei Jahren der Annäherung trat Schweden 2017 dem NATO Strategic Communications Centre of Excellence (CoE StratCom) bei, welches seinen Hauptsitz in Riga, Lettland, hat und Cyber-Kriegsführung erforscht – vor allem anhand mutmaßlicher Cyberattacken und Desinformationskampagnen Russlands (u.a. auf die Ukraine).¹⁷ Die Unterstützung von NATO-Einsätzen richtete sich bislang danach, ob ein UN-Mandat vorlag. Seit Ende des Kalten Krieges hat Schweden alle NATO-Einsätze mit einem solchen Mandat begleitet¹⁸, wie z.B. Stabilization Force (SFOR) in Bosnien-Herzegowina (1996 - 2004), Kosovo Force (KFOR) im Kosovo (seit 1999), Operation Enduring Freedom (2001 - 2014), die Einsätze International Security Assistance Force (ISAF; 2003 - 2014) und Resolute Support Mission (RSM; seit 2015) in Afghanistan, oder auch die Operation Unified Protector (OUP) in Libyen (2011). Sowohl Schweden als auch Finnland verkündeten 2014 ein Interesse an der Operation Iceland Air Policing. In Bezug auf die Bündnisfreiheit wäre eine Beteiligung an letzterem Einsatz besonders problematisch, da es sich um eine Übung nach Artikel V (dem Bündnisfall) handelt.

• Manöver

Obwohl Schweden als „informeller Alliiertes“ bereits mehr Einfluss auf die NATO hat als einige der jüngeren Mitglieder¹⁹, gilt ein Beitritt als unwahrscheinlich. Das Land versucht stattdessen, durch aktive Teilnahme an den zahlreichen Manövern der Allianz und die enge Zusammenarbeit in ausgewählten Einsätzen der NATO zu beweisen, dass es dennoch ein unverzichtbarer Partner ist. Im Rahmen des BRTE (Baltic Region Training Event, Vorläufer des Ramstein Alloy) Manövers trainierte das schwedische Militär wiederholt mit den Truppen der NATO-Operationen Baltic Air Policing und Icelandic Air Policing and Surveillance, die dem Zweck der kollektiven Verteidigung dienen. Als 2013 sechs russische Flugzeuge einen Angriff auf Stockholm simulierten und Schweden nicht in der Lage war darauf zu reagieren, kamen Flugzeuge der NATO zur Hilfe, die das Manöver aufgrund der Baltic Air Policing Operation beobachtet hatten.²⁰

Die Teilnahme an NATO-Manövern trägt hauptsächlich zur Interoperabilität bei. Zu den jährlichen Übungen zählen unter anderem BaltOps (seit 1997), Northern Coasts (seit 2007), die Crisis Management Exercise (CMX; seit 2011) und das Trident Juncture Manöver (seit 2015). BaltOps findet seit 1971 jährlich unter amerikanischer Leitung statt. Schweden ist seit 1997 dabei und war 2001 sogar Mitausrichter der Militärübung. Schweden und Finnland nahmen außerdem als einzige Nicht-Bündnisstaaten erstmals 2011 an der Crisis Management Exercise (CMX) teil. 2018 fand das Manöver Trident Juncture hauptsächlich in und um das Nachbarland Norwegen statt. Laut NATO soll das Manöver zeigen, dass die Allianz die Fähigkeit hat, „eine großangelegte Operation zur kollektiven Verteidigung, entsprechend eines Artikel-V-Szenarios, planen und durchführen“ zu können. Neben Norwegen wurden 2018 auch der Nordatlantik, die Ostsee und der schwedische und finnische Luftraum zum Schauplatz von Trident Juncture.²¹



Weitere Manöverbeispiele sind die Arctic Challenge Exercise (seit 2013 alle zwei Jahre), BRTE/Ramstein Alloy (seit 2008 alle drei Jahre), Cold Response (2010), Flaming Sword (2016) und Trident Jupiter (2019). Die Arctic Challenge Exercise ist ein Manöver der Nordic Defence Cooperation (NORDEFECO), das in Kollaboration mit der NATO durchgeführt wird. Da das Manöver einer NORDEFECO-Initiative entspringt, ist die Arctic Challenge Exercise de facto kein NATO-Manöver. Es unterscheidet sich jedoch kaum von Manövern der NATO, da der Hauptfokus auf der Interoperabilität der Bündnis- und Partnerstaaten liegt. Die

Obwohl Schweden also offiziell kein Verbündeter der NATO ist, stellt sich nichtsdestotrotz die Frage, ob die enge Zusammenarbeit mit dem Bündnis mit der angeblichen Allianzfreiheit vereinbar ist. Nach friedenspolitischer Auffassung liegt dem ein Widerspruch zugrunde: jegliche Vereinbarungen und Integration in Strukturen einer Militärallianz gefährden sowohl die Neutralität als auch die Bündnisfreiheit. Seit 2014 verfügt die NATO über sogenannte Rahmennationenkonzepte, in dreifacher Ausführung: Italien, Großbritannien und Deutschland sind jeweils Rahmennation eines Konzeptes. Die Idee der Rahmennationen (oder Ankernationen) stammt aus gemeinsamen Auslandseinsätzen, in welchen eine Nation den Grundstock und die Führung einer regionalen Einsatztruppe bildet und anderen Nationen ermöglicht, sich an das Konstrukt anzudocken und jenes zu einer funktionierenden uniformen Einheit zu ergänzen. 2013 kam von Deutschland der Vorschlag, dasselbe Konzept in eine permanente Struktur innerhalb der NATO zu übersetzen, hauptsächlich um Kapazitäten und Fähigkeiten der NATO zu erweitern, ohne Mitgliedsländer zu überlasten – nach dem Motto ‚weniger ist mehr‘.¹ Mittlerweile existiert wie gesagt ein deutsches, ein britisches und ein italienisches Rahmennationenkonzept (FNC). Das deutsche FNC legt den Fokus eher auf die kollektive Verteidigung als auf Interventionseinsätze. Das italienische Rahmennationenkonzept verfügt über ein „schnell verlegbares Hauptquartier [und] [...] Truppen für ‚Stabilisierungsmissionen‘“. Das britische FNC läuft unter dem Namen Joint Expeditionary Force (JEF) und konzentriert sich bezüglich seiner Mitgliedsstaaten auf den Norden Europas.²

Keines der Rahmennationenkonzepte der NATO war bisher im Einsatz, wobei die JEF nach eigenen Angaben seit 2018 als vollkommen einsatzbereit gilt.³ Schweden ist sowohl der JEF als auch dem deutschen Rahmennationenkonzept beigetreten. In Bezug auf die JEF heißt es auf der englischsprachigen Webseite der schwedischen

drei Manöver der Reihe Ramstein Alloy, in denen die militärische Reaktion auf Artikel-V-Szenarien eingeübt wird, wurden auch 2019 wieder durch schwedische und finnische Truppen unterstützt. Auch Cold Response übt den Bündnisfall (Artikel V im NATO-Vertrag) und ist ein Manöver des NATO-Mitglieds Norwegen.²²

Bei näherer Betrachtung der Manöver wird ersichtlich, dass die kollektive Verteidigung stets im Vordergrund steht. Die enge Zusammenarbeit auf diesem Gebiet lässt vermuten, dass Schweden im Falle eines Krieges im Baltikum von Anfang an involviert und der Unparteilichkeit nicht willens wäre.

Regierung, man würde der „zunehmenden russischen Aktivität entgegentreten“: „In den letzten Jahren und in unterschiedlichen Kontexten hat Russland gezeigt, dass es die Fähigkeit besitzt seine Streitkräfte, schnell und ohne Vorwarnung, zu konzentrieren, um komplexe Operationen in seiner unmittelbaren Nähe durchzuführen. Neue offensive Waffensysteme in Kaliningrad und in Westrussland haben die Wichtigkeit der Übungen verstärkt, die Fähigkeiten der militärischen Kooperation der baltischen Anrainerstaaten zu sichern.“ Neben der Paranoia vor einem russischen Angriff klingt auch der Wunsch, sich mit den Nachbarstaaten in permanenten Militärstrukturen zu wissen, heraus.⁴

Da es sich um permanente militärische Strukturen handelt, kann die Allianzfreiheit Schwedens auf ein Neues angezweifelt werden. Denn obwohl Schweden eigenmächtig wählen kann wann und wie stark es involviert ist, liegt den Projekten ein Konzept zugrunde, an welches sich Militärstrukturen anpassen und nachträglich verändern. Wenn nun – rein hypothetisch – schwedische Truppen einsatzbereit deutschen Offizieren unterstellt sind oder schwedische Schiffe unter britischem Kommando laufen, dann ist eine neutrale oder bündnisfreie Haltung im Krisen- oder Kriegsfall unter den Teppich gekehrt. Erneut ist es der Aspekt der kollektiven Verteidigung, der die Aufrechterhaltung der fragmentierten Neutralität verhindert.

Anmerkungen

1 Die Osterweiterung der Bundeswehr: Per Heereskooperation auf leisen Sohlen zur deutsch/europäischen Armee? Ausdruck 5/2019. Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V. 98(17): 8-12.

2 Mitglieder der JEF sind Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen. Quelle: The Joint Expeditionary Force. Ministry of Defence UK. Crown Copyright 2018.

3 Ebd., government.se

4 government.se

Schweden in der EU

Obwohl die schwedische Neutralitätspolitik zu Zeiten des EU-Beitritts gemildert und angepasst wurde, spricht mittlerweile einiges dafür, dass die Mitgliedschaft einer Verletzung der militärischen Bündnisfreiheit gleichkommt. Drei Aspekte der EU kommen dabei zur Sprache: die enge Zusammenarbeit der EU mit der NATO, die Ausweitung der Aufgabenbereiche der EU und letztlich die Verwandlung der EU in ein Militärbündnis.

• Die Zusammenarbeit der NATO und der EU

Als erster Meilenstein auf dem Weg der Kooperation von NATO und EU gelten die Gespräche zu einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP; mittlerweile GSVP), die 2002 in der EU-NATO-Erklärung zur ESVP festgehalten wurden. Die Erklärung behandelte „die politischen Prinzipien der strategischen Partnerschaft und [den] Zugang der EU zu NATO-Planungsstrukturen zur Durchführung militärischer Einsätze.“²³ Nachfolgend diente 2003 das Berlin-Plus-Abkommen zur weiteren Intensivierung der Kooperation. Hier wurde bereits über die „Zusammenarbeit von NATO und EU im Bereich Krisenmanagement“ gesprochen. Abgeordnete der NATO und der EU treffen sich regelmäßig und auf mehreren Ebenen. Hauptsächlich aber bedeutet die Kooperation beider Organisationen, dass die EU Zugriff auf militärische Fähigkeiten und Strukturen erlangt, um jene zu nutzen, wenn die NATO selbst nicht willens oder in der Lage ist dies zu tun. Damit können Vetos vermieden und Nichtmitglieder aktiviert werden – sprich: interne Gesetzmäßigkeiten können umgangen werden. Wenn die Zusammenarbeit der EU und der NATO nun auf der kollektiven Verteidigung fußt und militärische Strukturen sich überlappen oder sogar zusammengeführt werden, dann handelt es sich bei dem militärischen Pfeiler der EU um eine abgeschwächte Version der NATO. Die vorsichtige Symbiose der beiden Organisationen reduziert die Sicherheitspolitik Schwedens auf eine wackelige Version der fragmentierten Neutralität.

• Die EU als Militärakteur

Die EU wird zunehmend aktiver im Verteidigungssektor und Schweden zieht mit. Aktuell unterstützt Schweden sämtliche „zivilen“ Einsätze der EU, wie auch – mit Ausnahme der EUFOR BiH Op Althea, an der Schweden nur bis 2016 teilnahm – alle militärischen Einsätze. Doch die Militarisierung der EU umfasst weit mehr als nur die westlichen militärischen

Interventionen in Konflikten außerhalb ihrer Staatsgrenzen. Mittlerweile sieht die EU auch die kollektive Verteidigung Europas als eines ihrer (wichtigen) Aufgabengebiete. Schweden beteiligt sich aktiv an der GSVP und steuert beträchtliche Truppenkontingente zu der EU Rapid Reaction Force (1100) und den (rotierenden) Battlegroups (1500) bei.²⁴ Die Aufgaben der seit 2007 einsatzbereiten Battlegroups umfassen „Friedenssicherung“, „Friedens erzwingung“, „humanitäre Einsätze“ und „Notmaßnahmen in der Nachbarschaft der EU“.²⁵ Die Initiative wurde von sämtlichen Mitgliedsstaaten ratifiziert und im Vertrag von Lissabon (2009) im Protokoll 10 vertraglich fixiert. Schweden ist außerdem Teil der britischen Kampftruppe sowie Rahmennation der Nordic Battlegroup.

• Beistandsklausel = Militärbündnis

Mit Inkrafttreten des EU-Vertrages (aka Vertrag von Lissabon) trat 2009 auch eine Beistandsklausel in Kraft, die unter Artikel 42(7) des Vertrags zu finden ist: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen.

Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.“²⁶ Im Vergleich zu dem Artikel V der NATO, gilt die „Irische Klausel“ im EUV, eine „auf Drängen Irlands, Finnlands und Schwedens [vorgenommene] Ergänzung [...], die den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt lässt“, als entscheidend.²⁷ Dennoch steht außer Frage, dass die EU mit dem Lissabonner Vertrag einen weiteren großen Schritt in der Verwandlung zu einem Militärbündnis vollzog. Die Beistandsklausel und die enge Verteidigungszusammenarbeit erhöht die „Druck-Bindewirkung“ auch auf die vermeintlich neutralen Länder. Schwedens Ratifizierung des Vertrages von Lissabon, mit besagter Beistandsklausel, widerspricht nicht nur der totalen und der fragmentierten Neutralitätsausprägung.

Die EU mutiert in ein Militärbündnis und Schwedens Mitgliedschaft in dergleichen zerbricht die leere Hülle der Schein-Neutralität. Zusätzlich setzte Schweden 2009 zudem eine unilaterale Solidaritätserklärung auf, mit welcher es den EU-Staaten sowie Norwegen und Island versprach, sich in Krisen- und Konfliktsituationen nicht passiv zu verhalten.

Das (frei)willige Aufsetzen einer Solidaritätserklärung (aka Beistandsverpflichtung) zerschlägt die Schein-Neutralität ganz und gar.

Fazit

Schweden bezeichnet sich offiziell noch immer als bündnisfrei. Die Distanz zu Russland und die Nähe zu der NATO und der EU sind allerdings so eindeutig, dass es im Falle eines Krieges zwischen Russland und dem Westen kaum berechtigte Zweifel geben dürfte, auf welche Seite sich Schweden schlagen würde. Eine neutrale Position der Skandinavier ist aufgrund der Unterzeichnung der Beistandsklausel der EU, der unilateralen Solidaritätserklärung und der engen militärischen Zusammenarbeit mit NATO und EU ebenso unwahrscheinlich. Ähnlich sieht es bei der NATO aus: die ständigen gemeinsamen Militärübungen und die wiederholte Teilnahme an Einsätzen zeugen von der engen Verzahnung des Landes mit den Alliierten, bergen allerdings keinerlei Versprechungen bezüglich militärischer Unterstützung. Eine weitere Entwicklung, die es zu beobachten gilt, ist die fortschreitende Militarisierung der EU und ob es diesbezüglich Reaktionen aus Schweden geben wird. Letztlich lässt sich sagen, dass die schwedische Neutralität mittlerweile allerhöchstens ein Phantom aus historischen Zeiten ist. Konkret heißt das, dass der Militärhaushalt in Schweden immer größer wird, Militärübungen regelmäßiger und vielfältiger und die (verbalen) Feindseligkeiten gegenüber Russland immer unverhohlener werden. Deshalb steht zu hoffen, dass es der Friedensbewegung in Schweden gelingen wird, dieser Entwicklung wirksam entgegenzutreten.

Anmerkungen

- 1 Siehe IMI-Analyse 2019/36.
- 2 Ertel, Manfred (2002). Ende eines Traumas. Der Spiegel, 35: 122-124.
- 3 Andersson, Jan J. (2015). If not now, when? The Nordic EU Battlegroup. EUISS Studies 11/2015. Iss.europa.eu.
- 4 „Sverige är inte med i någon militär allians.“ Quelle: Värnkraft – Inriktningen av säkerhetspolitiken och utformningen av det militära försvaret 2021-2025. Ds 2019:8. 14.05.2019.
- 5 Handbook Sweden's feminist foreign policy, Ministry for Foreign Affairs, 23.08.2018, government.se
- 6 EU Gender Champions working with Egypt to support women empowerment, European Union External Action, 14.10.2019, .
- 7 Nordic Centre for Gender in Military Operations, NCGM Update, CDR Jan Dunmurray (SWE-N) CO NCGM, Act. nato.int.
- 8 Russia waging information war against Sweden, study finds, The Guardian, 11.01.2017, theguardian.com
- 9 "Om Sverige går med i Nato kommer vi att vidta nödvändiga åtgärder", russischer Außenminister Sergej Lavrov; <https://fokus.dn.se/lavrov/> Übersetzung: CB.

- 10 Gå inte på ryktet – vi ska inte in i Nato (Glaubt dem Gerücht nicht – wir wollen nicht in die Nato), Aftonbladet, 11.04.2016, aftonbladet.se; Übersetzung: CB.
- 11 Wieslander, Anna (2019). What makes an ally? Journal of Transatlantic Studies, 2019/17: 194–222.
- 12 Relations with Sweden, NATO, 04.10.2018, nato.int; Übersetzung: CB.
- 13 Gotkowska, Justyna & Szymanski, Piotr (2017). Between co-operation and membership – Sweden and Finland's relations with NATO. Centre for eastern Studies. OSW Studies, 2017/62. S. 11.
- 14 Relations with Sweden, NATO, 04.10.2018, nato.int; Übersetzung: CB.
- 15 Nuenlist, Christian (2013). The struggle for Sweden's defence policy. CSS ETH Zurich Analysis 138: 1-4.
- 16 Kunz, Barbara (2015). Sweden's Position within the European Security Architecture. In: Sweden's NATO Workaround. Ifri Security Centre, Paris. Focus stratégique 64: 27-32.
- 17 Sweden eyeing Nato help in propaganda wars, The Local, 26.10.2015, Thelocal.se
- 18 Interview Folk och Försvar Podden: Om NATO. Dr. Ian Davis (SIPRI).
- 19 Interview Folk och Försvar Podden, Dr. Ian Davis (SIPRI). Übersetzung: CB.
- 20 Ryskt flyg övade anfall mot Sverige (Russische Flugwaffe übt Angriff auf Schweden), SvD Nyheter, 22.04.2013, Web.archive.org.
- 21 Trident Juncture 2018, nato.int; Übersetzung: CB.
- 22 Arctic Challenge Exercise Aims to Increase Interoperability, U.S. Department of Defence, 24.05.2017, Defense.gov.
- 23 Die Zusammenarbeit von EU und NATO, Bundesministerium der Verteidigung, bmvg.de.
- 24 Nuenlist, Christian (2013). The struggle for Sweden's defence policy. CSS ETH Zurich Analysis 138: 1-4.
- 25 European Union battlegroups, The Finnish Defence Forces, puolustusvoimat.fi.
- 26 Vertrag von Lissabon, 2010, europa.eu.
- 27 Leidenmühler, F. (2015). Die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU: ÖGfE Policy Brief, 34'2015.

Eine Langfassung dieses Artikels erschien unter demselben Titel als IMI-Studie 2020/02 und kann auf der IMI-Internetseite heruntergeladen werden.

Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071 – 49154

Fax: 07071 – 49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de



IMI.FB



I_M_I

Redaktion:

Jacqueline Andres (Tübingen), Thomas Gruber (Erlangen),
Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover),
Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen),
Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn),
Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:

Christina Boger studiert Friedens- und Konfliktforschung in
Malmö. Stefan Gruber ist für die Kampagne #NoPolGBW
gegen die Verschärfung der Polizeigesetze aktiv. Gernot Len-
nert ist Landesgeschäftsführer der DFG-VK Hessen. Markus
Pflüger ist Referent für Friedensarbeit der AG Frieden e.V. Trier.
Tobias Pflüger ist Bundestagsabgeordneter und IMI-Vorstand.
Klaus Poster ist in Berlin in der Soligruppe plakativ engagiert.
Nina Rupprecht ist aktives IMI-Mitglied und u.a. Sendungsmachende
beim Radio Wüste Welle. Michael Schulze von Glaßer
ist politischer Geschäftsführer der DFG-VK.

Bildnachweise wie angegeben außer:

Titelbild: Eine Montage unter Verwendung eines
Afghanistan-Bildes von Gideon Tsang (CC über Wikipedia),
S. 17: indymedia.org, Rück-seite: IMI.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Der Artikel „Defender 2020 Plus“ erschien zuerst bei Tele-
polis, 14.5.2020.

Bezugsbedingungen:

IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhal-
ten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/
Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im
Jahresabo (4 Hefte) 35 € bzw. Förderabo ab 40 €. Ausland:
Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 40 €
bzw. Förderabo ab 50 €.

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung
Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aus-
händigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht
ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der
Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

Mitgliedschaftsformular

- Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden
und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: _____

Str., PLZ, Ort: _____

- Mein jährlicher Beitrag beträgt: _____ € (Der Mindestbeitrag mit Abo liegt bei 60€ im Jahr.)
 Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: _____

BIC: _____

- Ich richte einen Dauerauftrag ein.
 Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung



Datum und Unterschrift

